Nr. 223. 20. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen" jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort fett). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. September 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Mehr Aufsicht!

Es wird uns geschrieben:

Endlich ist einmal vor einem Kriegsgericht anläßlich der Aburteilung eines Soldatenmißhandlers der Vorwurf erhoben worden, daß es an der Aufsicht seitens der nächsten Vorgesetzten gefehlt habe. Im Falle Breidenbach hat der Vertreter der Anklage vor dem Ober-Kriegsgericht ausdrücklich darauf hingewiesen. Diese Verhandlung hat allerdings auch zur Genüge dargethan, wie es in der betreffenden Compagnie, Notabene Gardecompagnie mit der Beaufsichtigung aussah. Nach einer Zeugenaussage hatten die Leute infolge der Mißhandlungen verschwollene Gesichter, und dabei gelang es dem Unteroffizier die wahre Ursache damit zu verheimlichen, daß er den Geprügelten befahl, sie sollten auf die Frage, woher die Geschwulst käme, antworten, sie hätten sich am Schrank gestoßen! Ist es denn keinem Offizier aufgefallen, daß gerade in der Korporalschaft des Unteroffiziers Breidenbach die Leute sich oft „am Schrank stießen?" Und wie kann ein Offizier überhaupt auf eine solche Ausrede hereinfallen, wenn er den guten Willen zur Hintanhaltung der Mißhandlungen hat? In einem solchen Fall forscht man nicht nur den Mann mit dem geschwollenen Gesicht ernstlich aus, sondern man vernimmt die ganze Compagnie Mann für Mann einzeln. Bei einiger Geschicklichkeit wird man auf diese Weise die Wahrheit herausbringen. Wir erinnern uns hier an eine lehrreiche Episode aus unsrer eignen Dienstzeit. Als wir noch Fähnrich waren, standen wir eines Tages mit einem Feldwebel unter dem Kasernenthor, als ein uns noch nicht bekannter Auditeur vorüber ging. Wir frugen den Feldwebel, wie der Herr heiße, worauf uns die Antwort wurde: „Dös is der Auditeur H. No guat Nacht, wenn dem was — damit meinte der Feldwebel eine Soldatenmißhandlung — unter d' Händ' kommt, nachher kommt alles auf. Die ganz' Compagnie laßt er aufs Auditoriat lad'n, oaner nach dem andern werd vernomma, bis a die letzt' Watsch'n in die Akten steht." So sollte es auch der Offizier machen. Glaubt er eine Spur von Mißhandlungen entdeckt zu haben, so muß er die ganze Abteilung vernehmen. Schon die Gewißheit, daß eine solche Untersuchung bei dem geringsten Verdacht eingeleitet wird, würde die Unteroffiziere vor Mißhandlungen zurückschrecken.

Außerdem ist doch auch zu bedenken, daß ein Mann, der immer gequält und gepufft wird, allmählich seinen natürlichen Gesichtsausdruck verliert und ein gedrücktes Wesen annimmt. Warum sehen die Offiziere, vor allem die Hauptleute, dies nicht? Kümmern sie sich vielleicht um ihre Mannschaften zu wenig? Wir kannten einen Oberst, der ein sehr einfaches Mittel hatte, um die Hauptleute und Lieutenants zum Interesse an ihren Soldaten zu zwingen. Er ging nämlich öfter auf irgend einen Mann zu und frug dabei den Hauptmann oder auch einen Lieutenant des betreffenden Soldaten: „Wie heißt der Mann?" Dann examinierte er den Offizier weiter über die Heimat des Soldaten, über den Stand seiner Eltern, seinen Civilberuf und seine sonstigen Verhältnisse und hierauf ging er ins Compagniebureau, um im Nationale des Mannes nachzusehen, ob das Mitgeteilte auch richtig war. Stimmte die Geschichte nicht, so zeigte der Oberst von da ab eine gewisse Antipathie gegen den betreffenden Offizier, der dann nur zu oft die unangenehmen Worte: „Sie kennen eben ihre Leute nicht," sich sagen lassen mußte. Das Mittel dieses Obersten möchten wir weiter empfehlen, denn dadurch bleibt den Offizieren nur übrig, sich mit den Mannschaften eingehender zu beschäftigen. Es ist viel leichter die Leute selbst zu fragen, als etwa ihr Nationale mechanisch auswendig zu lernen.

Ferner würde es wesentlich zur Einschränkung der Mißhandlungen beitragen, wenn die Gesundheitsvisitationen nicht mehr nur auf eine Untersuchung der Geschlechtsteile beschränkt würden, sondern der Mann sich vollkommen entkleiden müßte. Zeigt die Haut eines Mannes Striemen oder blaue Flecke, so wäre sogleich eine Untersuchung über die Ursache einzuleiten. Die Herren Militärärzte hätten wirklich Zeit genug, um sich die Soldaten genauer anzusehen. Und eigentlich ist es doch beschämend, daß im Deutschen Reich grün und blau geprügelte Soldaten herumlaufen, ohne daß die Vorgesetzten etwas erfahren, obwohl in jedem Monat eine „Gesundheitsvisitation" stattfindet. Während der Rekrutenausbildung, wo die meisten Schindereien sich ereignen, wäre eine Gesundheitsvisitation in unsrem Sinne sogar alle 14 Tage empfehlenswert.

Nun zur Beaufsichtigung der Unteroffiziere während der Nacht. Hier fehlt es ebenfalls sehr in der deutschen Armee. Wie genau, ja raffiniert man beim Militär auch die Beaufsichtigung bei Nacht zu organisieren versteht, wenn man will, lehrt der Garnisons-Wachtdienst in den Festungen. Während der Nacht sind zwei Offiziere und viele Patrouillen damit beschäftigt, die Wachsamkeit der Posten zu prüfen. Bei dem größten Hundewetter müssen sie oft stundenlang laufen. Würde auf die Beaufsichtigung der Kasernen bei Nacht auch nur die Hälfte dieser Sorgfalt verwendet werden, so wären nächtliche Schindereien einfach unmöglich.

Warum erlassen denn die Kriegsministerien hier nicht allgemein gültige Vorschriften? Die Sache wäre doch sehr leicht zu regeln und zwar etwa wie folgt. Jedes Kasernement ist in jeder Nacht mindestens einmal zu revidieren. Die einmalige Revision darf aber nicht zur Regel werden, sondern es sind öfter auch zweimalige Kontrollen durchzuführen. Das Nachsehen geschieht möglichst unregelmäßig zimmerweise, wobei vom Kommando der betreffenden Abteilung jedesmal die zu revidierenden Zimmer genau zu bestimmen sind. Als Kontroll-Organe sind vor allem Oberlieutenants und Lieutenants, bei kleineren Abteilungen auch Feldwebel zu verwenden. Die Kontrollorgane sind während der Ausübung ihres Dienstes als im Garnisonswachtdienst thätig anzusehen und werden bei Pflichtverletzungen demgemäß bestraft. Sie haben die Kaserne niemals durch das Hauptthor, an dem die Wache ist, zu betreten, sondern durch eine Nebenthüre, deren Schlüssel ihnen einzuhändigen ist. Der Säbel ist, um unnötiges Geräusch zu vermeiden, im Haken zu tragen. Unnötiger Lärm, wie Thürenzuschlagen ꝛc. ist strengstens zu unterlassen. Erblickt der Revidierende bei seinem Gang zur Kaserne an einem Kasernenfenster Licht, so hat er sich, sofern das betreffende Zimmer als Mannschaftszimmer dient, sofort in dasselbe zu begeben. Nach Beendigung der Revision hat der Kontrollierende den Zeitpunkt der Beendigung eigenhändig in das Wachtbuch einzutragen. Jeder bemerkte Mißbrauch der Dienstgewalt ist ebenso zu melden wie jede entdeckte Mißhandlung. Nichtbefolgung dieser Anordnung zieht bei Offizieren Entlassung, bei Feldwebeln Kündigung der Kapitulation nach sich.

Mögen die Kriegsministerien eine solche Vorschrift erlassen, mögen sie auch für richtige Gesundheitsvisitationen sorgen und nicht zuletzt die Hauptleute und Rittmeister unbarmherzig verabschieden, in deren Abteilungen systematische Mißhandlungen passieren, dann werden wenigstens die haarsträubenden Quälereien verschwinden. Wir wissen sehr wohl, daß das preußische Militärsystem mit seiner ewigen Detailfuchseret, die aus der einfachsten natürlichsten Bewegung ein Kunststück macht, mit seiner Putzmanie, seinem „Beschwerderecht" und seiner Zopfwirtschaft ein gerütteltes Maß der Schuld an den Mißhandlungen trägt, aber es lassen sich auch innerhalb des Systems Schindereien vermeiden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. September.

Die Ausschreibung der Landtagswahlen.

Der preußische Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein veröffentlicht im „Reichs-Anzeiger" den Termin der Landtagswahlen. Die Bekanntmachung lautet:

„Für die Wahlen zur zwanzigsten Legislaturperiode des Hauses der Abgeordneten habe ich auf Grund der §§ 17 und 28 der Verordnung vom 30. Mai 1849 (Gesetzsamml. S. 205) als **Wahltermine und zwar für die Wahl der Wahlmänner**

den 12. November d. J.

und für die Wahl der Abgeordneten

den 20. November d. J.

festgesetzt."

Für Totschlag Festungshaft!

Das Ober-Kriegsgericht in Kiel hat heute in der Verhandlung gegen den Fähnrich zur See Hüssener das Urteil vom 6. Juli bestätigt — ein Urteil, das auf **2 Jahre 7 Tage Festungshaft** lautete. In der ersten Instanz war Hüssener zu vier Jahren Gefängnis verurteilt worden, der Vertreter der Anklage hatte damals sogar **6 Jahre Zuchthaus** beantragt gehabt! Die Zeugenvernehmung hat in allen drei Verhandlungen im wesentlichen das gleiche Bild ergeben: Hüssener hat den Hartmann, als er sich zur Flucht wandte, verfolgt und von hinten mit seinem Stilet niedergestoßen. Ein Beweis dafür, daß Hartmann, wie Hüssener behauptet, ihm einen Stoß versetzt und ihn dadurch zum Gebrauch der Waffe genötigt habe, hat nicht erbracht werden können. Gleichwohl ging das Ober-Kriegsgericht am 6. Juli von der Annahme aus, daß Hartmann Hüssener einen Stoß versetzt und dadurch zum Gebrauch der Waffe provociert habe. Das Ober-Kriegsgericht deducierte damals:

„Das Gericht ist der Ansicht, daß der Angeklagte, als Hartmann den Stoß gab und sich zur Flucht wandte, berechtigt war, die Waffe zu ziehen und zu gebrauchen. Dagegen bestand ein Notstand der Disciplin nicht, als der Angeklagte den Fliehenden verfolgte. Er hätte sich den Gehorsam verschaffen können, indem er den Hartmann zu ergreifen oder zu Boden zu schlagen versucht hätte."

Ob diesmal die Urteilsbegründung eine ähnliche gewesen ist, ist aus einem uns zugegangenen Privattelegramm nicht ersichtlich. Danach wurde auf „Schuldig des vorschriftswidrigen Waffengebrauchs und der Mißhandlung mit tödlichem Ausgange" erkannt.

Jedenfalls erscheint gegenüber diesem Verdikt das **Strafmaß ganz unverhältnismäßig niedrig.**

Der Vertreter der Anklage hatte denn auch das Strafmaß der ersten Instanz — 4 Jahre Gefängnis, auf jeden Fall aber Gefängnis — beantragt.

Wir werden nach dem Vorliegen eines genaueren Verhandlungsberichts und namentlich der näheren Urteilsbegründung auf den Fall Hüssener noch zurückkommen. Nur das können und müssen wir schon heute erklären, daß dies Endurteil gegen den jugendlichen Totschläger in Uniform im Volke zur Diskreditierung des Militarismus sein redlich Teil beitragen wird. Zwei Jahre Festungshaft, also zwei Jahre fidelsten Faullenzens für die frivole Vernichtung eines Menschenlebens — das ist keine Sühne für eine solche That!

•

Ueber die Verhandlung selbst wird gemeldet:

Der Prozeß Hüssener vor dem Ober-Kriegsgericht Kiel begann am Mittwochmorgen 8½ Uhr. Den Vorsitz führt wiederum Fregattenkapitän v. Bredow, Verhandlungsleiter ist Ober-Kriegsgerichtsrat Fielitz, Ankläger Kriegsgerichtsrat Rosenberger. Die Verteidigung führt wie früher Rechtsanwalt Stobbe. Nach Verlesung des Erkenntnisses aus der früheren Verhandlung sowie desjenigen des Reichs-Militärgerichts tritt eine Unterbrechung ein. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung schildert der Angeklagte den Vorgang in der bekannten Weise und erklärt, daß er den Dolchstoß nicht geführt haben würde, wenn er hätte ahnen können, daß er Hartmann dadurch töten oder lebensgefährlich verletzen würde. Es folgt die Vernehmung der Sachverständigen.

Keiner der Augenzeugen hat den thätlichen Angriff Hartmanns auf Hüssener beobachtet. Auf die Aussagen von vier Zeugen verzichtet der Gerichtshof.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erhält der Vertreter der Anklage, Kriegsgerichtsrat Rosenberger, das Wort zu seinem Plaidoyer. Er hält auch heute einen Angriff des Hartmann auf Hüssener durchaus nicht für vorliegend. Der Angeklagte habe sich überhaupt nicht überlegt, sondern blind drauf losgestoßen. Von einem Recht des Angeklagten, sich so zu verhalten, wie er gethan, könne keine Rede sein. Der Ankläger bittet dringend, unter das Strafmaß der ersten Instanz, vier Jahre Gefängnis und Degradation, nicht herunterzugehen. Hierauf ergreift der Verteidiger Rechtsanwalt Stobbe das Wort. Ein Angriff Hartmanns auf Hüssener sei thatsächlich erfolgt. Die Zeugen Lütscher und Schröder seien betrunken gewesen und daher nicht voll glaubwürdig. Der Angeklagte sei auch berechtigt gewesen, die Waffe zu gebrauchen. Er bitte, das erste oberkriegsgerichtliche Urteil aufrechtzuerhalten und keine Ehrenstrafe eintreten zu lassen. Nach weiteren Ausführungen des Anklägers und des Verteidigers zieht sich um 4¾ Uhr der Gerichtshof zur Beratung zurück.

Das Urteil haben wir bereits oben mitgeteilt. —

Die Folgsamen und die Ungehorsamen.

-st- Wien, 22. September. Die Folgsamen sind natürlich die Oestreicher, die Ungehorsamen die Ungarn. Und das ganz absonderliche ist, daß der berühmte Befehl an die Ungarn ergangen ist, daß er aber nur von den Oestreichern befolgt wird ... Der 16. September wird einmal ein geschichtliches Datum werden: da wurde in das brüchige Gebäude des Dualismus der Keil eingetrieben, der es wohl auseinanderreißen wird. Wenn bei der Erlassung des Armeebefehls die Meinung gewaltet hat, die Ungarn durch die Energie der Sprache einzuschüchtern, so hat man sich gründlich verrechnet. Daß der Kaiser erklärt, an der Gemeinsamkeit und Einheitlichkeit der Armee nicht rütteln zu lassen und feierlich schwört, er werde sich seine Rechte und Befugnisse als „oberster Kriegsherr" nie verkümmern lassen, das hat die Ungarn keineswegs mit Mutlosigkeit, sondern mit Kampflust erfüllt und die Sachlage steht heute in dem Königreiche so, daß der Kaiser keine Steuern, keine Rekruten und keine Minister bekommt. Von einer Lösung der Ministerkrise ist keine Rede mehr, an die Behebung der Schwierigkeiten im Parlamente denkt man nicht, aus der Parlaments- und Ministerkrise ist eine Königskrise geworden. Alles, was nur denkt und fühlt, flammt in Erregung auf und das ganze Ungarreich steht im Konflikt mit dem Kaiser von Oestreich. Und der Kaiser selbst? Während er jahrzehntelang den Magyaren alles zu Liebe that und in den „begeisterten" Elsen den Lohn für seine konstitutionelle Gesinnung fand, grollt er nun seinen Ungarn und meidet die ungarische Hauptstadt, in deren Gassen Revolutionsluft weht ...

Wie die Dinge in Ungarn gehen werden, ist absolut nicht zu sagen. Die Politik der Hofburg ist so ungeschickt, daß allmählich jede Chance verloren wird. Unter Szell wäre es mit dem Verzicht auf das Mehr der Rekruten spielend gegangen, aber die Herren in Wien bildeten sich ein, mit Drohungen die Obstruktion ersticken zu können. Das Experiment Tisza scheiterte, und so wäre das Nächstliegende gewesen, einen populären Mann zu berufen, der auf der Basis des Verzichtes mit der Opposition leichthin Frieden geschlossen hätte. Die Hofburg hat ihre Launen und so wurde der abgetakelte Banus geholt, der so verhaßt ist, daß die Unabhängigkeitspartei gegen ihn, ohne was zu riskieren, treubrüchig werden konnte. Noch eine Chance gab's: Berufung der zwei geachtetesten Männer, mit denen auch die Opposition zufrieden gewesen wäre: des Grafen Apponyi und des Dr. Wekerle. Aber die sind keine Protektionskinder und die persönliche Antipathie überwog die politische Notwendigkeit. Der outrierte Armeebefehl hat nun dem Faß den Boden ausgeschlagen: die Ungarn rüsten sich zum Krieg. Unsern milden Sitten gemäß wird der Krieg nicht mit Soldaten und nicht mit Kanonen geführt, sondern mit parlamentarischen Kunstgriffen. Die Hofburg bildet sich ein, die Ungarn in ihrem Elend „dunsten" lassen zu können, in Budapest hofft man die Hofburg auszuhungern. Eine Stadt nach der andern beschließt, staatliche Steuern nicht mehr einzuheben und auch freiwillige Zahlungen nicht anzunehmen; die Soldaten meutern in den Kasernen, die Studenten haben den Armeebefehl auf Kossuths Grab feierlich

verbrannt, und das Parlament steht in hellem Aufruhr: Das ist nun die Lage in Ungarn. Graf Khuen hausiert seit drei Tagen in Wien herum, um von der Krone eine abschwächende Erklärung zu verlangen, er scheint aber heute ohne befriedigendes Resultat abgereist zu sein. Die Gruppe Apponyi will das Parlament zu einer feierlichen Verwahrung in Form einer Adresse an die Krone vereinigen und ist entschlossen, im Falle die liberale Partei die Courage vermissen lassen sollte, das Regierungslager zu verlassen, womit die große, stolze Regierungspartei, die seit Deak die Geschicke Ungarns geleitet hat, unrettbar gespalten wäre. Wie das also noch in Ordnung gebracht werden könnte, ist nicht abzusehen.

Ganz anders natürlich in Oestreich. Da lobt man den Kaiser und der Armeebefehl hat jedem „schwarz-gelben" Herzen höchste Freude gebracht. Die Regierung hat zudem die Güte gehabt, den Reichsrat für ein paar Tage einzuberufen, und die Parteien können sich vor Genugthuung nicht fassen, daß es ihnen gestattet wird, Rekruten zu bewilligen. Der Reichsrat soll nur die durch die Nichtassentierung in Ungarn nötig gewordenen Aenderungen am Rekruten-Gesetz bewilligen und sich dann — in sechs Tagen — sofort trollen. Den Folgsamen darf man eben alles bieten. —

Seitdem unser Wiener Mitarbeiter das Obige geschrieben, sind mehrere Ereignisse eingetreten, die eine Milderung des Konflikts mit der Krone bedeuten. Zunächst hat Khuen es doch noch fertig gebracht, den Kaiser zu einer neuerlichen Erklärung zu veranlassen. Wenn diese Erklärung — ein Handschreiben an den Grafen Khuen, sowie die neuerliche Ernennung desselben zum Ministerpräsidenten — im wesentlichen auch dasselbe besagt wie der Armeebefehl, so ist sie doch in versöhnlicherer Form abgefaßt.

In dem Handschreiben wird erklärt, der Kaiser sei von tiefer Trauer über die bedauerlichen Zustände erfüllt, welche das Funktionieren der Staatsmaschinerie hemmen. Seine Majestät könne solchen Maßregeln betreffs der gemeinsamen Armee nicht zustimmen, die zur Schwächung beider Staaten und der Monarchie führen und die auch den Interessen Ungarns nicht entsprechen, sondern dessen Integrität gefährden würden. Der Kaiser wünschte jedoch bezüglich der Armee jene Maßregeln zu verwirklichen, welche die Regierung im Abgeordnetenhause angekündigt habe, und die nebst einigen andren Punkten von ihm als zulässige Reformen erachtet worden seien. In dem Handschreiben heißt es weiter, daß der Monarch an dem Ausgleich festhalte und überzeugt sei, daß in der ungarischen Nation der Geist, welcher jenes Werk geschaffen habe, ungeschwächt fortlebe. Er vertraue darauf, daß der Ministerpräsident die gesetzliche Vertretung des Landes über seine väterliche Absicht aufklären und eine Lösung der Krise finden werde. Unter dieser Voraussetzung werde Graf Khuen-Hedervary von neuem mit der Bildung des Kabinetts betraut.

Eine ähnliche Erklärung gab auch der Ministerpräsident von Koerber in der Mittwochssitzung des östreichischen Abgeordnetenhauses ab. Einige der ungarischen Forderungen erklärte er für diskutabel. Zu diesen Forderungen gehöre aber keinesfalls die Aenderung der Kommando- und Dienstsprache.

Der Wille des Kriegsherrn sei, daß die Armee der östreichisch-ungarischen Monarchie bleibe, wie sie ist, gemeinsam, einheitlich und in allen ihren Grundlagen unversehrt.

Ferner wird dem „B. T." aus Budapest gemeldet:

In den Abendstunden am Dienstag änderte sich plötzlich die Situation zum Bessern. Nachts war es den Altliberalen gelungen, sich wieder zu ralliieren, und mittags schloß sich ihnen vollständig die Kasinopartei an. Angesichts dieser Thatsachen gab auf Intervention Szells abends auch die Apponyi-Gruppe ihren intransigenten Standpunkt auf, so daß in der heutigen Konferenz eine Spaltung der liberalen Partei ausgeschlossen ist. Demzufolge wird auch heute keine Beschlußfassung über den Armeebefehl erfolgen, sondern nur auf der Grundlage eines Kompromisses das militärische Programm der liberalen Partei festgestellt werden, aus welchem aber die ungarische Kommandosprache unbedingt ausgelassen wird.

Die Opposition, welche gestern erst in den späten Abendstunden die neue Konstellation erfuhr, welche hauptsächlich Szell und Andrassy zu danken ist, ist wütend, besonders über die Fahnenflucht der Apponyianer, und zur rücksichtslosesten Fortsetzung des Kampfes entschlossen. Besondere Erbitterung rief aber die neuerliche Ernennung des Grafen Khuen zum Ministerpräsidenten hervor, zumal nach dem Wortlaut des Handschreibens die Betrauung vielfach nicht als Uebergang betrachtet wird, sondern Khuen auch als zur definitiven Lösung der Krise berufen gilt. Die Opposition scheint entschlossen, nun den Widerstand bis zum äußersten zu treiben und schon in der morgigen Sitzung des Hauses Khuen unmöglich zu machen.

In einer Konferenz der liberalen Partei, die am Mittwoch in Budapest stattfand, erklärte Graf Khuen, nachdem er das neue kaiserliche Reskript verlesen und vertreten, daß seine Uebernahme des Ministerpräsidiums nicht bedeute, daß er die Absicht habe, die definitive Regierung zu bilden. Er wolle in diesem hochwichtigen Augenblicke lediglich der Vermittler sein, der zwischen dem König und der Nation unbedingt notwendig sei! (Lebhafter Beifall und Zustimmung.) Er rate ab, einstweilen einen Beschluß zu fassen, da nach erfolgter Verteilung der Regierung ohnehin Gelegenheit geboten sein werde, den Standpunkt und das Programm der Partei zu entwickeln. (Zustimmung.) Apponyi und mehrere andre verlangen, daß die Fortsetzung der Konferenz auf den Abend anberaumt werde, damit die Mitglieder der Partei den Inhalt des Handschreibens und die Erklärungen des Ministerpräsidenten durchstudieren könnten. Die Partei beschließt in diesem Sinne. —

* * *

Deutsches Reich.

Durchlaucht und Mörder.

Nach den gestrigen Mitteilungen über das Verfahren gegen die Gefangenenaufseher in Hannover, denen Prinz Prosper Arenberg ein angenehmeres Gefängnisleben zu danken hatte, schien es, als seien die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten doch nur sehr geringe gewesen. Es wird aber bekannt, daß die milde Beurteilung und Bestrafung der Aufseher durch die Disciplinarkammer in Celle ihren Grund mehr darin hat, daß die eigentliche Schuld nicht bei diesen Unterbeamten, sondern an höheren Stellen zu suchen ist. Es wird über die Disciplinarverhandlung jetzt folgendes mitgeteilt:

Die Angeklagten verteidigten sich damit, daß das, was sie gethan bezw. geduldet hätten, zum Teil von ihren Vorgesetzten angeordnet oder geduldet worden sei. Es hätte gar nicht in ihrer Macht gelegen, die dem Prinzen zu teil gewordenen Vergünstigungen zu verhindern. Der Prinz durfte zum Beispiel **nach Belieben Spaziergänge im Verwaltungsgebäude unternehmen,** der Aufseher mußte den gefangenen Prinzen auf dessen Wunsch **zu jeder Tageszeit aus der Zelle lassen.** Diese Anordnung war getroffen mit Rücksicht auf das „Herzklopfen", von dem der Prinz angeblich des öfteren befallen sein soll. Der Gefangene hat aber nicht nur am Tage, sondern **auch des Nachts** Herzklopfen bekommen, und die Aufseher, die eine besondere Vorschrift für das Verhalten bei Nacht nicht erhalten hatten, haben keinen Anstand genommen, dem Prinzen auch des Nachts die Vergünstigung der freien Bewegung außerhalb der Zelle zu gewähren. Die Hilfsaufseher gingen dann dazu über, ihm eigenmächtig weitere Vergünstigungen einzuräumen. Diese Hilfsaufseher sind, wie schon früher gemeldet, kurzerhand aus dem Dienst entlassen worden. Interessant ist auch die Feststellung, daß für das Gefängnispersonal die Anordnung bestand, den Strafgefangenen Arenberg **mit „Durchlaucht" anzureden!**

Die sächsischen Konservativen haben auf der Generalversammlung ihres Landesvereins Stellung zur Wahlrechtsfrage genommen. Ihre Absichten sind in dieser Erklärung niedergelegt:

„Die konservative Partei ist sich bewußt, daß das durch das Zusammenwirken der Konservativen mit der Regierung und nationalliberalen sowie fortschrittlichen Abgeordneten geschaffene Wahlgesetz von 1896 das engere Vaterland vor schweren Erschütterungen bewahrt hat, die unter der Geltung des früheren Wahlgesetzes menschlicher Voraussicht nach inzwischen bereits eingetreten sein würden durch das Vorhandensein einer umstürzlerischen Mehrheit in der Zweiten Kammer, mit der keine Regierung — sie mag konservativ oder liberal sein — die Geschäfte des Landes zu führen vermöchte. Wurde durch das Wahlgesetz von 1896, das bei seinem Erlaß übrigens keineswegs als endgültige Lösung der Wahlrechtsfrage angesehen wurde, die Voraussetzung dafür geschaffen, daß über die inneren Angelegenheiten Sachsens gegenwärtig in Frieden verhandelt werden kann, so ist doch die konservative Partei grundsätzlich bereit, in die Erörterung der von der Regierung geplanten Revision des Wahlgesetzes einzutreten. Hierbei vermag sie selbstverständlich einem Abänderungsgesetze nur dann zuzustimmen, wenn dasselbe volle Gewähr bietet gegen die Ueberflutung der Zweiten Kammer durch staats- und gesellschaftsfeindliche Elemente."

Schlechter als die sächsische Regierung mit ihren konservativen Parlamenten die Geschäfte des Landes geführt hat, können sie nicht geführt werden. Wenn eine „umstürzlerische Mehrheit" wirklich so entsetzensvoll für das Wohl des Landes hätte werden müssen, so wäre sie offenbar für die Feinde der Socialdemokratie ein ausgezeichnetes Mittel gewesen, unsre Partei und unsre Grundsätze auf immer und völlig vor der Bevölkerung zu diskreditieren. Wenn man dennoch diesen einzigen Beweis unsrer angeblichen Unfähigkeit so sehr scheut, daß man lieber die Grundrechte des Volkes vernichtet, so zeigt das die grenzenlose Albernheit solcher Gespensternmalerei. Dazu kommt, daß die „Gefahr" einer „umstürzlerischen Mehrheit" auch unter dem früheren sächsischen Wahlgesetz keineswegs bestand; infolge der sächsischen Wahlkreis-Einteilung und des Drei-Mark-Census war noch entfernt nicht daran zu denken, daß die Socialdemokratie, die unter 80 Abgeordnetensitzen 14 hatte, die Mehrheit nicht erlangen konnte. Die Aenderung des Wahlrechts wurde aus Furcht vor einer socialdemokratischen Mehrheit beschlossen, sondern um die Socialdemokratie jedes unmittelbaren Einflusses zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu berauben. Die sächsische Wahlentrechtung von 1896 war nicht, wie jetzt die Konservativen lügnerisch zur Entschuldigung ihrer ebenso schamlosen wie erfolglosen Politik behaupten, ein Mittel der Abwehr, sondern lediglich brutalste Vergewaltigung des politischen Gegners. Und die Art, wie sich jetzt die konservative Partei Sachsens unter dem unentrinnbaren Druck der Verhältnisse für eine Revision des Wahlgesetzes von 1896 ausspricht, zeigt, daß sie auch jetzt nicht auch nur an die Wiederherstellung des alten Rechtszustandes denkt, sondern lediglich eine lächerliche Scheinreform zugeben will, durch welche die konservative Alleinherrschaft nicht irgendwie ernstlich beeinträchtigt wird. Immerhin, die Wahlbewegung ist in Fluß und selbst die verstocktesten Konservativen müssen weichen. —

Ein nationalliberal-ultramontan-evangelisches Kartell ist für die Stadtratswahlen in Barmen zum Abschluß gelangt. Nationalliberale, Centrum und „evangelische Volksvereinigung" haben sich vereinigt, in der bevorstehenden Stadtratswahl gegenseitig für ihre Kandidaten einzutreten. Auch die Freisinnigen wurden eingeladen, sich an der Gründung des „großen Kartells" gegen die Socialdemokratie, deren Eindringen in den Stadtrat befürchtet wird, zu beteiligen. Es ist ein erbauliches Schauspiel: „Römlinge" und „reines Evangelium" Arm in Arm. Die Socialdemokraten in Barmen erwarten, daß gerade die widerwärtige Vermischung aller bürgerlichen Parteien aufklärend auf die Bevölkerung wirken und unsre Erfolge beschleunigen wird. —

Seltsame Polenbekämpfung. Die „P. N. N." melden einen eigenartigen Fall hokatistischer Uebertreibung aus dem Gerichtssaal. Ein deutscher Kaufmann hatte gegen einen Wirt Jan N. wegen einer nicht befriedigten Wechselforderung bei dem Amtsgericht Schrimm einen Zahlungsbefehl beantragt. Tags darauf erhielt er seinen Antrag mit folgendem Bescheide zurück:

Urschriftlich zurück. Der Vorname des Beklagten ist in **deutscher** Sprache anzugeben.

Schrimm, den 12. September 1903.

K. Amtsgericht.

v. W.

Diesem Bescheide folgte unmittelbar auf dem Fuße eine Kostenrechnung: **Gebühr für Zurückverweisung des Antrag.s** auf Erlaß des Zahlungsbefehls (§ 37 G.-K.-G.) **3 Mark.**

Dieser Entscheid erscheint um so unbegreiflicher, wenn man bedenkt, daß auch die Wechselunterschrift Jan N. lautete, der Kläger den Namen also gar nicht verdeutschen konnte, wenn er nicht Gefahr laufen wollte, seinen Antrag auf Zwangsvollstreckung unvollzogen zurückzuerhalten! —

Ein netter Stellvertreter Gottes. Vor dem Gericht der dritten bayrischen Division in Landau (Pfalz) wurde am Montag gegen den im 12. Jahre dienenden Sergeanten Anton Häußler der 1. Compagnie des 22. bayrischen Infanterie-Regiments in Zweibrücken wegen widernatürlicher Unzucht verhandelt. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und endigte mit der Verurteilung des Herrn Sergeanten zu 5 Monaten Gefängnis und Degradation. Der Herr Sergeant hatte die Regimentskammer unter seiner Verwaltung; durch Drohungen und Versprechen zwang er den zum Arbeitsdienst abkommandierten Soldaten seine Liebkosungen auf, bis er an den Unrechten kam. Einer der von ihm zum Opfer ausersehenen Soldaten, ein Schuhmacher aus Pirmasens, der an den Folgen von Verletzungen, die ihm der Sergeant zufügte, schwer zu leiden hatte, brachte die Sache zur Anzeige. In der Verhandlung wurden zwar nur drei Fälle als erwiesen angesehen, sicher aber sind es bedeutend mehr. Die gutgesinnte Presse der Pfalz hat trotz wiederholter Anrempelungen den Fall im Interesse der guten Sitten totgeschwiegen.

Nutzbringender Patriotismus. Bei der Kaiserparade in Erfurt hatte, wie wir seiner Zeit berichteten, ein patriotischer Spekulant eine Zuschauertribüne errichten lassen, deren Preise, wie gleichfalls mitgeteilt, so gestellt waren, daß das „niedrige Volk" auf einen derartigen Platz von vornherein verzichten mußte. Jetzt wird nun bekannt, was diesem patriotischen Menschenfreund das Geschäft eingebracht hat. An Einnahmen soll dieser Herr nicht weniger als 96 000 M. gehabt haben, denen eine Ausgabe von hochgerechnet 46 000 M. gegenübersteht. Es bleibt somit das nette Sümmchen von 50 000 M. übrig. Ein Geschäft, das andre „Patrioten" zur Nachahmung anfeuern dürfte! —

Ausland.

Italien.

Der höhere Arbeitsrat hat in der vergangenen Woche im Handelsministerium zum erstenmal getagt. Diese Körperschaft setzt sich, wie wir seiner Zeit mitgeteilt haben, aus Vertretern der Regierung, der Parlamente (Kammer und Senat), der Unternehmer (Handels-, Landwirtschaftskammern usw.) und der Arbeiter (Gewerkschaften, Arbeitskammern, Genossenschaften) zusammen; insgesamt sind es 44 Mitglieder. Die organisierte socialistische Arbeiterschaft ist mit 11 Vertretern, unter ihnen Turati und Cabrini, beteiligt. Die Aufgaben des höheren Arbeitsrates sind, wie der Regierungsvertreter bei der Eröffnung hervorhob, das Studium der ökonomischen Probleme, Untersuchung der Arbeiterfragen und Vorbereitung der Gesetzgebung zu Gunsten der arbeitenden Klassen.

Zunächst wurde ein „Ständiges Komitee" von 9 Mitgliedern gewählt, unter denen sich 4 Arbeitervertreter befinden; der fünfte, der Radikale Maffi, pflegt in Arbeiterfragen fast stets mit den Socialisten zusammen zu gehen. Dieses wird beauftragt, dem Plenum in seiner nächsten Sitzung den Entwurf einer Novelle zum Gesetz betr. die Frauen- und Kinderarbeit vorzulegen. Sodann schied sich der Arbeitsrat in 4 Gruppen; jeder derselben fiel die Aufgabe zu, die Frage der Frauen- und Kinderarbeit für bestimmte Erwerbsgruppen zu studieren und die Unterlagen für neue Gesetzesbestimmungen zu schaffen. **Die 4 Hauptgruppen sind: Textil**industrie, Schwefelindustrie (Bergwerke), Landwirtschaft, besonders Reisbau und verschiedene Industrien. Die von den Sektionen dem Plenum unterbreiteten Resolutionen und Vorschläge, die zum Teil einen weitgehenden Schutz der in der Industrie und Landwirtschaft beschäftigten Frauen und Minderjährigen enthalten, gelangen meist einstimmig zur Annahme. — Die nächste Sitzung der Ständigen Kommission ist bereits Anfang Oktober und zwar in Genua, wo auch eine besondere Kommission die Arbeitsverhältnisse im Hafen von Genua zum Gegenstand einer Untersuchung machen wird.

England.

Als die neuen Männer des Ministeriums werden gerüchtweise bezeichnet: Lord Selborne soll der Nachfolger Chamberlains werden, Austen Chamberlain wird Finanzminister, Forster ist zum Kriegsminister und Brodrick zum Staatssekretär für Indien bestimmt, während Lord Stanley General-Postmeister werden wird. —

Der bisherige Finanzsekretär im Schatzamt Arthur Elliot hat in Beantwortung eines an ihn gerichteten Briefes erklärt, er stimme vollständig mit den freihändlerischen Anschauungen Ritchies überein, der es als unmöglich empfunden habe, länger ein Amt in einer Regierung zu bekleiden, welche sich mehr und mehr der Schutzzollpolitik zuwende. Er hätte sein Amt nicht behalten können, ohne die Selbstachtung völlig zu verlieren. Es sei die Zeit gekommen, wo man sich für oder gegen die Politik der Besteuerung der Einfuhr von Nahrungsmitteln, wie Getreide, Fleisch, Butter usw. entscheiden müsse; dies werde, obgleich man es für den Augenblick vertagt habe, die schließliche Hauptfrage sein. In Bezug auf Vergeltungszölle und handelspolitische Handlungsfreiheit stimme er insofern mit der Flugschrift Balfours überein, als er der Ansicht sei, daß die Regierung Freiheit haben soll, jeden Fall bei seinem Auftreten nach Lage der Sache zu erwägen und das Vorgehen, das sie für richtig halte, vorbehaltlich der Genehmigung durch das Parlament, einzuschlagen. Schließlich spricht Elliot die Hoffnung aus, daß ihm das Vertrauen seiner Wähler bei den allgemeinen Wahlen, die nicht fern sein können, erhalten bleiben werde. —

Serbien.

Die Stichwahlen für die Skupschtina werden wahrscheinlich am 27. September stattfinden. Das Wahlergebnis, wonach die selbständigen Radikalen fast ebensoviel Mandate erhielten, wie die gemäßigten Radikalen, überraschte allgemein. Das Ministerium hat seine Entlassung gegeben. —

Der Prozeß gegen die verhafteten Nischer Offiziere begann am Mittwochvormittag. Den Vorsitz bei der Gerichtsverhandlung führt General Lazarewitsch, welcher ebenso wie die übrigen Mitglieder des Gerichtshofes an der Verschwörung gegen König Alexander nicht beteiligt war. Das Urteil dürfte erst Freitag gefällt werden. —

Asien.

Chinesisch-amerikanische Verhandlungen. Der Präsident des Auswärtigen Amtes Prinz Tsching stattete, nach einer „Laffan"-Meldung, am Dienstag dem amerikanischen Gesandten Conger einen Besuch ab, um die Einmischung und den Beistand der Vereinigten Staaten in den Schwierigkeiten bezüglich der Manschurei-Angelegenheit zu erbitten, die Rußland bisher im stande war, als einen einfachen Streit mit Japan darzustellen. Die Unterzeichnung des amerikanisch-chinesischen Handelsvertrages werde es den Vereinigten Staaten ermöglichen, in Ostasien eine festere Haltung einzunehmen, die möglicherweise zu einer amerikanischen Einmischung zur Aufrechterhaltung der Integrität Chinas führen werde. —

Landtagswahl.

Im Landtags-Wahlkreise Teltow-Charlottenburg ist ein Konflikt innerhalb der freisinnigen Partei ausgebrochen. Der Kreis-Wahlverein hatte Dr. Bernstein und Justizrat Reinbacher als Kandidaten aufgestellt und es war vorgesehen worden, daß letzterer Herr gegebenenfalls zurücktreten würde, wenn eine Vereinbarung mit den Nationalliberalen zu stande kommen sollte. Die Berliner Parteileitung der Freisinnigen Volkspartei aber trat, ohne Fühlung mit den eignen Parteigenossen im Wahlkreise zu haben, in eigenmächtige Verhandlungen mit den Nationalliberalen, welche die Aufgabe auch der Kandidatur Bernstein forderten. Die freisinnige Parteileitung willigte mit Vergnügen ein, schon um die Kandidatur Bernstein, der kein „unentwegter" Richterianer ist, los zu werden. Die Freisinnigen des Wahlkreises erheben aber lebhaften Protest gegen die unberechtigte Einmischung der Parteileitung. Dieser Zwist unter den Freisinnigen wird den konservativen Mandatsinhabern gewiß willkommen sein.

Die bürgerliche Presse über den Parteitag.

Es ist unmöglich und nach unsren gestrigen Vorbemerkungen unnötig, alle Anschuldigungen und Unsinnigkeiten, welche die gegnerische Presse gegen den Dresdener Parteitag aufhäuft, ausdrücklich zu widerlegen. Es genügt, das Bemerkenswerteste daraus zur Kenntnis der Leser zu bringen.

Die „Voss. Ztg." versucht es so darzustellen, als habe insbesondere Kautsky durch seine Auffassungen über die socialdemokratische Taktik den Scharfmachern Dienste geleistet. Sie schreibt:

„Ist diese Theorie richtig? Ist es wahr, daß sich die Gegensätze der Arbeiter zu den „herrschenden Klassen" stetig verschärfen? Es giebt tausende Arbeitgeber, Volkswirte, Politiker, Gelehrte, auch Socialdemokraten, die das Gegenteil behaupten. Aber was thut das dem Parteitag? Er macht allem Streit selbstherrlich ein Ende, indem er mit der Kraft eines kirchlichen Glaubenssatzes verkündet, die Gegensätze haben die Tendenz, sich zu verschärfen, folglich ist die alte Taktik richtig und beizubehalten, und wer daran zweifelt, wehe, dreimal wehe! Die abgethane Verelendungstheorie feiert ihre glorreiche Auferstehung in der Verschärfungstheorie. Auch ist der Satz vollkommen richtig, wenn eine kleine Aenderung angenommen wird. Nicht die Gegensätze haben die Tendenz, sich zu verschärfen, sondern die Socialdemokratie hat die Tendenz, sie zu verschärfen. Niemand hat das mit gleichem Cynismus eingestanden wie Herr Kautsky. „Unsre" Taktik ging dahin, daß wir die Gegensätze zu den herrschenden Klassen immer mehr erweiterten; „unsre" Taktik war es, die herrschenden Klassen immer mehr gegen uns zu erbittern, den Besitzenden immer mehr Furcht einzuflößen, die Konflikte immer mehr zuzuspitzen. Wie dankbar werden die Scharfmacher Herrn Kautsky für die Bekenntnisse einer schönen Seele sein! Wenn dergleichen Herr v. Stumm einstmals im Reichstage Herrn Bebel vorgeworfen hätte, wir sind gewiß, der Führer der Socialdemokratie hätte solche Anschuldigungen mit edler Entrüstung zurückgewiesen."

Die „Voss. Ztg." übersieht vollkommen, daß Kautsky nicht eine künstliche und mutwillige Erweiterung der Gegensätze und Erbitterung der Gegner behauptete, sondern daß er diese Erscheinungen als notwendige Folgen einer nachdrücklich ernsten Vertretung der proletarischen Interessen auffaßte.

*

In der „Kreuz-Zeitung" greift der Generalmajor a. D. v. Zepelin, in einem Artikel „Die revolutionäre Socialdemokratie und die Armee", Feststellungen Bebels über die Stimmung in der Armee, selbst im Offiziercorps, sowie die Manöverbriefe unsrer Presse und den nicht einmal unterstützten und nicht zur Beratung gelangten Antrag über die Agitation unter den Rekruten vor der Einziehung zum Militärdienst auf. Der Generalmajor fordert scharfmacherisch die Regierung zum Einschreiten gegen die Socialdemokratie auf. Er führt u. a. aus:

„Wenn wir nüchtern alle diese Herausforderungen und Drohungen überblicken, so können wir sie nur als einen bewußten Sturm gegen das heute noch feste Gebäude der Armee bezeichnen, welche das Bollwerk gegen die sich anbahnende Revolution ist.

Man glaubt nach den Erfolgen bei den Wahlen jede Maske abwerfen zu können. Bebel sagt daher:

Angesichts des großen Stimmenzuwachses der Partei und der Vergrößerung der Fraktion ist es allerdings erforderlich, die Taktik der Partei zu ändern. Liebknecht sagte einmal in seiner drastischen Weise: Wenn ich es für notwendig erachte, dann ändere ich innerhalb vierundzwanzig Stunden meine Taktik vierundzwanzigmal. Aber das eine steht fest, die Taktik muß sich den Grundanschauungen der Partei anschließen. Ich bin nun der Meinung, das Anwachsen unsrer Anhängerschaft erfordert allerdings eine Aenderung der Taktik, aber in dem Sinne, daß wir energischer, rücksichtsloser und schärfer vorgehen müssen!

Diese Worte, die mit „stürmischem Beifall" aufgenommen wurden, müssen doch der Regierung und, so Gott will, allen Parteien, die noch auf dem Boden staatlicher Ordnung und christlicher Sitten — wir sagen nicht des christlichen Glaubens — stehen, die Augen öffnen. Für die Regierung, der von Gott die Sorge für ihr Volk auferlegt ist, giebt es unsres Erachtens nur eine Antwort auf die oben angeführte Erklärung der Socialdemokratie: Die energische That. . . .

Wenn die Socialdemokratie den Zeitpunkt für gekommen erachtet, „noch energischer, rücksichtsloser vorzugehen", so kann eine zielbewußte Regierung mit Recht von dem Reichstage die früher vergeblich erbetenen Mittel fordern, die es auch ihr möglich macht, noch energischer, ohne Rücksicht auf die Kritik ihr feindseliger Parteien, sondern nur mit Rücksicht auf Gewissen und Pflicht, vorzugehen. . . .

„Der Worte sind genug gewechselt, so laßt uns endlich Thaten sehen!""

•

Der gleichfalls der äußersten Reaktion dienstbare „Reichsbote" beklagt die angebliche Gleichmütigkeit der Liberalen gegenüber der socialdemokratischen „Gefahr":

„Die Zänkereien und Schimpfereien schaden der Socialdemokratie bei ihrem Anhang in der großen Volksmasse nichts und an dem Urteil der Akademiker und des Bürgertums liegt ihr nichts, das ist für sie „die reaktionäre Masse", die rücksichtslos bekämpft werden muß. Bebel hat seinen Zweck erreicht, darüber darf man sich nicht täuschen und es ist ebenso lächerlich als gefährlich, wenn man sich bemüht, den Ernst der Sache hinwegzuspotten. Er hat die Revisionsgelüste derb zu Boden getreten und die Partei wieder fest auf ihre alte revolutionäre Grundlage gestellt, dem Staat und der Gesellschaft rückhaltlos den Krieg erklärt. Wenn die Thatsache, daß die Socialdemokratie jede Reform zur Verbesserung der Lage der Arbeiter verwirft und also auch selbst keine Reformen im Reichstage beantragen (Unsinn! Redaktion des „Vorw."), sondern direkt auf den Umsturz lossteuern will, so daß also die Arbeiter gar keine Verbesserung ihrer Lage von der Socialdemokratie zu erwarten haben, die Arbeiter nicht zur Besinnung bringt — die rohe Sprache auf dem Parteitage thut es wahrlich nicht — und der Sport der liberalen Blätter noch weniger.

Es ist also vergebliche Mühe, die Bedeutung des Parteitages wegzuspotten, oder sich mit optimistischen Phrasen darüber hinwegzusetzen und dem Volk den Eindruck beizubringen, daß es von der Socialdemokratie nichts zu befürchten habe, sich also auch über ihre drei Millionen Anhänger nicht aufzuregen brauche, sondern in der alten Gleichgültigkeit verharren könne. Damit glaubt man wieder alles schön eingerenkt zu haben und die Socialdemokratie kann ungestört — „sich selbst überlassen" — ihre Arbeit im Volke fortsetzen; wenn wieder Reichstagswahlen sind und sie dann wohl 5 Millionen Stimmen erhält, dann lüftet der gute liberale Michel wieder einmal die Schlafmütze und schaut verwundert um sich, aber weil die Revolution noch nicht schießt und guillotiniert, so kann er unter dem Singsang seiner Presse weiter dufeln, bis die Socialdemokraten im Reichstage die Mehrheit haben und dann die Umwandlung des Privateigentums in Staatsbesitz ausführen können; dann wird er wach werden; denn wenn's an den Geldbeutel und an den Besitz geht, lernt wohl auch das liberale Bürgertum noch einmal den Ernst der Revolutionspartei würdigen. Bis dahin ist ihm nach wie vor „alles Wurst".

Unter dem Schutz der grenzenlosen Gleichgültigkeit des Bürgertums gegen alle Principien kann die Socialdemokratie ihr Werk vollbringen. Sie kündigt Staat und Gesellschaft den Krieg bis aufs Messer an, stellt sich außerhalb der Verfassung, will dieselbe stürzen, verweigert dem Staat das Budget für seine Existenz und sucht den Moment herbeizuführen, wo es zum Machtkonflikt kommt, in welchem sie die Macht des Staates niederwerfen und die Herrschaft des Proletariats proklamieren kann — aber wenn jemand die Konsequenzen aus dieser selbstgewählten Stellung der Socialdemokratie ziehen und dieselbe als außerhalb der Verfassung stehend behandeln will, dann stellt sich die ganze liberale Presse auf ihre Seite. — Auch jetzt wieder, wo der Parteitag sich so schroff dem Staat und allen Parteien gegenüber gestellt hat, sucht sie das möglichst wenig ernst zu nehmen und die Meinung aufrecht zu erhalten, daß die Revision doch den Sieg davontragen und die Socialdemokratie dann für den linksgerichteten Liberalismus — und er strebt ja jetzt in allen Nuancen nach links — bündnisfähig werde."

•

Besonders bemerkenswert ist das Urteil der „Germania", des Berliner Centrumsblattes:

„Die Stellung der „bürgerlichen Parteien" gegenüber der Socialdemokratie kann demnach nach dem Dresdener Parteitage keine andre werden, als wie sie vorher gewesen ist. Wir werden die Socialdemokratie fort und fort ebenso energisch wie nachdrücklich zu bekämpfen haben wie vorher, und zwar die Richtung Bebel sowohl wie die Richtung Vollmar. Denn beide Richtungen sind gleich gefährlich, die revolutionistische Richtung Bebels sowohl, wie die evolutionistische Vollmars, beide betrachten die bürgerlichen Parteien und besonders die widerstandsfähige Centrumspartei gleichmäßig als ihre Feinde, ohne deren vorherige Niederwerfung sie nicht an eine Verwirklichung ihrer politischen Herrschaftsgelüste und ihrer wirtschaftlichen Umwandlungen denken können.

Ob es zu einer offenen Spaltung in der Socialdemokratie gekommen wäre, wenn der Parteitag die Diktatur Bebels statuiert und seine revisionistischen Widersacher ausdrücklich oder moralisch von der Partei ausgeschlossen hätte, kann dahingestellt bleiben, da diese Voraussetzungen sich nicht erfüllt haben, und da trotz aller „Klärung", die Bebel zu seiner „General-Abrechnung" angekündigt hat, die Verhältnisse der beiden Richtungen ebenso unklar geblieben sind wie vorher. Nicht einmal Bernstein, der Dogmatiker des Revisionismus, welcher auch die Resolution abgelehnt hat, ist ausgeschlossen worden. Man hat sich geschlagen und vertragen, und alle Kampfreden gegen einander endeten mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampfe gegen den gemeinsamen Feind, gegen die „bürgerlichen Parteien". In dieser Parole „Getrennt marschieren und vereint schlagen", fanden die Revisionisten v. Vollmar, Auer, Heine usw. wieder den Anschluß an die Bebelianer.

„Getrennt marschieren und vereint schlagen" wird auch für die bürgerlichen Parteien die Parole im Kampfe gegen die Socialdemokratie lauten müssen. Es ist eine politische Verblendung sondergleichen, wenn in einem Teil der Scharfmacherpresse jetzt wieder unter dem Hinweise auf die revolutionären Phrasen des Dresdener Parteitages, die Thron und Altar, die ganze bürgerliche Staatsordnung und bestehende Gesellschaft mit Krieg und Vernichtung bedrohen, der Gedanke an ein neues Socialistengesetz auch nur leise angedeutet wird. Das fehlte gerade noch, um die auseinanderstrebenden Elemente in der heutigen Socialdemokratie mit eisernen Reifen wieder zu einer geschlossenen Phalanx zu machen und selbst die Mitläufer in der „Dreimillionen-Partei" zu eifrigen, „zielbewußten" Socialdemokraten zu machen! Auch der Gedanke einer antisocialdemokratischen Allianz der bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie ist politisch durchaus verfehlt."

Partei-Nachrichten.

Die gestrige Notiz über die **Konstituierung der Kontrollkommission**, die uns vom Schriftführer der Kommission zuging, kann infolge ungenauer Ausdrucksweise den Eindruck erwecken, als ob die Genossen Eberhardt und Wengels der Kontrollkommission zugewählt worden wären. Sie sind selbstverständlich durch die Kontrollkommission wie bisher dem Parteivorstande zugewählt.

In der Quittung in Nummer 212 des „Vorwärts" vom 11. September d. J. befinden sich unter den vom 6. Berliner Wahlkreis abgelieferten 5000,— M. auch 10,— M. von der Putzerkolonne Oertel. A. Gerisch.

Zu den Düsseldorfer Differenzen veröffentlicht die „Volkszeitung" folgende Erklärung:

Die Differenzen zwischen der „Volkszeitung", Wallbrecht u. Co., und unserm Drucker Greven sind zur Zufriedenheit beider Kontrahenten heute beigelegt worden. Näherer Bericht folgt.

Düsseldorf, den 22. September 1903.

Verlagsanstalt Wallbrecht u. Co. „Volkszeitung". Frau Jos. Greven.

Die Kandidatenfrage in Frankfurt-Lebus. Die „Märkische Volksstimme" berührt in ihrem Parteitagsartikel die Frage des Kandidatenwechsels im Kreise Frankfurt-Lebus, die auch auf dem Parteitage erwähnt worden ist, und kündigt an, daß die Genossen des Kreises demnächst das zur Beurteilung der Angelegenheit nötige Material veröffentlichen werden, um die Legende zu zerstören, die sich darum gebildet hat.

Totenliste der Partei. In Barmen nahm sich der Genosse Karl Thiele in einem Anfall geistiger Störung das Leben. Der Verstorbene hat in der Arbeiterbewegung Barmens lange Jahre eine hervorragende Rolle gespielt, so daß die Genossen seinen Verlust lebhaft bedauern.

Die socialistische Partei Italiens zählt nach einer Statistik, welche der Parteivorstand im „Il Socialismo" veröffentlicht, gegenwärtig 89 192 zahlende Mitglieder. Von den 71 der italienischen Provinzen haben sämtliche, außer einer, socialdemokratische Partei-Organisationen zu verzeichnen. An der Spitze marschiert Reggio Emilia mit 3948 Mitgliedern, die in ca. 100 Sektionen (Ortsvereinen) organisiert sind. Die einzige Provinz, in der eine feste Organisation noch nicht vorhanden ist, ist die Provinz Cosenza. Bemerkenswert sind die steten Fortschritte, welche die Partei in den Agrardistrikten und selbst in den entlegensten Gegenden von Sicilien und Sardinien macht. Selbstverständlich umfaßt die Zahl der Organisierten durchaus nicht alle Anhänger des Socialismus.

Aus Industrie und Handel.

Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" meldet, hat die Verwaltung des Kohlensyndikats zum 1. Oktober eine Versammlung der Zechenbesitzer mit folgender Tagesordnung einberufen: Bericht über den Stand der Erneuerung des Vertrages; Beschlußfassung über die Geltung des neuen Vertrages auch für den Fall, daß „Freie Vogel und Unverhofft" nicht beigetreten ist; Kündigung des Vertrages vom 31. Juli bezw. 20. September 1895 gemäß § 10 dieses Vertrages; Wahl eines Ausschusses zur Verhandlung mit den bisher ausstehenden Zechen; Geschäftliches. — Wie die „K. Ztg." schreibt, hat das Syndikat, so lange die Zeche „Freie Vogel und Unverhofft" ihm angehörte, an sich schon große Schwierigkeiten gehabt, ihre Kohlen überhaupt unterzubringen, und im übrigen ist die Lage der Zeche derart, daß sie außerhalb des Syndikats sich nur sehr kurze Zeit wird halten können, zumal sie schon unter dem Schutze des Syndikats mit Schwierigkeiten zu kämpfen hatte. Es ist daher vorauszusehen, wie wir in unserm letzten Wochenbericht noch eingehender nachwiesen, daß der neue Vertrag auch ohne „Freie Vogel und Unverhofft" aufrecht erhalten werden wird.

Schultheiß-Brauerei, Aktiengesellschaft in Berlin-Dessau. Der Aufsichtsrat beschloß, den durch Tod des bisherigen Generaldirektors Richard Rösicke frei gewordenen Posten eines Generaldirektors nicht neu zu besetzen. Die bisherigen Vorstandsmitglieder bilden einen gemeinsamen Vorstand. Direktor Merten wurde zum Vorsitzenden und Direktor Boehme zum stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstandes berufen. Die technische Oberleitung sämtlicher Betriebe verbleibt nach wie vor in den Händen des Betriebsdirektors Sautner. Der Vorstand berichtete zugleich, daß der Bierabsatz im abgelaufenen Geschäftsjahr 1902/03 937 044 Hektoliter betrug, mithin einen Mehrabsatz von 46 080 Hektolitern aufweist. Die Dividende wird wie im Vorjahre wieder auf die hübsche Höhe von 14 Prozent geschätzt.

Stahlwerksverband. Wir berichteten gestern, daß diesem angestrebten Verbande noch recht erhebliche Schwierigkeiten entgegenständen, wir tragen heute nach, daß er den Namen „Deutsches Stahl-Syndikat" führen und in Form einer Aktiengesellschaft zunächst auf fünf Jahre errichtet werden soll. Die Beteiligungsziffern sollen, wie die „K. Ztg." weiter erfährt, bei dem Abschluß des Vertrages mit den einzelnen Werken gleichzeitig vereinbart werden. Wächst der Bedarf über die Gesamtbeteiligung hinaus, so werden die Beteiligungsziffern in entsprechendem Maße prozentual gleichmäßig erhöht. Falls das Syndikat nicht in der Lage ist, die gesamten, aus der Summe der Beteiligungen sich ergebenden Absatzmengen abzunehmen, so hat auf Antrag des Vorstandes durch Beschluß der Stahlwerksbesitzer-Versammlung eine gleichmäßige prozentuale Verringerung der Beteiligungsziffern zu erfolgen. Das Verfahren bei der Erhöhung und der Einschränkung der Erzeugung ist also im Vertragsentwurf ganz in derselben Weise vorgesehen, wie sie sich auch in dem neuen Vertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats findet. Die Erhöhung der Leistungsfähigkeit eines einzelnen Werkes giebt an sich keinen Anspruch auf Erhöhung der bei dem Abschluß des Vertrages vereinbarten Beteiligungsziffern. Jedes einzelne Werk hat für jede Tonne Mehrabsatz, die über seine Gesamtbeteiligung hinausgeht, eine Abgabe von 5 M. zu zahlen, erhält aber andrerseits für jede Tonne Mindestabsatz eine Vergütung von 5 M.

Die Syndikatsbestrebungen in der Kalkindustrie. Nachdem am 15. d. Mts. in Hamm i. W. eine Besprechung der westfälischen Kalkwerksbesitzer zur Gründung einer neuen Verkaufsvereinigung der westfälischen Werke stattgefunden hat, sollte gestern die Erklärung der einzelnen Firmen über ihre Beteiligungsziffern an den Liquidator der früheren Vereinigung abgegeben werden. Nach einem von diesem versandten Rundschreiben steht die Mehrzahl der Kalkwerksbesitzer dem Projekt wohlwollend gegenüber, dagegen haben einige Werke Forderungen bezüglich ihrer Beteiligungsziffer aufgestellt, die, wenn sie aufrecht erhalten werden, das Zustandekommen der neuen Vereinigung sollen vereiteln müssen. Von neuen Firmen haben ihren Beitritt zu dem Verbande zugesagt: die Kalkwerke Lehmkuhl und Borcherd in Wattenscheid mit 1600, Norddeutsche Kalkwerke in Roterfelde mit 1000, Meteor in Gesecke mit 3000, F. Gröne in Gesecke mit 1000 und die Westdeutschen Kalkwerke in Gesecke bei einer Forderung von 800 Waggonladungen Beteiligung.

Ein leistungsfähiger Getreidetrockner? Seit langem wird ein Getreidetrockner erstrebt, der nicht nur qualitativ genügt, sondern auch dabei quantitativ so leistungsfähig ist, daß er rentabel bleibt. Jetzt wird eine starke Reklame für einen Getreidetrockner gemacht, der diesen Anforderungen genügen soll; er stammt aus der Rheinischen Dampfkessel- und Maschinenfabrik Büttner in Uerdingen am Rhein und soll bereits bei den ersten Versuchen ein zufriedenstellendes Resultat ergeben haben. Bei Entfernung von 5 Prozent Wasser vermag der Trockner mehr als 80 Centner Getreide in je einer Stunde zu trocknen, so daß bei kontinuierlichem Betrieb auf eine Leistung von 2000 Centner in 24 Stunden zu rechnen ist. Mit Rücksicht darauf, daß die Keimfähigkeit und Backfähigkeit des Getreides verbessert wird (nur die schwächlichen und kranken Körner gehen ein) und daß die Bakterien- und Schimmelpilz-Infektion, die das Getreide dauernd schädigt, zum größten Teil zerstört wird, erscheint dieses Ergebnis, besonders im Zusammenhange mit der gegenwärtig vielfach verregneten Ernte recht bedeutsam.

Aus der amerikanischen Eisenindustrie. Der Londoner „Daily Expreß" meldet aus New York, der Stahltrust habe beschlossen, mehrere ihm gehörende Fabriken wegen Mangels an Aufträgen zu schließen. Bis jetzt sind sechs geschlossen worden. — Die Pencoyd Eisenwerke und fünf Werke der Lackawanna Company haben nach einer New Yorker Meldung der „Frankf. Ztg." den Betrieb auf unbestimmte Zeit eingestellt. 5000 Arbeiter sind entlassen worden. — In einer in New York stattgehabten Versammlung der Vertreter von 30 Hochöfen wurde die Schaffung eines Roheisen-Kartells angestrebt

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Metallarbeiter! Zur Beachtung!

Anläßlich des Streiks der Gürtler und Metalldrücker Berlins haben die Kühnemänner eine **Aussperrung angedroht.** Auf Grund dieser Androhung gehen uns aus den Kreisen unsrer Kollegen viele Anfragen zu, wie sich die Kollegen in den verschiedenen Fällen verhalten sollen.

Wir möchten nun allen Kollegen die Anweisung geben, **unter keinen Umständen freiwillig die Betriebe zu verlassen.** Die Unternehmer können uns aussperren, wenn sie wollen, wir werden ihnen nicht den Gefallen thun und uns selbst aussperren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik in der Berliner Metallindustrie.

Der Streik der Gürtler hat durch den Aussperrungsbeschluß der Unternehmer nicht im geringsten gelitten. Dafür zeugte gestern wieder die außerordentlich stark besuchte Streikversammlung. Cohen ging in seinem Bericht über den Stand des Streiks zunächst auf jenen Beschluß der Fabrikanten ein und teilte mit, daß nach seinen Informationen die Unternehmer-Versammlung in der Börse, die unter strengem Ausschluß der Presse aller Parteien stattgefunden hat, nicht, wie den Zeitungen mitgeteilt wurde, von 200, sondern nur von 50 bis 60 Personen besucht war. Die Gürtler und Metalldrücker sowie die übrigen Metallarbeiter können der Ausführung dieses Beschlusses ruhig entgegensehen. Es erscheint übrigens doch noch sehr fraglich, ob z. B. eine Fabrik wie die des Kommerzienrats Pinsch wegen der 18 Metalldrücker, die dort streiken, ihre sämtlichen 850 Arbeiter aussperren wird. Eine allgemeine Aussperrung würde jedenfalls dahin führen, die der Organisation noch fernstehenden Arbeiter aufzurütteln und aufzuklären und so das Gegenteil von dem bezwecken, was die Herren wünschen; und der Generalsekretär Nasse wird sich mit seiner Scharfmacherei eine neue Blamage holen. Die Unternehmer suchen nun die Streikenden dadurch einzuschüchtern, daß sie die Fertigstellung der liegengebliebenen Arbeit verlangen und mit Klage wegen Kontraktbruchs drohen. Der Referent forderte die hiervon Betroffenen auf, ehe sie etwas in dieser Sache unternehmen, den Vertrauensleuten der Organisation Mitteilung zu machen. Die Forderungen sind seit der letzten Streikversammlung von weiteren sechs Firmen unterschriftlich anerkannt worden, so daß jetzt 91 Firmen mit über 800 Gürtlern bewilligt haben.

Achtung, Konditoren! Die Kollegen in Hamburg und Berlin sind in eine Bewegung zur Erringung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten. Wir ersuchen, Zuzug für alle Branchen bis auf weiteres nach diesen Städten fernzuhalten. — Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck ersucht.

Ortsverwaltung Hamburg und Berlin.

Achtung! Kartonarbeiter, Kartonnieter! Nach eintägigem Ausstand wurden die tariflichen Bestimmungen gleichfalls von den Firmen Meyer Nachf. und M. Pohle bewilligt. — Der in Nr. 222 des „Vorwärts" enthaltene Versammlungsbericht der Kartonarbeiter ist insofern zu berichtigen, als der Minimallohn der Nieter unter 18 Jahren nicht 18, sondern 21 M. beträgt.

Die Ortsverwaltung Berlin
des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Für die streikenden und ausgesperrten Textilarbeiter in Crimmitschau gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

Drei Beizer von J. C. Pfaff 3,—. Centralverband der Schmiede, Verw. Berlin 50,—. Centralverband der Böttcher, Verw. Berlin 25,—. Maschinenfabrik Palitsch 10,80. Verband der Schneider und Schneiderinnen 50,50. Verb. d. städt. Arb. 100,35. Verb. d. Konditoren, Verw. Berlin 10,—. Töpfer bei Millionenschmidt, Bau Triftstraße 9,—. Verband der Zimmerer, Verw. Berlin 200,—. Vesta Charlottenburg 4,20. Textilarbeiter auf Listen 50,—. Holzarbeiter-Verband Weißensee 50,—. Personal der Buchdruckerei Jankiewicz 10,—. Metallgießerei Bär u. Stein 10,35. Kollegen der Telegraphenbau-Anstalt W. Gurlt 18,30. Tischlerei von Bartel, Wasserthorstraße 2,50. Former Salbach 9,40. Acht lokalorganisierte Maurer 8,—. Ortsgruppe Berlin des Deutschen Abstinenten-Bundes 16,65. Tischler-Werkstatt von Fischer, durch Conrad 17,15. Asphalteure 50,—. Herrenschneider von Gerson 20,—. Lackierer der Eisenmöbelfabrik von Westphal und Reinhold 6,85. Verband der Glasschleifer Berlin 50,—. Vom Personal der Buchdruckereien Ferd. Asbehm 7,45. G. Bernstein 9,—. Otto v. Holten 8,10. E. Litfaß Erben 13,10. C. Marschner 10,20. G. S. Mittler und Sohn 17,60. Rudolf Mosse, Zeitung 13,90. Seydel u. Co. 9,10. August Scherl u. Co. 10,50. Fr. Schirmer 3,80. Ullstein u. Co., Stereotypie 10,80; dito Zeitung 19,75. Wilhelma 5,25. Tischlerei von Kaiser, Reinickengorferstraße 18,15. Stockfabrik H. Goldbach 5,—. Tischlerei von Sauerwein 4,—. Lagerhalter, Bezirk Berlin 50,—. Gustav Thilo, Rixdorf, Hohenzollernplatz 50,—. Verband der Steinsetzer, Charlottenburg 20,—. Tabakarbeiter-Verband, Berlin 50,—. Cigarettenarbeiter u. Arbeiterinnen von Manoli 11,65. Verb. der Lederarbeiter (Weißgerber) Berlin I 100,—. Alter Parteigenosse aus der Buchholzerstraße 5,—. Centralverein der Bureau-Angestellten 19,45. Ortsgruppe Berlin der Glacé-Handschuhmacher 50,—. Gewerkschaft der Rammer 50,—. Märkische Gauvereinigung des Allg. Deutschen Gärtnervereins Berlin 20,—. Steinmetzen auf Listen 75,21. Unterstützungsverein der Kupferschmiede 30,—.

Summa 1478,86. Bereits quittiert 7278,60. Gesamtsumme 8757,46.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen in unserm Bureau von 9—1 vorm. und von 6—8 nachm. Gelder, welche mit der Post eingesandt werden, sind an A. Körsten, Engel-Ufer 15, einzusenden.

Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Deutsches Reich.

Eine Gewerkschafts-Konferenz für Oberschlesien wurde kürzlich in dem östreichischen Grenzorte Oswiecim abgehalten. An derselben nahmen 51 Delegierte teil, darunter Legien als Vertreter der Generalkommission, sowie Vorstandsmitglieder beziehungsweise Bezirksleiter der Verbände der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter, der Holzarbeiter, Metallarbeiter und der Obmann der Agitationskommission für Oberschlesien. Die Konferenz beschäftigte sich hauptsächlich mit der Frage, wie in Oberschlesien die gewerkschaftliche Organisation und Agitation zu betreiben sei. Es wurde allgemein betont, daß gerade in Oberschlesien der Charakter der Bewegung ein rein gewerkschaftlicher sein müsse, und namentlich die religiösen, sowie die durch die nationalpolnische Bewegung hervorgerufenen Gegensätze aus der gewerkschaftlichen Agitation fernbleiben müssen. Das Ergebnis der Konferenz war die Annahme eines Regulativs für die oberschlesische Agitationskommission und den Arbeitersekretär. Das oberschlesische Arbeitersekretariat befindet sich in Kattowitz O.-S., Rathausstr. 6.

Ausland.

Im Hafen von Genua beginnen schon wieder Zwistigkeiten zwischen den Kohlenträgern und den Importeuren. Ein Teil der Arbeiter wurde ausgesperrt.

Sociales.

Von der Schulpflicht.

Die Herren Schneider und Krüger zu Kirchhain hatten ihre Kinder nach der Konfirmation nicht mehr in die Schule geschickt und waren deshalb wegen unentschuldigter Schulversäumnisse derselben mit Geldstrafen bedacht worden, nachdem das Kammergericht sich bereits einmal mit ihrer Angelegenheit beschäftigt hatte. Sie legten Revision ein, welche Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht vor dem Straffenat des Kammergerichts rechtfertigte. Das Kammergericht hob das Urteil des Landgerichts auf und verwies die Sache abermals in die Vorinstanz zurück. Der Straffenat ging von folgenden Erwägungen aus: Die Einsegnung sei nicht maßgebend für das Ende der Schulpflicht. Und wenn in einer Verordnung der Regierung zu Frankfurt a. O. das Ende der Schulpflicht mit der Konfirmation in Zusammenhang gebracht werde, dann sei das nur eine Instruktion für die Schulbehörden, für gewöhnlich die Konfirmation als Zeitpunkt der Beendigung der Schulpflicht anzusehen. Wenn die Verordnung aber mehr als eine derartige Instruktion wäre, sich als Verordnung im eigentlichen Sinne gäbe, dann wäre sie rechtsungültig. Für das Ende der Schulpflicht seien entscheidend die Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, und danach (§ 46 II 12) ende die Schulpflicht, wenn das Kind die für einen vernünftigen Menschen seines Standes notwendigen Kenntnisse erlangt habe. Hierüber hätten aber die Schulaufsichtsbehörden zu befinden und dann, wenn die Reife festgestellt sei, die Schulentlassung auszusprechen. Diese sei entscheidend, sie sei hier aber nicht ausgesprochen worden. Gleichwohl müsse die den Angeklagten ungünstige Entscheidung des Landgerichts aufgehoben werden. Es sei dem Anwalt darin zu folgen, daß der Vorderrichter die Frage des subjektiven Verschuldens nicht genügend beachtet habe. Die Bestrafung sei von einem Dolus oder mindestens von einer Fahrlässigkeit abhängig. Und wenn die Angeklagten der Auffassung waren, die Schulpflicht ende mit der Konfirmation, dann wäre das ein Irrtum über Normen des öffentlichen Rechts und die Angeklagten könnten dann schon deshalb nicht bestraft werden. Der Vorderrichter müsse hierüber Feststellungen treffen und je nach dem Ergebnis freisprechen oder wieder verurteilen.

Aus dem Leben einer Riesenstadt.

Der Londoner Grafschaftsrat hat soeben ein 800 Seiten umfassendes Werk veröffentlicht, in welchem statistische Angaben über die Stadt London für das Jahr 1902/03 zusammengestellt sind. In Nachstehendem lassen wir einige interessante Einzelheiten daraus folgen: Die Einwohnerzahl der Riesenstadt wird auf 4 536 641 angegeben; unter Hinzuzählung jedoch aller derjenigen Vororte, die zwar äußerlich ganz mit London verwachsen sind, aber ihre eigne Verwaltung haben, sind es 6 581 402. Die Sterberate war in den letzten zwei Jahren nicht ungünstig; sie betrug 18,6 pro 1000 im letzten und 17,1 pro 1000 im vorhergehenden Jahre, sie war also niedriger als die der meisten europäischen Hauptstädte, ausgenommen Amsterdam, Brüssel und Stockholm. In den Straßen Londons fanden 302 Personen durch Unfall ihren Tod. — Für öffentliche Arbeiten (Bauten usw.) verausgabte die Stadt 8½ Millionen Mark. — Die Abendschulen, die dem städtischen Schul-Kollegium unterstehen, wurden von 55 000 Schülern, gegen 14 000 im Jahre 1893/94, besucht. — An öffentlichen Parks unterhält die Stadt 91 mit einem Flächeninhalt von 1560 Hektar; hierzu kommen 12 königliche Parks mit 656 Hektar. — Die Stadt hat einen großen Teil der Straßenbahnen in eigner Verwaltung; jedoch sind außerdem noch 9 Privatgesellschaften vorhanden, welche die öffentlichen Verkehrswege kapitalistisch ausbeuten. Insgesamt wurden auf den Londoner Straßenbahnen im Berichtsjahre 337 Millionen Personen befördert; die Länge der Schienenstränge betrug 32 Millionen Meilen. — Vergnügungsplätze (Theater, Musikhallen usw.) waren 662 konzessioniert.

Sociale Rechtspflege.

Rückgängig gemachtes Engagement.

Der Kutscher H. war Anfangs einer Woche vom Glaswarenhändler Kramer zum Sonnabend derselben Woche unter Kündigungsausschluß engagiert worden. Seine Papiere wurden gleich behalten. Als er Sonnabends ins Geschäft kam, gab man sie dem Kläger wieder zurück und bedeutete ihm, er dürfe die Stellung nicht antreten, weil er schon mal im Geschäft thätig gewesen sei und man solche Leute nicht haben wolle. H. klagte darauf beim Berliner Gewerbegericht auf Zahlung von 9 M. Entschädigung, weil ihm die Papiere so lange vorenthalten worden seien, ohne daß seine Erwartung, am Sonnabend Arbeit zu haben, in Erfüllung ging. — Der Beklagte wollte erst nicht einsehen, wieso er dem Kläger irgendwie verpflichtet sein solle. Der Gerichtshof belehrte ihn dahin, daß Kläger doch durch das Engagement zum Sonnabend an ihn gebunden gewesen sei. In der Zwischenzeit hätte sich Kläger doch keine andre Arbeit suchen können. Der Kündigungsausschluß könne nicht gegen die klägerische Forderung geltend gemacht werden. Nach vielem Zureden der Beisitzer erklärte sich Beklagter bereit, 5 Mark im Vergleiche zu zahlen, womit Kläger einverstanden war.

Kein Auftrag, sondern nur „Aussicht auf Arbeit". Der Monteur B. verlangte durch Klage beim Berliner Gewerbegericht von der Berliner Accumulatorengesellschaft 89 M., indem er behauptete, ihm sei eine Montage in Aschersleben zugesichert worden, als er die Stellung bei der Firma aufgeben wollte. Dadurch sei er, für den Kündigungsausschluß bestand, zum Bleiben bewogen worden. Die Montage in Aschersleben habe man ihm aber nicht übertragen. Den ihm dadurch entgangenen Verdienst beanspruche er jetzt. — Der als Zeuge vernommene Obermonteur Z. bekundete, daß er dem Kläger nur mitgeteilt habe, daß er für eine Montage in Aschersleben vorgesehen sei. Irgend einen Auftrag nach der Richtung habe er nicht gegeben und auch nicht geben können. — Die Kammer V des Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Schalhorn wies die Klage ab, soweit es sich um die Hauptforderung, den Anspruch aus dem angeblichen Montageversprechen, handelte. Dagegen wurden dem Kläger als Entschädigung für zwei im Betriebe ruinierte Hemden 5 M. zugesprochen. Begründend wurde ausgeführt: Der Kläger sei für die Arbeit in Aschersleben nur vorgesehen, nicht aber damit beauftragt gewesen. Ein Anspruch daraus stehe ihm deshalb nicht zu.

Unbefugtes Verlassen der Arbeit. Der Kellermeister W. hatte seine Arbeitsstätte bei der Firma Lamprecht, wo er vier Jahre lang thätig war, einen halben Tag gemieden, um sich eine andre Stellung zu suchen. Durch einen Familienangehörigen hatte er jedoch als Grund Krankheit angeben lassen. W. wurde plötzlich entlassen und klagte darauf beim Berliner Gewerbegericht wegen Lohnentschädigung, wogegen sich der Beklagte unter anderm auf die angeführten Thatsachen berief. Nachdem Beklagter beschworen hatte, daß eine Aufkündigung des Arbeitsverhältnisses nicht erfolgt gewesen sei, wurde Kläger mit folgender Begründung abgewiesen: Dem Kläger habe kein gesetzliches Recht zugestanden, sich während der Arbeitszeit eine andre Stellung zu suchen. Wenn er trotzdem einen halben Tag weggeblieben sei, obwohl er den andern im Keller beschäftigten Personen Anweisungen zu geben hatte, so liege ein unbefugtes Verlassen der Arbeit vor, das die sofortige Entlassung rechtfertige. Aus der Thatsache, daß W. erst einen andern Grund für sein Wegbleiben durch Familienangehörige angeben ließ, gehe übrigens hervor, daß Kläger sich der Unbefugtheit seines Verhaltens bewußt gewesen sei.

Keine einseitige Aenderung des Arbeitsvertrages. Die Schneiderin H. war von der Schneiderin L. zu einem Wochenlohn von 14 M. engagiert worden. Die Kündigungsfrist wurde nicht ausgeschlossen. Fräulein L. kam nach einiger Zeit zu der Meinung, Fräulein H. verdiene keine 14 M. die Woche und wollte den Lohn kürzen. Fräulein H. protestierte und beanspruchte auch für die Zukunft 14 Mark. Sie wurde darauf ohne Innehaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen. Durch Klage beim Gewerbegericht forderte sie demnächst wegen unberechtigter Entlassung eine Lohnentschädigung von 28 M. — Die Beklagte zahlte auf Anraten des Gerichtshofes 23 M. im Vergleichswege. Das Gericht erklärte die einseitige Aenderung der Arbeitsbedingungen für unzulässig. Die Klägerin hätte nicht darauf einzugehen brauchen. Die Beklagte hätte deshalb im vorliegenden Fall, wo die Kündigungsfrist nicht ausgeschlossen war, die Klägerin höchstens kündigen und ihr anheimstellen dürfen, nach 14 Tagen aufzuhören, wenn sie nicht auf den angebotenen niedrigeren Lohn eingehen wolle. Daß die Leistungsfähigkeit der Klägerin nicht den Erwartungen der Beklagten entsprach, sei kein Entlassungsgrund.

Versammlungen.

Vierter Wahlkreis, Süd-Ost. In der am Dienstag in Brüders Salon abgehaltenen Wahlvereinsversammlung hielt Davidsohn einen beifällig aufgenommenen Vortrag über die preußischen Landtagswahlen. Redner wies des einzelnen nach, wie notwendig unsre Beteiligung an diesen Wahlen sei, denn ein guter Teil unsrer praktischen Programmforderungen lasse sich erst dann der Verwirklichung näher rücken, wenn die Socialdemokratie einen mitbestimmenden Einfluß auf den preußischen Landtag auszuüben vermöge. Der Umstand, daß das gesamte Schulwesen im Staate, die Ausübung der Strafrechtspflege, der Gewerbeinspektion, der Polizeigewalt, des Wohnungs- und Gesundheitswesens und vieles andre den Entschließungen des reaktionären Junkerparlaments unterstehen, zwinge mit Notwendigkeit zur Beteiligung an den Landtagswahlen. Der diesbezügliche Beschluß der Gesamtpartei sei deshalb mit Freuden zu begrüßen. Pflicht aller Parteigenossen müsse es nun sein, mit Nachdruck in die Agitation zu den Landtagswahlen einzutreten, damit das Resultat derselben sich würdig dem großartigen Wahlergebnis vom 16. und 25. Juni an die Seite stellen könne. — Da eine Diskussion nicht beliebt wurde, so schloß der Vorsitzende Hoffmann die Versammlung mit der Mitteilung, daß die nächste Generalversammlung des Vereins wegen der in Aussicht genommenen allgemeinen Parteiversammlungen bereits am 13. Oktober stattfinden werde.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne hielt am 14. d. M. ihre ordentliche Generalversammlung ab. Zuerst gab der Vorsitzende den Halbjahresbericht. Daraus ist zu entnehmen: Zu dem Sommerkursus hatten sich 24 Mitglieder neu aufnehmen lassen. Aufträge für die dienstthuende Abteilung waren 35 eingegangen, welche alle erledigt wurden. Hilfeleistungen wurden von den Mitgliedern 70 ausgeführt, davon entfallen allein auf das Sängerfest 35. Da es nach dem Gesetz vom 22. März 1903 nur denjenigen Vereinen gestattet ist, das rote Kreuz im weißen Felde zu tragen, welche zur Unterstützung des militärischen Sanitätsdienstes zugelassen sind, so hat sich der Vorstand genötigt gesehen, die Abzeichen umzuändern, dies besteht jetzt aus einem weißen Kreuz auf rotem Grund. Von der Versammlung wurde dies sanktioniert. Es wurde auch die Antwort des Polizeipräsidenten verlesen auf eine Eingabe des Vorstandes nach dieser Richtung. Hierauf gab der Kassierer den Kassenbericht. Die Einnahme beträgt 242 M., die Ausgabe 322 M. Kassenbestand: 454 M. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Zum Schriftführer wurde Pasedack gewählt, da der bisherige Schriftführer sein Amt niedergelegt hat. Zum Schluß wurde auf den am 5. resp. 12. Oktober beginnenden Winterkursus hingewiesen, zu dem die Lehrpläne bereits fertiggestellt waren.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 21. September eine Versammlung der Schoßarbeiter in den Johannissälen ab. Zunächst debattierte man lebhaft über die Frage des Abschlusses von Dienstverträgen mit den Kassenbeamten, die demnächst die Innungs-Krankenkasse beschäftigen wird. Die Meinungen darüber ob der Abschluß solcher Dienstverträge überhaupt notwendig und nützlich sei, gingen auseinander. Mit der Auswahl der Kandidaten zur Delegiertenwahl der Innungs-Krankenkasse wurde eine Kommission betraut. — Ueber Maßregelungen von Schoßarbeitern berichtete Walter. Er stellte fest, daß verschiedene Arbeitgeber entgegen den Bestimmungen des mit ihnen abgeschlossenen Einigungsvertrages Kollegen gemaßregelt hätten, meist natürlich unter anderweiten Vorspiegelungen. In zwei Fällen, die klar lagen, wurde von Schritten gegen die Unternehmer abgesehen, weil die entlassenen Kollegen neue Arbeit erhielten und auf das Vorgehen verzichteten.

In der Generalversammlung der Innungs-Krankenkasse der Tischler kam es bei der Statutenberatung zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Innungsmeistern. Diese wandten sich unter Führung ihres Obermeisters Rahardt gegen die weitere Festlegung der Unterstützungsdauer von 52 Wochen. Sie wollen dadurch die Beiträge etwas niedriger gestalten wie der Kassenvorstand vorgeschlagen hatte, dem gegenüber wurde erklärt, daß die Tischlergesellen schon seit Jahren die 52 Wochen haben und so leicht nicht darauf verzichten. Die Versammlung wurde vertagt. Von ca. 160 Delegierten der Arbeitnehmer waren nur 107 erschienen, während die Unternehmer in größerer Zahl als sonst vertreten waren.

Centralverband deutscher Brauerei-Arbeiter (Sektion I Brauer). In der am 20. d. Mts. abgehaltenen Vereinsversammlung wurde folgender Kassenbericht für das zweite Quartal erstattet: Verbandskasse: Einnahme 1701 M. 30 Pf., Ausgabe 698 M. 48 Pf., Bestand 1002 M. 82 Pf. Lokalkasse: Einnahme inkl. Bestand 3080 M. 81 Pf., Ausgabe 303 M. 82 Pf., Bestand am Quartalsschluß 2776 M. 99 Pf. Wieder aufgenommen in dem Verband wurde auf seinen Antrag das ehemals ausgeschlossene Mitglied Noroschat. Ueber eine unerhörte Maßnahme seitens der Direktionen der Schultheiß-Brauereien I und II wurde berichtet, daß hier das Aushängen der Versammlungsplakate aus dem Grunde verboten wurde, weil auf denselben zur Werbung von Mitgliedern für den Verband aufgefordert wurde. Die Plakate, die von jeher eine solche Aufforderung enthielten, sind bis jetzt unbeanstandet in allen Betrieben zum Aushang gelangt. Eine zweite Maßregel, die ebenfalls etwas nach Stummschem Despotismus schmeckt, betrifft ein Ausschußmitglied von der Abteilung II, das einfach von seiner bisherigen Arbeitsstelle nach einer schlechteren versetzt worden ist, mit dem Bemerken: er sei „viel zu viel Ausschußmitglied." Diese Mitteilungen erregten lebhafte Entrüstung. Es ist höchst bedauerlich, daß solche Beschwerden aus Betrieben kommen, deren langjähriger erster Leiter bis zu seinem Hinscheiden ein ehrlicher Verfechter des Koalitionsrechts, sowie der Gleichberechtigung der Arbeiter und ein Freund der Organisationen gewesen ist.

Friedenau. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag seine ordentliche Generalversammlung ab. Sie wurde eingeleitet durch ein Referat des Genossen Grunwald über den **Dresdener Parteitag.** Wegen der reichhaltigen und notwendigst zu erledigenden geschäftlichen Tagesordnung faßte der Referent seine Ausführungen äußerst kurz zusammen, beschäftigte sich in der Hauptsache nur mit der Diskussion über die Mitarbeit von Parteigenossen an bürgerlichen Blättern und über die Taktik der Partei und faßte sein Urteil zum Schluß in eine Resolution zusammen, in der die Versammlung ihre Zustimmung zu den Beschlüssen des Parteitages, im besonderen zur erweiterten Resolution Bebel-Kautsky-Singer geben sollte. Weiter sollte der Wahlverein in ihr aussprechen, daß er erwarte, daß die erwähnte Resolution des Parteitages von denen, die sie angehe, befolgt werde, daß andrenfalls der Parteivorstand, als die ausführende Instanz der Parteitagsbeschlüsse, für ihre energische Durchführung Sorge trage. Schließlich wollte der Referent in seiner Resolution anerkannt wissen, daß „in dem rücksichtslosen persönlichen Kampfe der Revisionisten gegen den Genossen Mehring in erster Linie die Absicht liege, diese ausgezeichnete intellektuelle Kraft für den Kampf gegen den Revisionismus für mehr oder minder lange Zeit lahm zu legen." — Die Diskussion über das Referat und die Beschlußfassung über die Resolution wurden zunächst vertagt, bis die eilenden geschäftlichen Angelegenheiten der Versammlung erledigt wären, mußten dann aber der vorgerückten Zeit wegen bis zur nächsten Versammlung verschoben werden.

Den Vorstandsbericht erstattete der Vorsitzende Schmidt, den Kassenbericht der Kassierer Bernsee. Aus letzterem ist hervorzuheben, daß die Einnahmen mit 404,37 M., die Ausgaben mit 370,82 M. abschlossen; an den Centralvorstand konnten 95,06 M. abgeführt werden. Nachdem die Revisoren gehört und über einzelne Ausgaben längere Zeit diskutiert worden war, wurde den Funktionären Entlastung erteilt. Die statutenmäßig notwendige Neuwahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: Jungnitsch, 1. Vorsitzender; Schmidt, 2. Vorsitzender; Doering, Kassierer; Todtmann, Schriftführer und Hille, Beisitzer; als Revisoren wurden die Genossen Wolff, Boldt und Rochow wieder- bezw. neugewählt. Als Delegierte zu der voraussichtlich am 4. Oktober stattfindenden ordentlichen Generalversammlung des Centralwahlvereins wurden Grunwald und Jungnitsch gewählt. Vorher war noch die Bibliotheksordnung der neugegründeten Bibliothek des Wahlvereins diskutiert und genehmigt worden und verschiedene kleinere interne geschäftlichen Angelegenheiten erledigt worden.

Lichtenberg. Ueber den **Dresdener Parteitag** erstattete Welk Bericht im Wahlverein. Der Redner faßte seinen Eindruck über die Vorkommnisse auf demselben in dem Satze zusammen: „Der Zweck des Bebelschen Notschreies ist erreicht, die Massen sind gewarnt!" Der Redner verurteilt scharf die Kampfesweise Dr. Brauns, ohne sich in allem mit den Reden Bebels einverstanden zu erklären. Der Berichterstatter empfiehlt, aus den Parteitagsverhandlungen die Notwendigkeit zu erkennen, zu prüfen, ob und wer zu Vertrauensämtern zu berufen sei. (Beifall.) Gröppler bedauert die kostbare Zeit, die das „Litteratengezänk" absorbiert hat, und wünscht, daß die Arbeiter mehr auf ihre eigne Kraft bauen mögen. Stadthagen bedauert die Notwendigkeit einer Aussprache, wie solche stattgehabt, ist aber erfreut, daß nun auch alles gesagt worden sei. Es habe sich nicht gehandelt um einige Personen, sondern um eine Richtung, die sich bemüht zeige, die Partei von der Taktik abzubringen, mit der die Partei ihre Erfolge erzielt habe. Nicht soviel auf die Art, wie die Grundidee der Socialdemokratie der Verwirklichung entgegen geführt werde, sondern auf die Grundidee selbst komme es an und hier sei zu konstatieren, daß die Aussprache ein erfreuliches Zeichen für die alte bewährte Taktik ergeben habe. Die Heerschau sei zu Gunsten derer ausgefallen, die an den Grundideen der Socialdemokratie nicht rütteln lassen. — Die Versammlung erklärte sich mit dem Berichterstatter bezw. der Thätigkeit der Delegierten des Kreises einverstanden, bedauerte aber den Ton, der auch wieder in Dresden gegen die Berliner angeschlagen und im besonderen das Auftreten von Richard Fischer-Berlin gegen Stadthagen und hofft, daß die gröblichen Insulten gegen letzteren noch an andrer Stelle in der Partei zum Austrag kommen werden. — Als Bezirksführer wurden gewählt: Hoff für den 2. Bezirk, Lange für den Bezirk 4a und Müller für den 5. Bezirk. Bekannt gab der Vorsitzende den Ausschluß des Mitgliedes Aubert.

Steglitz. In der am Montagabend abgehaltenen General-Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins, welche sich eines sehr guten Besuches erfreute, gab zunächst der Vorsitzende den Jahresbericht. Zwecks intensiverer Agitation für die Reichstagswahlen wurde in unserm Nachbarorte Friedenau ein Wahlverein gegründet, der sich in sehr erfreulicher Weise entwickelt hat. Der dadurch für den hiesigen Verein eingetretene Mitgliederverlust wurde durch Neuaufnahmen wieder ziemlich eingeholt, so daß wir jetzt 180 Mitglieder haben. Nach Berufen geordnet, sind dieselben: 52 Maurer, 48 Arbeiter, 14 Zimmerer, 8 Tischler, 7 Ofensetzer resp. Töpfer, je 5 Buchbinder und Schlosser, je 4 Gastwirte und Maler, je 3 Buchdrucker und Stukkateure, je 2 Gärtner, Glaser, Klempner, Mechaniker, Putzer und Cigarrenhändler sowie je 1 Bildhauer, Drechsler, Dachdecker, Former, Fliesenleger, Gewerkschaftsbeamter, Kutscher, Steinsetzer, Steinmetz, Schriftsteller, Schneider, Schirmmacher und Schuhmacher. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: Willi Krause, erster, Wieloch, zweiter Vorsitzender; Haberland, Kassierer; Krentzin, Hilfskassierer; Jachstädt, Schriftführer; Räther, Beisitzer; Höhn, Bibliothekar; Revisoren: Döhring, Lessing, Sudrow. Nachdem auch noch die Neuwahl der Bezirksführer und deren Stellvertreter vorgenommen, wurde zur provisorischen Aufstellung der Wahlmänner zur Landtagswahl geschritten; 45 Genossen meldeten sich freiwillig dazu. Bei dieser Gelegenheit wurde der Vorstand beauftragt, beim Gemeindevorstand ein Gesuch einzureichen, die Listen auch außerhalb der gewöhnlichen Dienststunden zur Einsicht auszulegen und die Wahlzeit selbst auf 5 Uhr nachmittags festzusetzen. Zum Schluß wurde noch auf die am kommenden Sonntag, morgens 8 Uhr, stattfindende Flugblattverbreitung aufmerksam gemacht; Treffpunkt für sämtliche Bezirke bei Schellhase, Ahornstraße. Aus der Mitte der Versammlung wurde mitgeteilt, daß der Pächter des „Birkenwäldchens" die Behauptung verbreitet, sein Lokal sei frei. Dem gegenüber sei darauf hingewiesen, daß das Lokal bis jetzt immer noch gesperrt ist.

Werneuchen. Nach längerer Zeit war es den Genossen in Werneuchen gelungen, wieder eine Versammlung abzuhalten. Dieselbe fand am 20. September im Lokal von A. Wittenberg statt. Paul Gebauer-Rummelsburg referierte über die Landtagswahlen. An der Diskussion beteiligten sich einige Genossen und sprachen sich dafür aus, daß wir uns an den Wahlen mit eigenen Wahlmännern beteiligen. Dem vor kurzer Zeit gegründeten Wahlverein traten zwei Mitglieder bei, so daß derselbe jetzt 28 Mitglieder zählt. Die Teilnehmer der Versammlung waren hauptsächlich Landarbeiter.

Streik der Omnibus-Angestellten.

In einer Nachtversammlung im Buggenhagen'schen Saale, an der fast sämmtliche Schaffner, Kutscher und Stallleute der vereinigten Omnibusgesellschaften teilnahmen, wurde beschlossen die Arbeit niederzulegen.

Die Angestellten sind am heutigen Morgen in den Streik getreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Gent, 22. September. (W. H.) Die hiesigen Arbeitervereine haben beschlossen, eine Anzahl italienischer Streikenden über die Grenze zu befördern. Heute sind bereits viele Ausständige abgereist. Bis jetzt haben 1500 Arbeiter die Arbeit wieder aufgenommen.

Genua, 23. September. (W. T. B.) Der Streit zwischen den Kohlenhändlern und Arbeitern im hiesigen Hafen ist vorläufig beigelegt. Die Kohlenhändler haben sich der Auslegung der Arbeitsordnung durch das Konsortium zunächst gefügt. Die Arbeit wird heute wieder aufgenommen.

London, 23. September. (W. H.) Cresswell, der Manager der „Village Main Reef" erklärte vor der Kommission, die Verwendung weißer Arbeiter in Südafrika bewirke erhebliche Ersparnisse. Die Finanziers seien bloß deswegen gegen weiße Arbeiter, weil die Entstehung einer starken Arbeiterpartei befürchtet werde.

Moskau, 23. September. (W. T. B.) In einer Versammlung der Druckereibesitzer wurden die Forderungen der ausständigen Setzer als maßlos bezeichnet. Einige Stimmen verlangten administratives Eingreifen. Die Zeitungsherausgeber sind bereit, die Forderungen zu bewilligen. Die Ausständigen verweigern jedoch Einzelabmachungen und fordern gemeinsame Abmachungen aller Arbeitgeber. Heute sind nur drei Zeitungen erschienen.

Verantwortl. Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Der Programm-Entwurf der Socialistischen Partei Frankreichs.

Paris, 21. September. (Eig. Ber.)

Der zweite Kongreß der Socialistischen Partei Frankreichs P. S. de F., Revolutionär-Socialistische Einigkeit der Guesdisten und Blanquisten) findet, wie bereits gemeldet, in Reims am 27., 28. und 29. September statt. Seine Hauptaufgabe ist die Beratung und Annahme eines gemeinsamen Programms, nachdem der erste Einigkeitskongreß von Commentry (1902) die principielle Grundlage der geeinigten Elemente festgestellt und ihre organisatorische Verschmelzung angebahnt hat.

Jene principielle Grundlage, die auf der Konferenz von Ivry 1901 beschlossene Erklärung, bleibt nach wie vor unberührt. In Reims wird sie keiner Diskussion und keiner Aenderung unterzogen werden dürfen. Danach vertritt sie bis auf weiteres für die P. S. de F. die Stelle des theoretischen Teils der socialdemokratischen Programme, und der im Auftrage des Commentry-Kongresses von der Exekutivkommission des Centralrates ausgearbeitete Programm-Entwurf enthält nur das legislative und kommunale Minimal-Programm.

Die Principienerklärung von Ivry, die an der Spitze des neuen Programms stehen wird, mag hier nochmals angeführt werden:

„Die P. S. de F. (Revolutionär-Socialistische Einigkeit), ein Teil des organisierten internationalen Proletariats, erstrebt die Befreiung der Arbeit und der Gesellschaft auf folgenden Grundlagen:

„Internationale Verständigung und internationale Aktion der Arbeiter; politische und ökonomische Organisation des Proletariats in einer Klassenpartei zum Zwecke der Eroberung der Macht und der Vergesellschaftlichung der Produktions- und Austauschmittel, das heißt der Umgestaltung der kapitalistischen in eine kollektivistische oder kommunistische Gesellschaft.

„Im Gegensatz zu denen, die den Triumph dieser neuen Gesellschaft in eine unabsehbare Zukunft verschieben, behauptet die Partei, daß die materiellen oder ökonomischen Elemente dieser Gesellschaft bereits gegenwärtig vorhanden sind und daß zu deren Inswerksetzen nur die menschlichen Elemente fehlen, d. h. die gleichfalls bereits heute mögliche Aktion eines organisierten und bewußten Proletariats.

„Eine Partei der Revolution und folglich der Opposition gegen den bürgerlichen Staat, hält sie es zwar für ihre Pflicht, alle Reformen zu entreißen, die geeignet wären, die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse zu verbessern, aber sie darf unter keinen Umständen durch die Beteiligung an der Centralregierung, durch das Budgetvotum, durch Bündnisse mit den bürgerlichen Parteien irgend eines der Mittel liefern, welche die Herrschaft der feindlichen Klasse verlängern könnten."

Der Entwurf des Minimal-Programms wird soeben in definitiver Fassung veröffentlicht, nachdem dessen ursprüngliche Fassung gemäß dem Beschluß des Commentry-Kongresses den einzelnen Föderationen, Sektionen und Gruppen der Partei zur Begutachtung unterbreitet worden ist. Die beiden Fassungen unterscheiden sich übrigens nur ganz unwesentlich.

Die Exekutivkommission hat dem Entwurf einen erläuternden Bericht vorausgeschickt, der über den allgemeinen Charakter des Minimal-Programms und einzelne Punkte desselben interessante Aufschlüsse giebt. Vor allem haben die eingelaufenen ziemlich zahlreichen Meinungsäußerungen der Parteigruppen gezeigt, daß diese mit der Kommission darin übereinstimmen, daß dieses „Aktions- und Kampf-Programm klar und kurz sein müsse. „Die Kürze wird erheischt aus zwei Gründen: einem allgemeinen und einem besonderen.

„Im allgemeinen kann das Programm einer Partei weder die vollständige Liste der von der herrschenden Klasse zu fordernden Reformen enthalten, noch sämtliche Fragen des gegenwärtigen politischen und ökonomischen Lebens berühren, wenn auch die Partei selbstverständlich verpflichtet ist, über diese Fragen jederzeit ihre Meinung und ihre Lösung zu haben. Vor allem dazu bestimmt, ein Agitations- und Werbungsmittel zu sein, muß daß Programm einen Sammlungs-Mittelpunkt bilden für die verschiedenen Schichten der Bürger, die unter dem kapitalistischen Produktionssystem leiden und deren Organisierung die Partei bezweckt, indem sie ihnen an handgreiflichen Beispielen zeigt die Ohnmacht der Bourgeoisgesellschaft, ihre Leiden zu lindern, und die dem Proletariat sich aufzwingende Notwendigkeit, die Macht zu erobern, um seine Befreiung selbst zu verwirklichen.

„Daher wird das Programm am besten seinen Zweck erfüllen, wenn es eine kleine Zahl charakteristischer Forderungen zusammenstellt, die seit Jahren in internationaler Uebereinstimmung von der Arbeiterklasse formuliert worden und geeignet sind, den Proletariern die Bedingungen ihres Kampfes zu erleichtern.

„Materielle Propaganda-Rücksichten erfordern gleichfalls eine kurze Fassung, die es leicht macht, das Programm in seiner Gesamtheit kennen zu lernen, und die für dessen Maueranschlag und Verbreitung kein Hindernis bietet.

„Andrerseits, und dies ist der besondere Grund, muß das Programm, welches aus diesem Kongreß hervorgehen wird, notwendigerweise vor allem „eine Zusammenstellung der gemeinsamen Punkte der Programme der in der P. S. de F., konzentrierten verschiedenen Organisationen" sein. So hieß es im Rundschreiben der Exekutivkommission über den provisorischen Entwurf, und das haben auch unsre Genossen sehr wohl begriffen.... Es handelt sich in der That nicht darum, eine ganz neue Waffe zu schmieden, sondern die Gesamtpartei hat vielmehr das Programm umzuformen, welches schon von jeder einzelnen ihrer Organisationen im Laufe der vergangenen Kampfjahre erprobt worden ist, nur daß sie künftig in einer geschlosseneren Ordnung den Kampf festzusetzen haben. Diese in allen ihren Teilen durch die Erfahrung aller bereits erprobte gemeinsame Waffe braucht nur noch mit einem Griff versehen und gemeinschaftlich so gehandhabt zu werden, daß sie in den Reihen der feindlichen Klasse die tiefsten Einschnitte macht.

„Die nächstens bevorstehenden Kämpfe, darunter die Gemeindewahlen von 1904, machen es der Partei zur Pflicht, von heute auf morgen ein Programm festzusetzen, welches keine auch nur formale Verschiedenheiten aufweist. Das beste ist also, dem Dringendsten Rechnung tragend, durch die That die Einigkeit zu konstatieren, die durch ein Programm verwirklicht wird, worin jedermann das Programm, wenn auch nicht in seiner Gesamtheit, so doch wenigstens in allen seinen wesentlichen Artikeln wiederfindet, das ihm von jeher zur Erfüllung seiner Kampfarbeit gedient hat . . ."

Künftig, so heißt es weiter im Bericht, könnte das Programm natürlich abgeändert und ergänzt werden auf Grund der gemachten Erfahrungen, die dann der Diskussion eine präcise Unterlage bieten würden. Vorderhand aber habe die Kommission es für nötig erachtet, aus dem definitiven Entwurf diejenigen Anträge auszuschalten, über deren Wert keine Einstimmigkeit bestehe. Uebrigens bedeute der Entwurf keineswegs eine alles andre ausschließende Liste von Forderungen. Die einzelnen Genossen und Föderationen hätten selbstverständlich das Recht, „neben den allgemeinen Forderungen des Parteiprogramms alle jene Forderungen zu verfechten, die sich ihnen aus den örtlichen oder zeitlichen Notwendigkeiten der Propaganda ergeben möchten, ehe noch die gesamte Partei dieselben diskutiert und geprüft hat" — unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß sie in keinem Widerspruch zu dem auf den Parteikongressen beschlossenen Programm stehen.

Ferner begründet der Bericht die redaktionelle Aenderung des provisorischen Entwurfes, die darin besteht, daß das kommunale Programm nunmehr als ein integrierender Teil dem gesamten Programm eingegliedert wurde. Das geschah, um erstens den einheitlichen Charakter des Programms deutlicher hervorzuheben, dann deshalb, weil manche Punkte des Kommunal-Programms, ebenso wie die legislativen Forderungen, nur auf dem Wege der Gesetzgebung zu erledigen wären, und schließlich aus folgendem Grunde: „Wenn es Sache des Parlaments ist, die von unsren Abgeordneten eingebrachten und verfochtenen Forderungen abzulehnen oder zu verwirklichen, so ist es die Pflicht der Gesamtpartei, im ganzen Lande eine Agitation zu entfalten, um den nötigen Druck auf die Furchtsamkeit oder den bösen Willen der Bourgeoisie zu bewirken."

Das Minimal-Programm enthält auch Punkte, die die Anwendung bereits bestehender, aber immer wieder umgangener Gesetze fordern. So z. B. das Verbot des Zwischenunternehmertums, obwohl dieses Verbot bereits von der provisorischen Regierung 1848 in einem Gesetzeskraft besitzenden Dekret erlassen wurde. Ebenso das Verbot der gesetzlich abgeschafften Arbeitsbücher, die aber in gewissen industriellen Gegenden, wie im Norden, wieder eingeführt wurden.

Weiter wendet sich der Bericht gegen den Einspruch einiger Genossen, die es für unschicklich erklärten, Diäten für die Gemeinderats-Mitglieder zu fordern: „Das hieße vielleicht die Beachtung der eigennützigen Verleumdungen der Gegner etwas zu weit zu treiben. Die Arbeiter begreifen leicht den Sinn dieser Forderung, die wenigstens teilweise verwirklicht werden kann und geeignet ist, das Bestreben der bourgeoisen Klasse, für sich selbst das Privilegium der Gemeindeverwaltung zu behalten, in die Augen springen zu lassen."

Die Französische Arbeiterpartei (Guesdisten) hatte bekanntlich neben einem allgemeinen, theoretischen und minimalen Parteiprogramm drei Special-Programme: ein Kommunal-, ein maritimes und ein Agrar-Programm ausgearbeitet. Aus den oben angeführten Teilen des Berichts ist bereits ersichtlich, warum der Programm-Entwurf der geeinigten Guesdisten und Blanquisten davon abgesehen hat, einen eigentlichen theoretischen Teil zu formulieren und warum ferner das Minimal-Programm manche Forderungen sowohl des alten guesdistischen wie des alten blanquistischen Programms ausgeschaltet hat. Man wollte zunächst nur die einstimmig anerkannten Punkte programmatisch festlegen. Insbesondere aber mußte die Einstimmigkeit fehlen in Bezug auf die Agrarfrage, da das alte guesdistische Agrarprogramm bekanntlich wegen seiner kleinbürgerlichen Tendenzen vielfach angefochten wurde. Der neue Entwurf enthält demgemäß keine einzige Agrarforderung.

Ueber diesen Punkt heißt es im Bericht: „Es kann sein, daß die Partei in nicht weiter Zukunft die Notwendigkeit fühlt, das Programm durch andre Artikel zu vervollständigen, die z. B. geeignet wären, die Propaganda in die Reihen der bäuerlichen Bevölkerung in wirksamerer Weise zu tragen. Dann werden mehrere uns zugegangene Anträge ganz natürlich ihren Platz finden.

Der Bericht schließt mit den Worten: „Jedenfalls, eingeleitet durch die in Ivry votierte und in Commentry erneuerte Erklärung, welche die Bedingungen des die Einigkeit stiftenden Vertrages enthält und, obwohl nicht in theoretischer Form gefaßt, nichts destoweniger die wesentlichen Voraussetzungen des revolutionären Socialismus enthält, — wird das Programm, das sich die Partei auf ihrem Kongreß zu Reims geben wird, wir sind davon überzeugt, ein Propaganda- und Erziehungswerkzeug bilden, fest genug, um sämtliche revolutionären Kräfte Frankreichs, diesen Teil des organisierten internationalen Proletariats, um die Fahnen der einzigen socialistischen Partei zu scharen."

* * *

Der Entwurf des Minimalprogramms lautet:

Politischer Teil.

Artikel 1. Preß-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit. Abschaffung aller Gesetze, welche diese Freiheiten einschränken, sowie aller Bestimmungen, die direkt oder indirekt die Internationale Arbeiterassociation treffen. Abschaffung des Arbeitsbuches.

Artikel 2. Abschaffung der öffentlichen Schuld.

Artikel 3. Abschaffung des Kultusbudgets. Rückgabe der Kirchengüter und der sogenannten Güter der toten Hand, der Mobilien und Immobilien, die den religiösen Kongregationen angehören, einschließlich sämtlicher von den Kongregationen ausgebeuteten industrieller und kaufmännischer Betriebe an die Nation.

Artikel 4. Allgemeine Volksbewaffnung; Abschaffung der stehenden Heere und deren Verwandlung in Volksmilizen.

Artikel 5. Bürgerliche und politische Gleichheit aller Glieder des gesellschaftlichen Körpers.

Artikel 6. Selbstherrlichkeit der Gemeinde in Bezug auf ihre Verwaltung, ihre Finanzen und Polizei.

Oekonomischer Teil.

Artikel 7. Allgemeiner, wissenschaftlicher und gewerblicher Unterricht, gesichert allen Kindern, deren Unterhalt zu Lasten der durch die Gemeinde und den Staat vertretenen Gesellschaft zu fallen hat.

Artikel 8. Gesetzliche Begrenzung des Arbeitstages auf acht Stunden für die Erwachsenen. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren und Verkürzung des gesetzlichen Arbeitstages um die Hälfte für die Minderjährigen von 14 bis 18 Jahren. Ein Ruhetag in der Woche; gesetzliches Verbot mehr als sechs Tage von sieben arbeiten zu lassen.

Artikel 9. Verbot der Frauenarbeit drei Wochen vor und sechs Wochen nach der Niederkunft.

Artikel 10. Gesetzliches Lohnminimum, alljährlich gemäß den örtlichen Unterhaltungskosten festgestellt von den Arbeiterdelegierten oder den Gewerkschaften. Verbot des Zwischenunternehmertums.

Artikel 11. Bei gleicher Arbeit gleicher Lohn für die Arbeitenden beiderlei Geschlechts.

Artikel 12. Gesetzliches Verbot an die Unternehmer, ausländische Arbeiter zu einem niedrigeren Lohne als französische zu beschäftigen.

Artikel 13. Sicherung des Arbeiterschutzes (Gesundheit und Sicherheit der industriellen, handelsgewerblichen und ländlichen Arbeiter, Beobachtung der Arbeitsbedingungen, Lehrlingswesen) durch eine den erwählten Arbeiterdelegierten anvertraute Inspektion.

Artikel 14. Unterhalt auf Kosten der Unternehmer und der Gesellschaft aller derjenigen, die durch Alter, Siechtum oder Krankheit unfähig geworden, für ihren Lebensunterhalt zu sorgen.

Artikel 15. Obligatorische Entschädigung auf Kosten der Unternehmer für alle Arbeitsunfälle ohne Unterschied der Industrie und des Berufes.

Artikel 16. Direkte Beteiligung der Arbeiter an allen Fabrik- und Werkstätten-Ordnungen. Abschaffung der Bußen und jeglicher Lohnabzüge, der Zahlung in Natura oder Marken, sowie der unternehmerlichen Verkaufsmagazine.

Artikel 17. Verwaltung der gegenseitigen Hilfs-, Vorsorge-, Versicherungskassen ꝛc. der Arbeiter ausschließlich durch die Arbeiter ohne jede unternehmerliche Einmischung.

Artikel 18. Abschaffung der Steuern, die hauptsächlich den Produzenten und den Armen belasten. Einführung einer allgemeinen und progressiven Einkommensteuer auf die Einkommen über 3000 Frank.

Artikel 19. Abschaffung der Vererbung in Nebenlinien, Beschränkung der Vererbung in direkter Linie zu Gunsten der Nation oder der Gemeinde.

Artikel 20. Zurücknahme durch die Nation des an Privatpersonen konzessionierten öffentlichen Eigentums (Banken, Eisenbahnen, Bergwerke ꝛc.) und dessen Betrieb unter der Kontrolle der Nation durch die darin beschäftigten Arbeiter.

Kommunaler Teil.

Artikel 21. Bezahlung der gemeinderätlichen Funktionen; Bezahlung der Arbeiterbeisitzer der Gewerbegerichte in einer Höhe, die ihre Unabhängigkeit gegenüber dem Unternehmertum sichert.

Artikel 22. Einführung von Bestimmungen in die Gemeinde-Arbeiten und die Pflichthefte der Unternehmer, welche die Durchführung des Arbeiterschutzes feststellen (Achtstundentag, Lohnminimum, Hygiene und Sicherheit der Arbeit, Verbot des Zwischenunternehmertums sowie des Stück- oder Accordlohnes).

Artikel 23. Abschaffung des Octroi (Verbrauchssteuer) unter finanzieller Beteiligung des Staates.

Artikel 24. Volle Entlastung von der Personal- und Mobiliarsteuer für die kleinen Mietzinse auf dem Wege einer progressiven Besteuerung der höheren Mietzinse.

Artikel 25. Besteuerung des nicht bebauten Grund und Bodens und der nicht vermieteten Lokale.

Artikel 26. Kommunale Fürsorge für die Hygiene und kommunale sanitärische Inspektion. Sanierung und Ausbesserung der als ungesund anerkannten Wohnungen auf Kosten der Hausbesitzer. Schaffung von unentgeltlichen öffentlichen Wäschereien und Brausebädern.

Artikel 27. Schaffung von Sanatorien aus den Mitteln des Gemeindebudgets und Pflegung von kranken Arbeiterkindern in denselben auf Gemeindekosten.

Artikel 28. Unentgeltliche ärztliche Pflege; kommunale Apotheken, welche Arznei zum Selbstkostenpreis zu liefern haben. Unentgeltliche juristische Ratserteilung.

Artikel 29. Abschaffung der privaten Arbeitsnachweis-Bureaus; Sicherung eines unentgeltlichen Arbeitsnachweises durch die Municipalität in Ermangelung von Gewerkschaften oder Arbeitsbörsen.

Artikel 30. Einrichtung einer Arbeitsbörse in jeder Gemeinde, Leitung und Verwaltung derselben ausschließlich durch die Gewerkschaften.

Artikel 31. Unentgeltliche Lieferung von Schulbüchern und Lehrzeug. Einrichtung von Schulkantinen, die den Schulkindern unentgeltlich eine Mahlzeit zwischen den Morgen- und Nachmittagsstunden liefern, sowie die Verteilung von Kleidern und Schuhen mindestens zweimal jährlich besorgen.

Artikel 32. Schaffung von Nachtasylen; Speisung jedes durchreisenden oder keinen ständigen Wohnsitz habenden Arbeiters, der Arbeit sucht.

Artikel 33. Einrichtung von Asylen oder Unterstützung zu Hause für Greise und Invaliden, sowie von Niederkunftsheimen und unentgeltlichen Heilanstalten für Erwachsene und Kinder.

Artikel 34. Veröffentlichung eines offiziellen Gemeindebulletins oder regelmäßiger Maueranschlag der Beschlüsse des Gemeinderates.

Die Parteipresse über den Parteitag.

Es liegen uns heut weitere Aeußerungen der Parteipresse über den Parteitag vor, die wir im Auszuge folgen lassen. Das „Hamburger Echo" leitet seine Betrachtungen so ein:

„Wenn man ohne Kenntnis der inneren Zusammenhänge die Berichte über die Parteitagsdebatten liest, muß man allerdings zu der Ansicht kommen, die Dresdener Tagung sei die unerquicklichste und unfruchtbarste von allen, die bisher dagewesen.

Indessen liegt die Sache in Wirklichkeit doch ganz anders. Keineswegs ist der Dresdener Parteitag unfruchtbar, vielmehr ist er von größter Bedeutung für das Parteileben. Er war das Gewitter, das die schwüle Luft klärte, und wie in der Natur das Gewitter für den, der es im Freien über sich ergehen lassen muß, eine sehr unerfreuliche Sache ist, wie es selbst den in sicherem Hort Befindlichen erschreckt und mit Bangen erfüllt, so auch hier. Aber das Gewitter reinigt auch die Luft, löst die bedrückende Spannung und schafft Klarheit."

Es folgt dann eine Darlegung der Vorgänge, die den Untergrund der Debatten bildeten. Ganz objektiv, unter Anerkennung des Rechtes, für etwaige Verbesserung des Programms und der Taktik zu wirken, aber unter Ablehnung unfruchtbarer Nörgelei, jedoch mit Zuerkennung des besten Wollens an die Kritiker, wird geschildert, wie allmählich aus vielen Kleinigkeiten Mißstimmung entstanden sei, die endlich in Dresden zur Explosion führte. Dann heißt es:

„Wie vorauszusehen war, hat der Parteitag mit überwältigender Mehrheit die revisionistischen Bestrebungen verurteilt. Der Bebel-Kautsky-Singerschen Resolution war durch verschiedene Amendements eine Verschärfung gegeben worden in der Richtung, daß die Klassengegensätze noch nachdrücklicher betont wurden, als von den ursprünglichen Antragstellern geschehen. Bernstein und einige andre stimmten mit Nein; aber wir zweifeln nicht, daß sie den Beschluß des Parteitages zur Richtschnur nehmen werden. Geschieht dies auch von andren, die mit Ja gestimmt haben, so ist dem Dresdener Parteitag immerhin ein wichtiger, sehr wichtiger Erfolg zu danken: Wir werden hinfort nicht mehr Hindernisse zu beseitigen haben, die von den eignen Parteigenossen aufgebaut worden sind. Das war der Kern der Verhandlungen."

Nachdem er dem Bedauern über das Persönliche in der Mitarbeiter-Debatte zum Ausdruck gegeben, kommt der Artikel zu dem Schlusse:

„Welche Lehre ist hieraus zu ziehen? Nach unsrer Meinung vor allem die, künftig das Persönliche unerbittlich an die Partei-Instanzen oder an eine ad hoc zu bestellende Kommission zu verweisen. Wäre das mit dem „Fall Mehring" von vornherein geschehen, viel kostbare Zeit wäre gespart worden. Nicht Scheu vor der Oeffentlichkeit — mit Recht wies Genosse Auer darauf hin, daß in dem erwähnten Fall wie in allem der Parteivorstand nichts zu verheimlichen habe — kann uns zu solcher Maßnahme bewegen, sondern lediglich die Rücksicht auf das Interesse der Gesamtpartei, die vom Parteitag erwarten muß, daß er seine Aufgaben gründlich, aber ohne Zeitverschwendung erledige.

Alles in allem: Der Parteitag hat in einer hochwichtigen, ja der allerwichtigsten Frage eine Entscheidung gefällt, durch welche eine unerquickliche Situation geklärt wird. Von den Vertretern der Socialdemokratie ist mit aller wünschenswerten Entschiedenheit dokumentiert worden, daß das deutsche Proletariat nicht für irgendwelche Zuckerwasserpolitik zu haben ist, daß die deutsche Arbeiterklasse nichts vom Anschmiegen an Teile der Bourgeoisie, nichts von Konzessionen irgendwelcher Art wissen, sondern in Erkenntnis der Klassengegensätze nach guter alter Weise den Kampf allein, aber auch rücksichtslos führen will. Mit dieser Erklärung vernichtet sie die Hoffnung ihrer Gegner auf eine „Mauserung" in Princip und in Richtung der Taktik."

Die „Bremer Bürgerzeitung" urteilt:

„Der Parteitag stand von Anfang bis Ende — einige Stunden geschäftlicher Thätigkeit abgerechnet — unter dem Zeichen der persönlichen Differenzen und Animositäten. Die sachliche Differenz, die durch die Revisionsdebatte hauptsächlich entschieden werden sollte, stellte sich am Ende als so geringfügig heraus, daß die entscheidende Resolution fast einstimmig angenommen wurde. Wir unterschätzen nicht den Vorteil, daß durch diese Resolution vor aller Welt festgelegt worden ist, daß die deutsche Socialdemokratie nach wie vor einig ist in ihrer grundsätzlichen Gegnerschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft, daß auch die sogen. Revisionisten sich offen und frei zu der Ueberzeugung bekannten, daß „jedes Bestreben, die vorhandenen stets wachsenden Gegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern", zu verurteilen ist; und daß endlich unsre alte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik, die Gegner statt durch eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung, die politische Macht zu erobern, wieder vor aller Welt anerkannt worden ist. Aber wenn sich die Partei in diesen Grundfragen einig ist und war, warum dann die verbitternden Debatten in Dresden, warum dann die persönlichen Angriffe und Beleidigungen, die ein Zusammenarbeiten gegen die Gegner so sehr erschweren? Als objektiv Urteilender kommt man über die Vermutung nicht hinweg, daß eine Reihe von Genossen durch die Debatten der letzten Jahre in eine Nervosität und in eine Politik des gegenseitigen Mißtrauens hineingeraten sind, die ihnen die ruhige, nüchterne Abwägung dessen was ist, sehr erschwert, um nicht zu sagen: unmöglich macht. — Es war der gewiß nicht im Geruche des Revisionismus stehende ruhige und objektive Genosse Molkenbuhr, der in einer besonders im letzten Teile sehr bedeutungsvollen Rede zum Schluß der Mei-

rung Ausdruck gab, am besten wäre es, die Resolution Bebel-Kautsky-Singer überhaupt nicht anzunehmen, um damit zu bekunden, daß der Parteitag die alte Taktik nach wie vor aufrecht erhalte und dies gar nicht erst erneut auszusprechen habe. Diese Worte Molkenbuhrs erweckten lebhaften Wiederhall, und hätte Molkenbuhr seine Anregung zu einem Antrage verdichtet, es wäre nicht ausgeschlossen gewesen, daß dieser Antrag die Mehrheit des Parteitages gefunden hätte. Das wäre dann ein Urteil gewesen, das dem jetzigen an sachlicher Bedeutung nicht nachgestanden hätte, während gleichzeitig darin die Mahnung mit enthalten gewesen wäre: sucht euch besser zu verstehen, Genossen, es giebt wichtigere Dinge als die Selbstzerfleischung im Angesichte des schadenfrohen Gegners."

Die „Reußische Tribüne" in Gera schreibt:

„Die Hauptaufgabe des Parteitags war, alle jene Zweifler, die als Revisionisten den Glauben an die Parteigrundsätze erschütterten; zur Ordnung zu rufen. Und das ist auch mit erdrückender Mehrheit durch die Annahme der modifizierten Resolution Bebel-Kautsky-Singer geschehen. Die Partei hat unzweideutig festgelegt, was sie will und daß sie sich nicht abdrängen läßt von dem alten Wege, der von Sieg zu Sieg führte. Sehr verwunderlich ist es nur, daß auch eine kleine Anzahl von Genossen für die Resolution stimmten, die sich bisher als Revisionisten hervorthaten. Hoffentlich werden diese eingesehen haben, daß sie als Revisionisten bisher auf dem falschen Wege waren. Dann werden die Debatten trotz ihrer Länge von größtem Vorteil für die Partei sein."

Der Beschluß in der Mitarbeiterfrage findet die Zustimmung des Blattes, doch wird der persönliche Ton, der von beiden Seiten angeschlagen wurde, getadelt.

Die „Norddeutsche Volksstimme" in Bremerhaven faßt ihr Urteil in diesem Satze zusammen:

„Die Dresdener Tagung hat die Grundlage, auf der wir zu marschieren haben, festgelegt. Ein Abweichen daran giebt es nicht, darf es nicht geben. Wir sind, was wir waren, die auf dem Boden des Revolutionären Klassenkampfes stehende Socialdemokratie. Und unsre Parole lautet: Vorwärts, trotz alledem und alledem!"

Die „Brandenburger Zeitung" sagt:

„Viel Wortgedonner und Streitgeschrei, wenig positive Arbeit! Wir hoffen, die noch erfolgenden Erörterungen über die Tagung in Dresden werden allgemein mit elementarer Wucht unter den Genossen den Wunsch zeitigen: So wie in Dresden möge es nicht wieder sein! Es muß und kann Fürsorge getroffen werden, daß solch endlose Debatten rein persönlicher Natur nicht wiederkehren; es kann und muß nur dahin gestrebt werden, daß die weiteren Tagungen des Parlaments der deutschen Socialdemokratie sich, wenn nicht einzig und allein, so doch vorwiegend, den praktischen Aufgaben der Partei zuwenden, den Aufgaben der Organisierung des Klassenkampfes, in dessen grundsätzlicher Notwendigkeit die Partei einig ist."

Aus dem Artikel der „Märkischen Volksstimme" in Forst citieren wir diese Sätze:

„Unsre Partei muß sich bewußt sein und bleiben, daß ihre Existenz auf dem proletarischen Charakter der Bewegung beruht und daß sie also nur in einer Weise sich bethätigen darf, die diesem Charakter entspricht; sie muß Kampfesmethoden ablehnen, die geeignet erscheinen, den proletarischen Charakter zu verwischen. Sobald die Bewegung einen wesensfremden Zug in sich aufnimmt, leidet der Charakter der Partei Schaden, sie ist nicht mehr sie selber und verliert im gleichen Maße an Bedeutung. Diese allgemeine Wahrheit auf den besonderen Fall richtig angewandt zu haben, ist das Verdienst des Dresdener Parteitages; er hat bündig und klar gegen jede Anzweiflung sicher gestellt, was als Grundsatz für die gesamte Parteithätigkeit zu gelten hat."

Der Beschluß in der Mitarbeiterfrage wird gebilligt und weiter heißt es dann:

„Vollmar sprach von Bebels diktatorischen Neigungen; wie weit Bebels Veranlagung zum Diktator neigt, sei dahingestellt, aber es verkündet der ganze Verlauf des Parteitags, daß von Diktatur Bebels oder irgend eines andren Führers keine Rede sein kann. Auch bei unerquicklichen Streitereien zeigte sich immer wieder, daß die Delegierten — und zweifellos handeln sie da ganz im Sinne ihrer Auftraggeber — himmelweit davon entfernt waren, einem Führer blindlings Gefolgschaft zu leisten. Aller Verehrung und Liebe, die jeder einzelne Delegierte für Bebel hegt, ungeachtet, mußte Bebel schärfste Zurückweisung sich gefallen lassen, wo er von seinem Temperament sich allzuweit hinreißen ließ, und wenn großbürgerliche Blätter glauben, auf Urteilslosigkeit und Herdentriebe schließen zu müssen, weil sowohl Bebel als Vollmar Beifall zu teil wurde, so liegt im Gegenteil tüchtige politische Schulung zu Grunde . . .

Der Parteitag hat dargethan, daß in allem Wesentlichen Einmütigkeit herrscht, aber freilich hat der Parteitag zu diesem Nachweis fast seine ganze Zeit verbraucht und er hat seine andren Aufgaben Not leiden lassen. Und so kommt man schließlich doch wieder zum Bedauern und mit dem Bedauern zur Warnung vor Wiederholung derartiger Auseinandersetzungen. Lasse man den Revisionisten ihr theoretisches Spielzeug, es macht ihnen Vergnügen und uns thut es nicht weh. Genug, daß in der Praxis auch die kleine Gruppe der Revisionisten — sie ist so wenig zahlreich und innerlich so wenig gleichgestimmt, daß sie überhaupt nicht offen und als Ganzes hervortreten kann — nach Kräften mitarbeitet. Fahren die Hyperradikalen fort in ihrer nervösen Kritik, dann allerdings wird der Streit von gestern morgen wiederholt. Doch unbesorgt, die Masse unsrer Anhänger werden jedem Versuch nochmaliger Aufbauschung kleiner Differenzen energisch entgegentreten; sie verlangen nach praktischer Arbeit. Der Parteitag zu Dresden weist ein großes Manko auf an positiver Leistung, die befruchtend und fördernd auf die Bewegung wirken könnte. Die angenommene Resolution und auch die Bebelsche Rede genügt uns mit Bezug auf die Art, wie sie sich zur Förderung des Arbeiterschutzes und der Socialreform stellen, keineswegs; was hier fehlt, wird in Bremen nachgeholt werden müssen."

Der „Volkswille" in Hannover sagt:

„Kann es, darf es so weiter gehen, daß einzelne Parteigenossen ohne Rücksicht auf die Interessen der Partei den Parteitag herabwürdigen, indem sie persönliche Differenzen zum Austrag zu bringen suchen, ihrem Haß die Zügel schießen lassen? Rücksichtslosigkeit nannte Genosse Singer das Vorgehen der Betreffenden. Wir hätten gewünscht, daß er schärfere Worte gefunden; ein solches Gebahren kann nicht genug gerügt werden. Wohin soll das führen? Kommen wir denn nur zusammen, um uns auszuzanken, um den Gegnern das Material geradezu aufzudrängen, damit sie mit Fingern auf uns zeigen und mit einem Schein von Recht sagen können: „Seht, das ist die Partei, die das Bestehende umstürzen will; anstatt Rats zu pflegen, wie Euch zu helfen ist —: widerliches Gezänk, gegenseitige Herabwürdigung; da habt Ihr einen Vorgeschmack vom Zukunftsstaat." Und die Gegner müßten Idioten sein, wollten sie die Fülle von Material, die ihnen die Tagung in Dresden geliefert, nicht gegen uns ausnützen.

Aber nicht nur in Rücksicht darauf, „was die Leute sagen werden", beklagen wir den Verlauf eines Teiles der Verhandlungen, sondern auch, weil er geeignet ist, dem einzelnen Genossen die Lust am Kampf zu vergällen."

Die „Rheinische Zeitung" in Köln beklagt unter der Ueberschrift „Verlorene Tage", daß man durch die Dresdener Debatten den Genossen im Westen, die noch mit so großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, die Möglichkeit des Vorwärtsdringens außerordentlich erschwert habe, und schreibt weiter:

„Die Genossen, die sich so gern als die Principienwächter und Parteikonsuln aufspielen, rufen nach Klarheit. Was ist seit Hannover, wo die mit dem Namen Bernsteins verknüpften Auseinandersetzungen ihren Anfang nahmen, an Klärung geleistet worden? Wir sind uns klar geworden, daß Meinungsverschiedenheiten in der Partei existieren, daß in der Socialdemokratie die Temperamente gemischt sind, daß es neben den Alten, neben den der Beharrung geneigten Elementen vorwärtstreibende, kritische Personen giebt, daß wir unsre Taktik ändern dürfen und müssen, daß wir heute als richtig und notwendig anerkennen, was gestern verworfen wurde, daß die Partei Fehler gemacht hat und Fehler machen wird — und bei alledem gedeiht, wenn wir nur im Augenblicke der That einig sind, wie wir es bisher waren und sein werden — trotz der Gespensterfurcht und Wichtigthuerei der Einzelnen, die nicht zu fassen vermögen, daß die Welt ebenso wie unsre Bewegung vorangeht, auch wenn es mal nicht gerade so geht, wie sie es im Gefühl der Unfehlbarkeit für richtig halten. Und zu größerer Klarheit werden wir nicht kommen, auch wenn wir noch ein halbes Dutzend Dresdener Parteitage, wenn wir noch mehr halbtägige Reden und ellenlange Resolutionen haben werden — und deshalb sollten die Zeichendeuter, Principienwächter und Parteikonsuln nach so viel Belehrung durch die Thatsachen doch endlich darauf verzichten, zum Schaden wichtiger und notwendiger Aufgaben die kurzen und daher so kostbaren Tage unsrer Parteikongresse mit Dingen anzufüllen, die nur wenige Einzelne interessieren, aber die Masse kalt lassen, die noch dazu durch die Art, wie sie behandelt werden, das Ansehen und die Ehre der Partei auf das schwerste schädigen . . .

Es ist in Dresden so viel von den Massen, von dem Volke und seiner Seele die Rede gewesen. Mit Bedauern müssen wir konstatieren, daß gerade diejenigen, die sich in Dresden der Rücksicht auf die Massen als Argument so vordringlich bedienten, die Massen auf das bitterste enttäuscht haben. Die socialdemokratische Wählerschaft, die trotz aller Wehrufe und Gespenstermalereien einig ist in dem Vertrauen auf die Partei, erwartete Thaten, aber man bot ihnen widerlichen Zank, Steine statt Brot, Litteratentratsch statt Belehrung und Anregung; man bauschte einen nebensächlichen Punkt (Vicepräsidenten-Posten) zu einer Staatsaktion, zu einer Principienfrage, zu einer — schrecklich! — Revisionsdebatte auf, die im Verein mit der Schriftstellerfrage alle andren Gegenstände von der Tagesordnung verdrängte, das heißt, man that in allem das Gegenteil dessen, was die Masse interessierte, was sie forderte und bedurfte. Gewisse Parteikonsuln und Principienwächter thäten gut, wenn sie nicht allein darüber wachten, daß der Partei kein Schaden geschieht, sondern sich selber soweit in Zucht nähmen, daß von ihnen kein Schade kommt."

In der Mainzer „Volks-Zeitung" schreibt E. M., nachdem er die Auseinandersetzung mit Mehring für notwendig erklärt, sein Bedauern über den Ton ausgesprochen, den Bebel Göhre gegenüber angeschlagen und dargelegt hat, daß die Vicepräsidenten-Frage erst durch Bebels Erklärung gegen Bernsteins Artikel zu einer Aktion aufgebauscht worden sei:

„Nun weiß Bebel, woran wir sind. Er hat die Antwort bekommen. Während die Radikalen emsig daran waren, eine Resolution zu stande zu bringen, die für einen Teil der Genossen unannehmbar gewesen wäre, mußten sie es erleben, daß fast alle Revisionisten für die Resolution stimmten, teils, weil sie die Sache vom humoristischen Standpunkt aus betrachteten, teils weil die Resolution von revisionistischen Bestrebungen spricht, die „unsre auf dem Klassenkampf beruhende Taktik ändern wollen", und kein Revisionist will das, sonst hört er auf, Parteigenosse zu sein. Also die Resolution wurde fast einstimmig angenommen. — Der Schreiber dieses hätte nicht dafür gestimmt, — und die radikalen Genossen, die sich einbilden, „die Partei sei nie uneiniger gewesen als jetzt", wurden dadurch schon äußerlich von der Unrichtigkeit ihrer Ansicht überzeugt. Im übrigen ist es einfach nicht wahr, daß in der Partei Uneinigkeit herrscht; im Gegenteil, wir sind nach dem glorreichen Wahlkampfe so einig wie noch nie. Daran wird nichts geändert, auch wenn sich einige Genossen das Gegenteil einbilden."

Die „Mecklenburgische Volkszeitung" mahnt zum Maßhalten in der Schärfe der gegenseitigen Kritik, hebt hervor, daß man gesagt habe, die Debatten über Taktik seien unnötig gewesen, meint dann, daß in Mecklenburg seiner politischen Zustände wegen keine Revisionisten vorhanden wären und nachdem die politischen Zustände Mecklenburgs skizziert worden sind, fährt der Artikel fort:

„So möchten die mecklenburgischen Parteigenossen leicht denken können, es sei leeres Stroh gewesen, das an jenen heißen Dresdener Tagen gedroschen wurde. Aber ein solches Urteil wäre voreilig und falsch. Denn wenn irgendwo in der deutschen Gesamtpartei innerhalb erheblicher Parteigruppen sich die Meinung festgesetzt hat, es drohe die Gefahr, daß hier oder da der Klassenkampfcharakter unsrer Partei von eignen, auf Irrwege geratenen Genossen genommen werden solle, dann ist es nicht nur Recht, sondern Pflicht dieser in Besorgnis gebrachten Parteigenossen, die Frage, ob neue oder alte Taktik, auf dem Parteitage zur Diskussion zu stellen.

Dies ist nun in Dreden geschehen. Mit herzerfrischender Deutlichkeit haben da die Debatten ergeben, daß der bisher unverrückbare Grundsatz: die Arbeiterklasse sei in ihrem politischen und wirtschaftlichen Kampfe zur Befreiung aus dem von den jetzigen herrschenden Klassen ihr aufgezwungenen Ausbeutungsjoche lediglich auf sich allein angewiesen, auch in Zukunft die Grundlage unsres politischen Aufmarsches bleiben soll und wird. Damit hat sich der Parteitag einen Denkstein gesetzt, der ihm seine dauernde Bedeutung in unsrer Parteigeschichte sichert."

Die „Leipziger Volkszeitung" sagt in einer weiteren Betrachtung über den Parteitag, daß man auf die ersten Anfänge der Arbeiterbewegung zurückgehen müsse, um Analogien zu den Dresdener Sturmscenen zu finden, sie bezeichnet diese Kämpfe jedoch als eine in letzter Linie unpersönliche Fehde und den Dresdener Tag als den Parteitag der innern Sammlung, der proletarischen Konzentration.

Die Konsolidierung der Partei bezeichnet auch ein Artikel der „Wp. Korrespondenz", den einige Parteiblätter übernehmen, als das Ergebnis des Parteitages. Dann heißt es:

„Was nun? Was wird die Partei, gestärkt durch den großen Massenanhang und im Innern fest zusammengefügt, nunmehr unternehmen? Der Parteitag hinterläßt darüber dieselbe Unklarheit, die er vorgefunden hat. Um es rund heraus zu sagen: es war der Sieg des politischen Radikalismus in der Partei, aber darüber hinaus kam der Parteitag nicht. Schrankenlose, rücksichtslose Opposition auf politischem Gebiete, das ist beschlossene Sache, darüber herrscht vollständige Klarheit und Einmüthigkeit. Aber der politische Radikalismus ist zwar ein integrierender Teil des proletarischen Revolutionismus, doch erschöpft er ihn nicht. Das Proletariat bekämpft nicht bloß die Forderungen und Propositionen der kapitalistischen Regierung und der bürgerlichen Parteien, es stellt selbst seine Forderungen schon an den kapitalistischen Staat und arbeitet innerhalb des kapitalistischen Staates sein sociales Zukunftsprogramm heraus. Wir wollen die politische Macht erobern, die ganze Staatsmaschinerie wollen wir in Besitz nehmen, — da müssen wir doch auch wissen, was wir damit anfangen wollen. Wir sind aber noch nicht einmal im klaren, auf welche Weise wir die politische Macht erobern. Bebel selbst weiß es nicht. Er bewegt sich da in Widersprüchen. So in seiner großen Rede über die Taktik. Bernstein gegenüber verwies er mit aller Bestimmtheit darauf, daß noch einmal das Militär gegen uns mobil gemacht werden werde, während er an andrer Stelle derselben Rede bei Besprechung des Wahlergebnisses mit nicht geringerer Bestimmtheit erklärte, er erwarte keine Ausnahmegesetze mehr, keine Gewaltmaßregeln, er glaube nicht einmal daran, „daß man es wagt, das Wahlrecht zu ändern". Also wie denn: fällt die Entscheidung auf der Straße oder fällt sie im Parlament? Wenn man soweit gekommen ist wie die deutsche Socialdemokratie, sind das keine spekulativen Fragen mehr, sondern aktuelle Probleme, über die man sich volle Klarheit schaffen muß. . . .

Die politische Erziehung der Massen erfordert andre Methoden, als die des Schulmeisters, der den Einzelnen heranzieht. Der politische Anschauungsunterricht besteht darin, daß man die Parteien in Situationen versetzt, die ihren Klassencharakter aufdecken, daß man Probleme aufwirft, die das Proletariat in seinem Klasseninteresse erfassen. So war der Kampf um den Achtstundentag gedacht — in erster Linie agitatorisch und erzieherisch. Darum auch die Maifeier! Ein groß angelegter Plan! Das Proletariat der ganzen Welt soll auf eine reine Arbeiterforderung geeinigt werden und durch eine gemeinsame Kundgebung sich als internationale Einheit fühlen und auftreten lernen? Was ist daraus geworden? Man sehe doch, wie selbst ein Bebel jetzt das Problem behandelt! Es ist das stärkste Stück, was wir je erlebt haben. Geradezu horrend und unerhört.

Schon der äußere Gedankengang. Er bewegt sich in lauter Widersprüchen. Er will uns klar machen, daß die preußischen Geheimräte sich besser zur Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs über den Normalarbeitstag eignen, als die Vertreter der Gewerkschaften und der Socialdemokratie — kurz vorher erzählte er uns, daß unser 91er Gesetzentwurf selbst von den akademischen Leuchten der Socialpolitik mit außerordentlichem Beifall aufgenommen wurde. Er verweist immerfort auf die große Kompliziertheit der Materie und die Inanspruchnahme der Fraktion, und dennoch lehnt er sich gegen den Vorschlag Timms auf, eine besondere Kommission zu schaffen, die langer Hand die socialpolitischen Gesetzentwürfe vorbereiten sollte. . . .

Genau genommen bedeutet die Rede Bebels einen völligen Rückzug in allen Fragen der parlamentarischen Initiative der Partei. Es bleibt nur die reine Opposition. Der Anti-Gouvernementalismus wird zum Leitstern der Parteitaktik. Kolossale Vereinfachung des proletarischen Klassenkampfes, der eine Gesellschaftsordnung von Grund aus umzuwälzen hat!

Dementsprechend ist auch die Resolution. Sie ist nur klar und bestimmt, sofern es sich um die Bekämpfung von Regierungsforderungen handelt — gegen Militarismus, gegen Kriegsmarine usw. Darüber hinaus giebt sie nur verschwommene Allgemeinheiten. Der Kampf „gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung", die „Wahrnehmung der Interessen der Arbeiterklasse", „gleiches Recht für alle" — das ist alles so allgemein, daß jeder kleinbürgerliche Demokrat dieses Programm unterschreiben würde. Die Resolution ist denn auch von der gerechten Nemesis ereilt worden. Sie sollte dazu dienen, den Revisionismus einzufangen, — und nun erklärte der Revisionist Vollmar, die Resolution sei ihm noch gar nicht radikal genug. Er forderte mit vollem Recht, daß der vage Ausdruck „Wahrnehmung der Arbeiterinteressen" durch eine präcise Angabe unsrer socialpolitischen Forderungen ersetzt werde."

Die „Volksstimme" in Chemnitz übt scharfe Kritik an der Resolution Bebel-Kautsky-Singer und erörtert die Gründe, aus denen die „Revisionisten" dafür stimmen konnten. Sie sagt, die Vicepräsidenten-Frage sei für den nächsten Reichstag praktisch bedeutungslos, und um eine tote Katze streite sich niemand. Eine Politik des Entgegenkommens gegen die „bestehende Ordnung" wolle niemand an die Stelle der Eroberung der politischen Macht setzen. Der dritte Absatz, daß die Folge des Entgegenkommens eine Verwässerung der Partei bedeuten würde, folge selbstverständlich aus dem zweiten und es konnte erst recht jedermann dafür stimmen, weil der darin vorkommende Ausdruck „im besten Sinne des Wortes revolutionär" ganz nach Opportunismus rieche. Das sei eine Sorte von Revolutionismus, von der man nicht wisse, ob es die alte oder die neue sei. Schließlich heißt es:

„Was die „Revisionisten" anfangs vielleicht stutzig machen konnte, war die Stelle, daß die Socialdemokratie gemäß der Kautskyschen Resolution einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft nicht „erstreben" könne. Daß sie die Anteilnahme an der Gewalt, wenn sie ihr angeboten würde, z. B. in Gestalt eines Vorstehers des zu schaffenden Reichs-Arbeitsamtes oder eines Arbeitsministers oder sonst einer leitenden Stelle im Staatsorganismus, konsequenterweise aber ablehnen müsse, das steht nicht darin. Da das „Erstreben" zur Zeit in Deutschland ohnehin nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung hat, so konnten die „Revisionisten" diese Stelle der Resolution mit derselben Wurschtigkeit hinnehmen, wie Bebel den sächsischen Unterthaneneid in Leipzig geleistet hat. Das Verbot der Besetzung von leitenden Stellen im Staate ist übrigens nicht etwa vergessen, sondern bewußt unterlassen worden, denn in der vom Pariser Kongreß 1900 angenommenen Kautskyschen Resolution, auf die sich die Resolution des Dresdener Parteitages bezieht, ist mit der Möglichkeit des Eintritts von Socialdemokraten in Regierungsämter direkt gerechnet, denn es heißt dort: „Der Eintritt eines einzelnen Socialisten in ein bürgerliches Ministerium ist nicht als der normale Beginn der Eroberung der politischen Macht zu betrachten, sondern kann stets nur ein vorübergehender und ausnahmsweiser Nothbehelf in einer Zwangslage sein. Ob in einem gegebenen Falle eine solche Zwangslage vorhanden ist, das ist eine Frage der Taktik und nicht des Princips. Aber auf jeden Fall kann dieses gefährliche Experiment nur dann von Vorteil sein, wenn es von einer geschlossenen Parteiorganisation gebilligt wird und der socialistische Minister der Mandatar seiner Partei ist und bleibt". Also verboten ist die socialistische Ministerschaft usw. nicht, bloß „erstrebt" darf sie nicht werden."

Erklärung.

Die Ausführungen der Parteivorstandsredner Gerisch und Pfannkuch auf dem Parteitage in Dresden in Bezug auf die Scheiterung der Einigungsverhandlungen des deutschen Parteivorstandes mit der Polnischen Socialistischen Partei veranlassen uns zur nachstehenden Feststellung:

1. In unserm „Offenen Brief" haben wir unwiderleglich nachgewiesen, daß wir bezw. unser am 25. und 26. Dezember 1902 abgehaltener Parteitag die Leitsätze des deutschen Parteivorstandes vom 19. Oktober 1902 einschließlich der allseitig gebilligten Amendements ohne jeden Vorbehalt angenommen haben. Das giebt selbst der Referent des Parteivorstandes, Genosse Gerisch, auf dem Parteitage zu mit den Worten:

„Gestützt auf unser (des deutschen Parteivorstandes) Protokoll, das einen Irrtum enthielt, nahm nun der polnische Parteivorstand die Leitsätze an und auf derselben Grundlage gelangten die Einigungsvorschläge auf dem polnischen Parteitage zur Annahme."

Damit war nach allen Vereinbarungen die Sache erledigt und die Einigung als geschlossen zu betrachten.

Nun sagte Genosse Gerisch auf dem Parteitage:

„In dem Protokoll ist nun ein Irrtum unterlaufen"

und führt diesen „Irrtum" als Ursache des Nichtzustandekommens der Einigung vor.

Ein „Irrtum" des deutschen Parteivorstandes!

Leider können wir auch diesen „Irrtum" nicht gelten lassen. Wie bereits in unserm „Offenen Brief" mitgeteilt, hat uns der deutsche Parteivorstand am 23. Dezember 1902, also zwei Tage vor unserm Parteitag, geschrieben:

„Dagegen steht selbstverständlich auch der deutsche Parteivorstand unverändert und rückhaltlos zu seinen Leitsätzen, einschließlich der auf der Konferenz auf Grund allseitiger Uebereinstimmung hinzugefügten Erweiterungen."

Der Bericht ist unterzeichnet:

„Im Auftrage des Vorstandes:
A. Gerisch."

Am 23. Dezember 1902 hatte man also den „Irrtum" noch nicht entdeckt gehabt!

2. Die vorhin erwähnten „Erweiterungen" waren bekanntlich, wie wir in unserm „Offenen Brief" dokumentarisch nachgewiesen haben, die allerseits anerkannten Anträge der P. P. S. in der Kandidatenfrage mit dem Amendement Bebel.

Das hat Genosse Gerisch auch schon vergessen. Schließlich hatten wir — wie im „Offenen Brief" gleichfalls nachgewiesen — schon im November 1902 erklärt, daß wir der Kandidatur Winter nicht entgegentreten würden, wenn er von den Genossen des Wahlkreises aufgestellt werden sollte.

Auch das hat Genosse Gerisch in seinem Parteitagsreferat vom 16. September d. J. verschwiegen.

3. In Bezug auf Programmfragen erklärte der Referent des Parteivorstandes, Genosse Gerisch, auf dem Parteitage:

„Die ganzen Verhandlungen wären nicht nötig gewesen, wenn die Genossen uns von vornherein erklärt hätten: In erster Linie kommt bei uns das Nationalgefühl."

Und der Schlußreferent des Parteivorstandes, Genosse Pfannkuch, sagte ungefähr dasselbe mit den Worten:

„Wir haben die Einheit herzustellen gesucht, die Polen wollen sie nicht, sie meinten, sie müßten den Wettlauf mit den nationalen Großpolen aufnehmen."

Es ist uns unerklärlich, wie Mitglieder des deutschen Parteivorstandes derartiges behaupten können, nachdem wir in unserm „Offenen Brief" festgestellt haben:

a) „Wie schon am Eingang erwähnt worden ist, hat die Polnische Socialistische Partei in Deutschland bereits bei ihrer Gründung (1893) das Erfurter Programm als das ihrige anerkannt — mit dem selbstverständlichen Zusatz der Forderung des Schulunterrichts in der Volkssprache. Unsre Organisation war aber berechtigt, die allgemeinen revolutionären Grundsätze des Erfurter Programms auf die politische Lage des polnischen Volkes anzuwenden und dieselben so auszulegen, wie sie einzig jeder ehrliche Socialdemokrat auslegen kann: daß nämlich aus ihnen die Forderung der vollen Freiheit und Demokratie auch für das polnische Volk, das heißt das Streben nach seiner vollen Unabhängigkeit und Freiheit folgt."

b) „Dieser Standpunkt ist von uns in wiederholten Parteitags-Resolutionen zum Ausdruck gekommen."

c) „Als in der Konferenz vom 19. Oktober die „Leitsätze" der Frau Luxemburg mitgeteilt worden waren, erklärte Genosse Daszynski in unserm Namen mit aller Entschiedenheit, daß das polnische Proletariat niemals das Streben nach Freiheit und Unabhängigkeit aufgeben werde.

Genosse Bebel trat den Ansichten Daszynskis bei, bekämpfte die Leitsätze von Frau Dr. Rosa Luxemburg und erklärte, daß er sich keineswegs gegen das Streben des polnischen Volkes nach Freiheit und Unabhängigkeit aussprechen könne."

Von seiten der übrigen Parteivorstandsmitglieder fanden die Ausführungen des Genossen Bebel nicht den leisesten Widerspruch.

d) „Die großen Männer des Socialismus, Karl Marx, Engels, Kautsky, Liebknecht, haben stets den Standpunkt der Unabhängigkeit Polens vertreten."

e) „Und es ist selbstverständlich, daß wir als socialdemokratische Partei einen polnischen Klassenstaat als unser Ziel nicht aufstellen. Im Sinne der socialistischen Grundsätze streben wir eine vollständige und allseitige Emancipation des polnischen Volkes, also ein socialistisches Polen, an. Sollte aber aus irgend welchen Ereignissen, die wir vorauszusehen weder können noch verpflichtet sind, eine unabhängige polnische Republik hervorgehen, welche noch nicht socialistisch ist, sondern ein weit demokratisiertes Staatswesen — so werden wir es im proletarischen Klasseninteresse gewiß mit Freuden begrüßen."

Diesen klaren Ausführungen gegenüber hätte man verlangen können, daß die Referenten des deutschen Parteivorstandes nicht gerade das Entgegengesetzte von dem behaupten — was ist.

Nachdem der „Offene Brief" dem Parteitag vorlag, hatten die Redner des Parteivorstandes die Pflicht, entweder die dokumentarische Sachdarstellung des „Offenen Briefes" zuzugeben — oder das Gegenteil zu beweisen. Weder das eine noch das andre ist geschehen. Das wollen wir hiermit feststellen.

Mit socialdemokratischem Gruß
Für den Vorstand der P. P. S.:
August Berfus.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht des Centralvereins für Arbeitsnachweis zu Berlin für das Jahr 1902. 57 Seiten.

Socialdemokratie und Beamtentum. Eine Betrachtung über den Stimmenzuwachs bei der letzten Reichstagswahl aus den Kreisen der mittleren Beamten. Preis 30 Pf. Berlin und Leipzig. 1903. Friedrich Luckhardt. Leipzig, Salomonstr. 9.

Landwirtschaft und Socialdemokratie. Von Hermann Köhler. Die Unzulässigkeit der Socialisierung der Landwirtschaft unter allgemeinen sittlichen Gesichtspunkten. 148 Seiten. Leipzig, J. C. Hinrichssche Buchhandlung.

Dr. Gustav Döbrich. Friedrich Nietzsche. 20 Seiten. Druck und Verlag von Otto Kirchhoff, Koburg.

Briefkasten der Redaktion.

O. E., Burg. Sie müssen auf alle Fälle schleunigst einen Rechtsanwalt zu Rate ziehen, da nur genaues Studium der Akten den Weg anzeigen kann, der in Ihrem Falle zu gehen ist.

Jäger 3. Wird durch den juristischen Teil erledigt. — **Gewerbe-Inspektor.** Gewerbegericht Zimmerstr. 90/91. Sprechzeit von A. R., Assistentin, Georgenkirchplatz 21. Sonntags 9—10 Uhr vormittags, Donnerstags 7—8 Uhr abends. — **Petarde.** Sprenggeschoß.

N., Zossen. Mitteilungen über Zustände in Fabriken 2c. finden grundsätzlich nur dann Aufnahme in unserm Blatt, wenn sie uns von der in Betracht kommenden Gewerkschaft, mit dem Stempel versehen, zugehen. Wir sind nicht im Besitz Ihrer genauen Adresse, sonst hätten wir den Bericht zurückgeschickt.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

B. B. Nein — **P. G. 3.** Sie könnten auf Lieferung passender Schuhe oder auf Rückzahlung des Geldes (nachdem Sie eine Frist zur Lieferung passender Schuhe gesetzt haben) klagen. Aber der Ausfall der Klage hängt von dem teueren Gutachten Sachverständiger über Passen oder Nichtpassen ab, der Erfolg ist zweifelhaft, sicher lediglich eine im Verhältnis zum Objekt ungeheuere Kostenlast. Zur Anstellung einer Klage kann daher nicht geraten werden. Ihre Frau mag den Vorfall als Warnung betrachten, vor Lieferung zu zahlen. — **H. S.** Handlungsgehilfen und -Lehrlinge sind bis zum 1. Januar 1904 nur dann krankenversicherungspflichtig, wenn die Rechte aus Artikel 63 des Handels-Gesetzbuchs beschränkt sind. Auf die Höhe des Gehalts kommt es nicht an. Ihre Tochter ist also nur dann krankenversicherungspflichtig, wenn entweder vereinbart ist, der Chef solle im Fall der Erkrankung nicht das Gehalt fortzahlen, oder wenn eine kürzere als sechswöchentliche, zum Quartalsersten laufende Kündigungsfrist vereinbart ist. Liegt solche Vereinbarung vor, so ist Ihre Tochter kraft Gesetzes (nicht infolge der Anmeldung) Mitglied der Kasse. Sie hat ihren Anspruch dort geltend zu machen: Die Kasse nimmt hernach Regreß gegen den Chef. — **E. G. 10.** Leider hindert das Gesetz eine solche Ausbeutung des Lehrlings nur in dem durch §§ 127 und 128 Gewerbe-Ordnung gesetzten Rahmen. Wenden Sie sich an die Gewerkschaft. — **E. S. 5.** Leider erblickt die Rechtsprechung hierin keinen versicherungspflichtigen Unfall, weil Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit nur unter ganz besonderen Umständen als Betriebsunfälle erachtet werden. — **K. S.** Wenn keine Einigung zu stande kommt, so würde die Firma mit ihrer Klage auf Zahlung des vollen Restes durchdringen. Die Rückgabe der Maschine wäre einflußlos. — **S. O. 82.** 1. Nein. 2. Ja, aber wir würden von der Anstellung einer Klage abraten, zumal dadurch Ihre frühere Handlung zur strafrechtlichen Verfolgung gezogen werden könnte. — **Emil Mähn.** 1. und 2. Ja. 3. 21 Jahre. — **Sanatorium Beelitz.** Die Hinterlegung der Miete ist nicht notwendig, aber zweckmäßig. — **Justitz.** Legt nur der Angeklagte Berufung ein, so kann das Berufungsgericht über die in erster Instanz erkannte Strafe nicht hinausgehen. — **S. 20.** Für Ihr Rechtsverhältnis ist § 906 des Bürgerlichen Gesetzbuches entscheidend. Danach kann der Eigentümer eines Grundstücks die Zuführung von Gasen, Dämpfen, Gerüchen, Rauch, Ruß, Wärme, Geräusch, Erschütterungen und ähnliche von einem andern Grundstück ausgehende Einwirkungen nur insoweit nicht verbieten, als die Einwirkung die Benutzung seines Grundstücks nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt oder durch eine Benutzung des andern Grundstücks herbeigeführt wird, die nach den örtlichen Verhältnissen bei Grundstücken dieser Lage gewöhnlich ist. Sie könnten demnach klagen, die Polizei hat mit Regelung dieses Privatrechts nichts zu thun. Demnach sind Ihre Fragen wie folgt zu beantworten: 1., 2., 4. Ja; 3. Nein. — **E. 14.** Die Kosten sind gleich hohe. Kostenlos ist ein eigenhändig ge- und unterschriebenes und datiertes Testament. — **D. M.** 1. Eine gesetzliche Regelung besteht nicht. Das Dienstmädchen müßte sich an die Polizei, und wenn diese nicht einschreiten will, an das Gericht mit einer Klage wenden. 2. Nein. — **K. P.** Ja. — **L. u. B.** 1. Nein 2. Das ist kaum anzunehmen. 3. Ja, der Titel wechselte; eine Zeitlang nannte sich das Organ „Gerichtszeitung". 4. Nein: es besteht nur die Vorschrift, daß der Reichstag alljährlich einzuberufen ist. Anders liegt es im Fall der Auflösung. — **R. B.** Wenn nicht etwa im Jahre 1901 oder 1902 ein Anerkenntnis erfolgt ist, so liegt für die im Jahre 1900 (nicht für die im Jahre 1901) entnommenen Waren Verjährung vor. — **A. B. 38.** Sie müssen auf Herausgabe klagen oder bei der Polizei Ersatzkarten beantragen, weil Ihr Mann die Karte verloren hat. — **Olga.** Die Wartezeit für eine Witwe bis zur Wiederverheiratung beträgt 10 Monate. Wenn Sie ein Hebammen-Zeugnis einreichen, so kann das Amtsgericht die Frist abkürzen. — **Drechsler.** Sie haften leider in vollem Umfang für den Schaden. — **M. D. 31.** 1. Nein. 2. Haft. 3. Der Offenbarungseid verwehrt nicht die Anschaffung von Möbeln usw. — **Gütertrennung.** Sie leben außer Gütergemeinschaft, können aber einen Vertrag schließen, wie Sie einen auf S. 221 des dem „Arbeiterrecht" beigefügten Führers finden. Das Buch liegt in den öffentlichen Lesehallen aus. — **Jäger 3.** Aus dem Kassenbuch ist nicht ersichtlich, ob die Mutter bereits spätestens am 3. März Mitglied war. War sie dies oder gehörte sie auch nur eine Woche hindurch in der Zeit vom 3. September 1902 bis 3. März 1903 einer andren Kasse an, so hat sie Anspruch auf Entbindungsunterstützung, sonst nicht. — **Kl. 88.** Zwecks Aufnahme in den preußischen Staatsverband richten Sie an das Polizeipräsidium einen Antrag folgenden Inhalts: „Ich bin sächsischer Staatsbürger und habe mich ausweislich der anliegenden polizeilichen Anmeldung seit dem .. in Berlin niedergelassen. Anliegend überweise ich meine Geburtsurkunde sowie meine Militärpapiere und beantrage mich in den preußischen Staatsverband aufzunehmen." Haben Sie einen sächsischen Staatsangehörigkeits-Ausweis, so fügen Sie diesen bei. Haben Sie solchen nicht, so warten Sie ab, ob ein solcher von Ihnen verlangt wird, wenden Sie sich an die zuständige Kreishauptmannschaft um Ausstellung eines solchen und reichen diese Urkunde dann ein. 2. Daß Sie noch vor den Landtagswahlen Preuße werden ist höchst unwahrscheinlich. Seit zwei Jahren ist mindestens dutzendfach von uns und von den Wahlvereinen auf die Notwendigkeit des Erwerbs der Staatsangehörigkeit hingewiesen. Säumen Sie nun nicht mit Ihren Schritten, um wenigstens bei einer Nachwahl berechtigt zu sein. — **Preußen.** Schreiben Sie an den Regierungspräsidenten zu Potsdam: Ich wiederhole meinen Antrag auf Aufnahme meiner Person in den preußischen Staatsverband, lehne es ab, die erforderten Geburtsurkunden meiner Frau und Kinder einzusenden, da diese ohne weiteres durch meine Aufnahme in den preußischen Staatsverband Preußen werden und bitte, diese Eingabe als Beschwerde erachten zu wollen, falls auf Einreichung der Kosten verursachenden Geburtsurkunden bestanden wird. Mein vom Gemeindevorsteher zu F. mir zurückgegebenes Familien-Stammbuch füge ich mit der Bitte um Rückgabe bei. — **N. P. 5.** 1. u. 3. Ein Drittel des 1500 M. jährlich übersteigenden Lohnes ist pfändbar. 2. Nein. Nicht länger als ein Vierteljahr rückständige Steuern können ohne Rücksicht auf die Höhe des Lohnes beigetrieben werden. Die Fälligkeit der Staats- und Gemeindesteuern tritt mit der ersten Hälfte des zweiten Quartalsmonats ein. 4. Nein. 5. Nein: Die Krankenkassen- und Invaliditätsbeiträge sind abziehbar. 6. Der voraussichtliche Lohn. 7. Das Revier, indem Sie beschäftigt sind. 8. Nein

Briefkasten der Expedition.

Grabowsee. Eine Weiterüberweisung der Frei-Exemplare an andre Patienten ist postalisch unzulässig.

Inserate

für die **nächste Nummer** müssen **bis 5 Uhr nachmittags** in der Expedition abgegeben werden. **Größere Inserate** bitten wir vorher anzumelden und **bis 4 Uhr** nachmittags einzusenden.

Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 24. September.

Anfang 7½ Uhr:

Opernhaus. Don Juan.
Schauspielhaus. Was ihr wollt.
Westen. Die beiden Schützen.
Lessing. Der blinde Passagier.
Berliner. Alt-Heidelberg.
Residenz. Sphinx. Das beste Mittel.
Neues. Eine Frau ohne Bedeutung.
Deutsches. Kollege Crampton.
Central. Die Fledermaus.
Thalia. Der Hochtourist.

Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Der Talisman.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.) Der Fleck auf der Ehr'.
Kleines. Nachtasyl.
Trianon. Die Liebesschaukel.
Deutsch-Amerikanisches. Ueber'n großen Teich.
Carl Weiß. Amor in Wichs.
Luisen. Die Jungfrau von Orleans.
Apollo. Die Liebesinsel. Specialitäten.
Winter-Garten. Specialitäten.
Metropol. Neuestes! Allerneuestes!
Passage-Theater. Specialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Von der Zugspitze zum Watzmann.
Invalidenstraße 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
Abends 7½ Uhr:
Die Fledermaus.
Freitag: Zweite Abonnements-Vorstellung: Die Geisha.
Sonnabend, zum erstenmal:
Bruder Straubinger.

Passage-Theater
Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.
LONA
in ihrer Scene „Im Boudoir".
Das Moto-Mädchen.
Mensch oder Maschine?
Das neue Rätsel für Berlin!
14 erstklassige Nummern.

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Nachtasyl.
Anfang 8 Uhr.

Urania.
Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Caotano
Panopticum
Friedrichstr. 165
Lebend!!
die zusammengewachsenen Schwestern.
20 Jahre alt.
Violin-Virtuosinnen!

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Gr. Militär-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 J. die Hälfte.

In der Arena:
Raubtier-Spielschule.
6 Löwen, 1 Leopard, 1 Hyäne, 1 Bär. — Vorstellungen: Wochentags 3½ u. 5 Uhr, Sonnt. 12 Uhr, 3½ u. 5 Uhr. Eintritt: Sperrsitz 1 M., Stehplatz 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Neues Theater.
Schiffbauerdamm 4a—5.
Eine Frau ohne Bedeutung.
Anfang 7½ Uhr.

Trianon-Theater.
Georgenstraße, zwischen Friedrich- und Universitätsstraße.
Die Liebesschaukel.
Freitag: Die Notbrücke.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter Straße 132.
Amor in Wichs.
Ausstattungs-Operette in 4 Akten (7 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Sonntagnachmittag: Das Geheimnis des roten Hauses.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Talisman.
Dramatisches Märchen in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Bibliothekar.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.
Volksstück mit Gesang in 3 Akten von Ludwig Anzengruber.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Fleck auf der Ehr'.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Was ihr wollt.

Luisen-Theater.
Zum erstenmal:
Die Jungfrau v. Orleans.
Eine romantische Tragödie in 5 Akten und einem Vorspiel von Fr. v. Schiller.
Anfang 8 Uhr.
Freitag: Die Jungfrau von Orleans.
Sonnabend: 100 000 Thaler.
Sonntagnachm.: 100 000 Thaler.
Abends 8 Uhr: Die Jungfrau von Orleans.
Montag: 100 000 Thaler.

Apollo-Theater.
Zum 141. Male: **Die Liebes-Insel**
mit dem grandiosen Post-Ballett.
Clermonts Cirkus Barnum u. Bailey.
Nur noch bis 30. September
Miss Mildred de Grey
Original-Barfuss-Tänzerin.
Messters Biophon, leb. u. sprech. Photographie.
Montreil. Pöttingers Damen-Quintett.
In Vorbereitung: Frühlingsluft.

Deutsch-Amerikanisches Theater
(fr. Buntes Theat.), Köpnickerstr. 67/68.
Jeden Abend Anf. 8 Uhr.
Gastspiel Adolf Philipp.
Der Sensations-Erfolg
Ueber'n großen Teich
Heitere Bilder mit Gesang aus dem Leben der Deutsch-Amerikaner in 5 Abt.
Billets 4 Wochen im voraus.

Metropol-Theater.
Der grösste Erfolg dieser Saison!
Emil Thomas a. G.
Josef Josephi. Henry Bender.
Frid Frid. Rosa Marton.
Grete Meyer. Müller Lincke.
Neuestes! Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzende Ballette. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Etablissement Buggenhagen
am Moritzplatz.
Täglich:
Streichkonzert.
Dienstag und Donnerstag:
Harburger Sänger.
Nach d. Vorst.: Tanzkränzchen.
Voranzeige! Vom 1. Oktober ab jeden Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Schauss' Künstler-Ensemble „Nordsterne".
Nach jed. Vorst.: Tanzkränzchen.

Fröbels Allerlei-Theater
fr. Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser Allee 148.
Inhaber: Wilhelm Fröbel.
Sonntag, den 27. September cr.:
Extra-Vorstellung der beliebten
Norddeutschen Sänger.
Nach der Vorstellung:
Um 10 Uhr: Um 10 Uhr:
Großer Extra-Ball.
Anfang der Vorstellung 5 Uhr, d. Tanzes Punkt 10 Uhr.
Entree 30 Pf.
Diese Vorstellungen und Ball finden jeden Sonntag statt.

Neue Welt
Arnold Scholz
Hasenheide No. 108/114.
Donnerstag, 24. Septbr. 1903:
Bernhard Rose-Theater-Ensemble.
Der Millionenbauer.
Große Posse mit Gesang und Tanz.
Nach der Vorstellung:
Grosser Familien-Ball.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

Casino-Theater.
Lothringerstraße 37.
Anfang 8, Sonntags 7½ Uhr.
Großer Sensations-Erfolg!
Tolle Kadetten.
Vorher das glänz. Eröffnungsprogr.
Sonntagnachm. 4 Uhr: Ein adeles Weib.

Residenz-Theater
Direktion S. Lautenburg.
Anfang 7½ Uhr.
Das beste Mittel.
Schwank in 3 Akten von A. Bisson.
Bearbeitet von B. Jacobsohn.
Vorher: Sphinx.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.
Sonntagnachmittags 3 Uhr: Lutti.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Extra-Elite-Vorstellung:
Des Lebens Mai.
Anfang 8 Uhr. Entree 80 Pf.
Nach der Vorstellung:
Familien-Ball.

IX. Berliner Saison.
Cirkus Busch.
Donnerstag, den 24. September, abends 7½ Uhr:
Elite-Abend.
Zum 2. Male:
„Berliner Winterfreuden"
Humoristisches Manege-Schaustück des Cirkus Busch zu Lande und zu Wasser.
Außerdem:
Die Sensationen Berlins:
Claire Heliot's Paul Mündner's **Riesen-Löwengruppe. Todessprung.**

Palast-Theater früher Feen-Palast.
Burgstr. 22.
Riesen Lacherfolg.
Abends 8½ Uhr:
Genießet das Leben.
Lebensbild in 2 Akten mit Gesang.
Aljons Gattin .. Dir. Rich. Winkler.
Im Variété-Teil:
Schlager auf Schlager.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Freitag, den 25. September 1903:
Elite-Extra-Vorstellung.
Madame Potiphar.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.

Cirkus Schumann
Heute Donnerstag, den 24. September, abends 7½ Uhr:
Gala-Parade-Vorstellung.
Unstreitig die beste Löwengruppe in Berlin.
Herr Julius Seeth, der weltberühmte Löwenbändiger, mit seinen dressierten
25 männlichen Löwen,
ausgewachsene Exemplare.
Geschenk Sr. Majestät des Kaisers von Abessynien.
Frühling, Sommer, Herbst, Winter.
Feenhaftes Ballett-Divertissement in pompösen Pariser Kostümen.
Zoologisches Potpourri,
Monstredressur des Herrn Leb.
Ein Reiter-Bravourstück in der
Horizontalmanege.
Die neuesten Sensationsdressuren des Direktors Albert Schumann.

Reichshallen
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Böhme, Böckmann, Plättner, Schrader u. Eberino.)

Sanssouci.
Kottbuserthor — Stat. der Hochbahn.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.
Jeden Dienstag:
Theaterabend.
Dienstag, den 29. September cr.:
Robert und Bertram.
Posse mit Ges. in 4 Akten v. G. Räder.

Stenographie
Stolze-Schrey.
Neue Unterrichtskurse in der vereinfachten Stenographie beginnen im Arbeiter-Stenographenverein:
Freitag, 25. September, bei Grupe, Annenstr. 16.
Dienstag, 29. September, bei Lehmann, Schulstr. 29.
Anfang 8½ Uhr.
Unterrichtsgeld 4 Mark.
Die erste Stunde ist kostenfrei!

Stadt-Theater Moabit

Alt-Moabit 47/49.

Wegen Renovierung

heute keine Vorstellung.

Sonntag:

Robert und Bertram.

Dienstag:

Der Millionenbauer.

WINTER GARTEN

Das Original Motogirl.

Mlle. Marguerite, sensationelle Löwen-Nummer.

Alexia, Bravour-Tänzerin.

Anna Dancrey, Pariser Soubrette.

Ten Ichi, die kaiserl. japanische Gauklergruppe.

Die Papstbilder des Biographen und das diesmonatliche Sensations-Programm.

Königstadt-Kasino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.

Täglich:

Gr. Specialitäten-Vorstellung.

Franz Sobanski. Geschw. Alexandrowo usw.

Im weißen Röß'l.

Nach der Vorstellung: Mittwoch, Sonnabend, Sonntag: **Tanz.**

Künstliche Zähne, Plomben etc.

Karl Goeringer, Zahnatelier, N. Eichendorffstr. 21, fr. Brunnenstr.

Beim Vorzeigen d. Annoncen Preis ermäss.

Land, Woche 2 M. Abzahlung, 840 qm 300 M. Bor-ort. Nur mündlich. Herronimy, Blumenstr. 79. *

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. Fl. 50 Pf. und 1 M. Ebenso Schwaben, Russen, Franzosen, Blattläuse rc. Schachtel 30, 60 Pf. u. 1 M. Zahlreiche Anerkennungen. 25082*

1000 Mark Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Droguerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.

Honig! Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualit. vers. die 10 Pfunddose zu 7,00 M., 5 Pfd. 4,30 M. franco. Garant. Rücknahme.

E. Reil, Nordlok, Bahnhof Augustfehn, Oldenbg. *

Bureaugehilfe,

jüngerer Mann, der flott stenographiert und Remington schreibt, sofort oder zum Quartal gesucht.

Meldungen 4—5 Uhr. 27142

Rechtsanwälte Heine u. Dr. Behrend, Alt-Moabit 108.

Gut fundierte eingeführte **Lebensversicherungs-Gesellschaft** sucht für

Berlin und Vororte

leistungsfähige Herren, die gewillt sind, eine

Generalagentur

zu übernehmen. **Fachkenntnisse sind nicht erforderlich. Die Stellung ist gut dotiert.** Offerten erb. sub U. 7 an die Exped. dieses Blattes.

Zur Acquisition in Berlin und Vororten

werden für eingeführte **Lebensversicherungsgesellschaft**

tüchtige Acquisiteure

bei höchsten Provisionssätzen gesucht. Nach Ablauf einer Probezeit **wird feste Anstellung mit Gehalt u. Spesen in Aussicht gestellt.** Offerten erb. sub U. 7 an die Exped. d. Bl.

Feuer-Versicherung

Von älter gut fundierter Feuer-Versicherungs-Gesellschaft, die vorwiegend Mobiliar-Versicherungen betreibt, werden

General-Agenturen resp. Subdirektionen für Berlin und Provinz Brandenburg

eingerichtet. **Die höchsten Provisionsbezüge werden gewährt.**

Leistungsfähige Herren, auch Nicht-Fachleute, die auf solche Positionen reflektieren, wollen ihre Adressen unter T. 7 in der Expedition dieses Blattes niederlegen.

Feuer-Versicherungs-Gesellschaft

sucht bei höchsten Provisionsbezügen tüchtige

Acquisiteure,

die hauptsächlich das Mobiliargeschäft forcieren. Bei angemessenen Leistungen wird festes Gehalt und Spesen bewilligt.

Gefällige Offerten erbeten sub T. 7 an die Expedition dieses Blattes.

Saal mit Bühne

für Sonnabende im November, Dezember, Januar, Februar und März, sowie Bußtag und Totensonntag noch frei. 26732*

72. Kommandantenstr. 72.

Neues Clubhaus.

Buss' Salon

Gr. Frankfurterstr. 85.

Empfehle meine Säle den geehrten Vereinen für Festlichkeiten und Versammlungen. Sonnabende und Bußtag noch frei! 26672*

Ch. Theel.

Reines vollwertiges Roggenbrot

a 50, 35 u. 20 Pf.

und gute, schmackhafte weiße Ware, **6 Stück 10 Pf.,** empfehle ich den werten Genossen u. Genossinnen.

Ernst Pfeiffer, Pappel-Allee 24, Bäckerei.

Centralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Freitag, den 25. September 1903, abends 8½ Uhr:

Grosse Versammlung

der Zahlstellen Berlins und Umgegend

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer Nr. 15.

Tagesordnung: 1. Die Mißstände auf den Bauten. 2. Verbandsangelegenheiten. 144/10

Guten Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Genossinnen und Genossen!

Volks-Versammlung

Donnerstag, den 24. September, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20.

Tagesordnung: 1. Bericht über den Dresdener Parteitag und die Brandenburger Konferenz. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. 1/7

Um zahlreiches Erscheinen der Frauen ersuchen **Die Vertrauenspersonen.**

Freie Volksbühne.

Mittwoch, den 30. September, abends 8 Uhr, in Cohns Festsälen, Beuthstrasse 19:

General-Versammlung.

Zutritt haben nur Mitglieder gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Tagesordnung: 1. Vortrag. **Dr. Rud. Steiner: Die Ziele Richard Wagners.** 2. Geschäftsbericht des Vorstandes. 3. Diskussion, Verschiedenes.

Ordner-Sitzung am Sonnabend, den 26. Septbr., abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15.

Sonntag, den 27. September:

9./10. Abteilung	4./5. Abteilung
Metropol-Theater:	**Lessing-Theater:**
Klein Eyolf	**Nathan der Weise**

Anfang 2½ Uhr.

Die Hefte 1 und 2 der Monatsschrift „Freie Volksbühne" liegen in den Zahlstellen aus.

229/15 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Großer Vortrag für Damen und Herren

am Freitag, den 25. September cr., abends 8½ Uhr, im **Volkshause, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.**

Frl. Minna Kube

Direktorin der physikalisch-diät. Anstalt „Hephata", Charlottenburg, Cauerstr. 1, spricht über:

1. **Schwindsucht ist heilbar.**
2. **Lebt jenen Hundertjährigen tapfer und redlich nach, ihr Jung-Sterbekandidaten des 20. Jahrhunderts!**
3. **Wollt ihr weiter dem Würge-Engel der Menschheit: Schwindsucht genannt, zum Opfer fallen?**

Der Vortrag wird durch lebensgroße Zeichnungen erklärt.

Zwanglose Vereinigung „Neue Heilwissenschaft". (Vorsitzende M. Kube.)

Sprechstunden der Anstalt: **Montag, Dienstag, Mittwoch** und **Freitag** von 9—5 Uhr; für neue Patienten an diesen Tagen von 1—5 Uhr.

Bildhauer aller Branchen.

Donnerstag, den 24. September, abends 8½ Uhr (also kurz nach Schluß der Generalversammlung des Centralvereins) im „Gewerkschaftshause", Engel-Ufer 15 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung.

Referent: Herr Redakteur **P. Ströbel.**

2. Punkt: Mitteilungen von der Generalversammlung.

Zahlreichen Besuch erwartet 20/16* **Der Einberufer.**

Schon 7. October Ziehung.

IX. Schneidemühler Pferde-Lotterie.

à Loos 1 M. 11 Loose 10 M. Porto u. Liste 20 Pf. auch geg. Briefmarke.

Hauptgewinn: **10,000 M.**

1 eleg. 4spännige Equipage

ausserdem 3 complett bespannte Equipagen, 44 Pferde, sowie 2400 massiv silberne Theelöffel.

2434 Gewinne, Gesammtwerth 52.000 Mark.

Loose à 1 M., 11 für 10 M. versendet auf Wunsch auch unter Nachnahme

Carl Heintze, Berlin W., Unter den Linden 3

gegründet 1872.

Berliner Ressource

Kommandantenstr. 57.

Hochelegante Festsäle für 500 bis 1000 Personen, empfiehlt zu coulanten Bedingungen

25192* **Adolf Stein.**

Sonnabende und Sonntage noch frei.

Kopfläuse nebst Brut vertilgt sofort **„Schwapp".** Unschädl. Zu haben in Drog. Preis f. ½ Fl. 50 Pf. u. f. ¼ Fl. 30 Pf. En gros. R. Sauer, Berlin C. 2, Kaiser Wilhelmst. 47.

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein **Weiss-, Bayrischbier- und gr. Speisegeschäft.** Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf., Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendtisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20—50 Personen. *

H. Stramm, Rest., Ritterstr. 123.

Lichtbilder-Männer-Vortrag

morgen, Freitagabend 8½ Uhr, Naunynstr. 27, Graumanns gr. Saal:

Männerleben und Leiden.

Anatomisches und Pathologisches.

Sexuelle Neurasthenie. Gonorrhoe. Schwächezustände.

Bekannter Vortragender: **Grundmann,** prakt. Naturheilkundiger.

Eintritt nebst Broschüre 20 Pf.

Naturhellk. „Reform." **Kurheilanstalt: Köpnickerstraße 72.**

Restaurant „Deutscher Hof", Berlin S., Luckauerstraße 15.

Freitag, den 25. September, abends 8½ Uhr:

Gr. öffentliche Volksversammlung.

Tages-Ordnung:

1. **Justizminister als Angeklagte** oder: **Klassenjustiz** und **Entmündigungs-Unfug.**

Referenten: **Senna Hoy** und **Adolf Brand.**

2. Diskussion.

Zur Deckung der Unkosten werden 10 Pf. Eintrittsgeld erhoben.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

290/13 Der Einberufer: **Hermann Teistler-Friedrichshagen.**

Wilmersdorf! Geschäftseröffnung!

Dem geehrten Publikum teile mit, daß ich Anfang Oktober im Hause **Berlinerstr. 23** ein **Putz- und Modegeschäft** eröffne.

26342* Hochachtungsvoll **Frieda Christoph.**

Gewerbegericht zu Berlin.

J.-Nr. 465 Gew.-Ger. 03.

Bekanntmachung.

In Sachen

des Ausstandes im Klempnergewerbe ist, nach gehörig erfolgter Anrufung seitens beider Teile, vor dem Einigungsamte des Gewerbegerichts zu Berlin in der Sitzung vom 6. Mai 1903, an welcher unter dem Vorsitze des Gewerberichters v. Schulz teilgenommen haben:

als Vertrauensmänner der Arbeitgeber:

Wollgarnfabrikant Maas und Kaufmann Crohn,

als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer:

Former Körsten und Metalldrücker Behrend,

der aus einer Lohnbewegung entstandene Streik durch einen

Vergleich

zwischen den Parteien beendet worden.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer, erstere für die Berliner Klempnerinnung und die Freie Vereinigung der Klempner und verwandter Berufszweige, letztere als Organisation vertreten in dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande, Ortsverwaltung Berlin, haben den nachstehenden Tarifvertrag mit der Maßgabe vereinbart, daß derselbe ausschließlich für das Gewerbe der Baulklempner Gültigkeit haben soll:

Tarifvertrag.

1. Neunstündige Arbeitszeit, Pausen nach Anordnung des Arbeitgebers.

2. Die Arbeit wird nur in Zeitlohn vergeben.

3. Sonnabends muß die Lohnzahlung Feierabend um 5½ Uhr beendet sein; hingegen fällt die Vesperpause an diesem Tage fort. An den Werktagen, welche den großen Feiertagen unmittelbar vorhergehen, wird jedesmal 2 Stunden früher Feierabend gemacht, ohne daß ein Lohnabzug stattfinden darf.

4. Der Mindestlohn für Baulklempner beträgt pro Stunde 60 Pfennig, für soeben Ausgelernte im ersten Jahre 50 Pfennig, im zweiten Jahre 55 Pfennig pro Stunde. Für die durch Unfall, Alter, Invalidität und Krankheit minderleistungsfähigen Gesellen unterliegt die Feststellung des Lohnes der freien Vereinbarung. Für den Fall, daß hier eine Einigung eines Meisters mit einem oder mehreren der genannten Arbeiter nicht zu stande kommt, sind die Streitfälle der Schlichtungskommission (Nr. 8 dieses Vertrages) zur Regelung zu unterbreiten.

Sobald die Schlichtungskommission auch nur von einem Teile angerufen wird, muß dieselbe innerhalb einer Woche zusammentreten. Die in Frage kommenden Parteien sind in jedem Fall verpflichtet, vor der Schlichtungskommission zu erscheinen.

Wird auch hier eine Einigung nicht erzielt, so sind die streitenden Parteien gehalten, die endgültige Entscheidung des Einigungsamts, und zwar innerhalb acht Tagen nach der ergebnislosen Verhandlung der Schlichtungskommission, nachzusuchen. Die beiderseitigen Organisationen werden dafür Sorge tragen, daß bei genannten, von der Schlichtungskommission nicht beseitigten Streitfällen das Einigungsamt angerufen wird.

5. Die Ueberstunden sind möglichst zu beschränken. Wenn solche gemacht werden müssen, ist ein Zuschlag von 25 Proz. zum Lohne zu zahlen.

6. Fahrgeld-Vergütung innerhalb der Ringbahn unterliegt der freien Vereinbarung. Außerhalb der Ringbahn und nach den Vororten ist Fahrgeld zu vergüten. Sobald die Fahrzeit innerhalb der gewöhnlichen täglichen Arbeitszeit fällt, ist für die verlorene Arbeitszeit, dem heute vereinbarten Stundenlohne entsprechend, Stundenlohn zu gewähren. Bei Arbeiten, welche ein Uebernachten außerhalb Berlins nötig machen, sind noch besondere Zulagen für Nachtlogis und Verpflegungskosten zu gewähren.

7. Die gesetzlichen Arbeiterschutz-Bestimmungen sind immer zu halten.

8. Bildung einer paritätischen Schlichtungs-Kommission, bestehend aus 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern unter dem Vorsitze eines Unparteiischen zur Vermeidung von Streiks und Aussperrungen. Die Wahl der Mitglieder hat innerhalb 4 Wochen zu erfolgen. Die Kommission soll auch vor Ablauf dieses Tarifvertrages einen neuen Vertragsentwurf vorbereiten. Der Entwurf ist 8 Wochen vor Ablauf des Vertrages den Parteien vorzulegen.

Falls die Parteien die Vorschläge der Kommission zur Vermeidung der Streiks und Aussperrungen nicht annehmen und falls auch über den nächsten Vertragsentwurf eine Einigung nicht erzielt wird, verpflichten sich die Parteien, unmittelbar nach Vorlegung des neuen Entwurfs, beziehentlich nach Ablehnung sonstiger Vorschläge der Kommission zur Beilegung der Streitigkeiten beiderseitig das Einigungsamt anzurufen.

9. Sollten bei dem einen oder dem andern Arbeitgeber günstigere Arbeitsbedingungen bestehen als solche, die in diesem Tarifvertrage vereinbart sind, so sollen dieselben auch in Zukunft aufrecht erhalten bleiben.

10. Maßregelungen gegen die Streikenden dürfen nicht stattfinden. Die während des Streiks thätigen Gehilfen und Arbeiter dürfen von den neu eintretenden Gehilfen nicht behelligt werden.

11. Dieser Tarifvertrag hat Gültigkeit bis zum 1. April 1906. Wird derselbe zwei Monate vor dem soeben genannten Tage nicht gekündigt, so soll er noch auf ein ferneres Jahr gelten.

12. Die Arbeit wird aufgenommen zur gewohnten Zeit am 9. Mai 1903, morgens um 7 Uhr.

Die Vertreter der Parteien nehmen diesen Tarifvertrag vorbehaltlich der Genehmigung ihrer beiderseitigen Versammlungen hierdurch an.

v.	g.	u.
gez. Richard Berger.	Otto Conrad.	
Ferd. Thielemann.	Heinrich Kunitz.	
	E. H. Mulack.	Ed. Busse.

Adolf Cohen, 1. Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Branchenvertreter der Klempner:

gez. G. Diesner.	C. Buckisch.	
M. Fischer.	K. Weihel.	H. Roerke.
gez. v. Schulz.	Maas.	Crohn.
Behrend.	A. Körsten.	

Vorstehenden Tarifvertrag haben die Generalversammlungen der Parteien genehmigt.

Berlin, 19. September 1903.

Der Vorsitzende des Einigungsamtes.

gez. v. Schulz.

Todes-Anzeige.

Am 21. d. Mts., vormittags 11½ Uhr, verschied plötzlich und unerwartet am Schlaganfall mein lieber, unvergeßlicher Mann, mein lieber, braver Sohn und Schwager, der Lagerhalter

Hermann Meiling

im Alter von 36 Jahren. Dies zeigen tiefbetrübt hiermit an

Anna Meiling (Frau),
Karoline Meiling (Mutter),
H. Werbach und Frau,
G. Werbach und Frau,
Marie Werbach, R. Bartel,
Hulda und Amalie Werbach.

Die Beerdigung findet **heute, den 24. September, vom Hause des Genossen Obst, Meiningerstraße 8,** aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee 15/17, statt. 27159

Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeige.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Schlosser

Hermann Meiling

am 21. d. Mts. am Herzschlag in Dresden gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. September, nachmittags 3 Uhr, von Obst, Schöneberg, Meiningerstraße 8, aus statt.

Rege Beteiligung erwartet

122/4 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß am 21. d. M. mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, der Tischler

Heinrich Bohnagen

im Alter von 53 Jahren von seinem langen Leiden durch den Tod erlöst ist. 27162

Die Beerdigung findet am Freitagnachmittag 5 Uhr von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofs in Rixdorf aus statt.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Am 21. d. Mts. starb nach längerer Krankheit unser **braver Kollege,** der Schriftsetzer

Georg Vigdor

geb. 21./2. 1865 zu Berlin.

Sein echt kollegialisches, liebenswürdiges Wesen sichern ihm ein ehrendes Andenken! 18955

Die Beerdigung findet am Freitag, den 25. d. Mts., nachmittags 5½ Uhr, auf dem Kirchhof in Rieder-Schönhausen, Buchholzerstraße, statt.

Berlin, 23. September 1903.

Das Personal der Norddeutschen Buchdruckerei.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme **am** Grabe unsres lieben Bruders, Schwagers und Onkels, des Schmiedegesellen

Julius Hegener

sagen wir allen Verwandten und Bekannten, insbesondere den Arbeitern der Firma Dittmann unsern innigsten Dank. 18915

Die Hinterbliebenen.

Orts-Krankenkasse der Gürtler

zu Berlin.

Bekanntmachung.

Wir bringen den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß die VIII. Abänderung zum Statut am 6. August vom Bezirksausschuß genehmigt worden ist.

Dem § 13 ist beigefügt, daß der Vorstand berechtigt ist, auf Antrag des Kassenarztes erwerbsunfähige Mitglieder einer Erholungsstätte auf Kosten der Kasse zu überweisen.

In § 22 sind hinter „Krankenhaus" die Worte „oder Erholungsstätte" gesetzt worden.

Vorstehende Abänderung tritt mit dem Montage nach statutenmäßig erfolgter Bekanntmachung in Kraft.

Berlin, den 24. September 1903.

18925 **G. Knoll, Vorsitzender.**

Wohlfahrts-Geld-Lotterie.

Hauptgewinne:

100000 Mark
50000 Mark
25000 Mark

Ziehung 28. Sept. bis 2. Oktober. **Originallose à Mk. 3,50.** Porto und Liste 30 Pf.

J. Eisenhardt, Neustrelitz.

Nur bestellte Lose, kein Ersatz, werden versandt. [24/11*

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kaliski in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Außerordentliche Generalversammlung des Centralvereins der Bildhauer Deutschlands.

In der Vormittags-Sitzung am Mittwoch wird nach kurzer Beratung zunächst die Einsetzung eines Ausschusses von fünf Mitgliedern beschlossen. Derselbe prüft und entscheidet in allen Beschwerden gegen den Centralvorstand und die Redaktion der „Bildhauer-Zeitung". Als Sitz des Ausschusses wird für die nächste Geschäftsperiode Leipzig bestimmt.

Hierauf berichtet Misbach-Berlin über die Vorschläge der Rechnungskommission, die auf Grundlage des 65 Pf.-Beitrages die Neuregelung der verschiedenen Unterstützungszweige vorberaten hat. Nach eingehender Diskussion werden die Vorschläge der Kommission in namentlicher Abstimmung mit großer Majorität angenommen. Danach sind im Unterstützungswesen folgende Aenderungen eingetreten:

Streikunterstützung wird vom vierten Tage ab auf die Dauer des Streiks pro Arbeitstag 2 M. und für Verheiratete für jedes sich schulpflichtige Kind 50 Pf. pro Woche extra bezahlt. — Die Karenzzeit für Arbeitslosen- und Arbeitsunfähigkeits-Unterstützung beträgt 1½ Jahre, die Karenzzeit für Reise-Unterstützung 1 Jahr. — Die Unterstützung wird für die Dauer von 56 Tagen mit einer Mark pro Tag gewährt. Die Zwischenkarenzzeit beträgt 26 Wochen. — Die Sterbe-Unterstützung wird gezahlt an die Witwen oder Lisen verheirateter Mitglieder und an die Eltern respektive Geschwister lediger Mitglieder, sobald von den Hinterbliebenen der letzteren nachgewiesen wird, daß der Verstorbene zu deren Lebensunterhalt mit beitrug. Diese Unterstützung beträgt nach 2 geleisteten Wochenbeiträgen 50 M., steigend mit jedem Jahr um 5 M. bis zur Höchstgrenze von 100 M. nach 15jähriger Mitgliedschaft. — Ferner gelangte eine Resolution zur Annahme, wonach der Centralvorstand berechtigt ist, bei Streiks, welche eine größere Dimension annehmen und die Kasse wesentlich belasten, einen Extrabeitrag von 5 Pf. pro Mitglied und Woche auszuschreiben, bis der Kassenausfall wieder gedeckt ist.

Es werden hierauf die beantragten Statutenänderungen bezw. Ergänzungen beraten, die in der Hauptsache auf den Eintritt, Austritt und Ausschluß von Mitgliedern, auf die Handhabung der Verwaltungsgeschäfte und auf die inneren Einrichtungen der Organisation Bezug haben.

In der Nachmittags-Sitzung erstattet Fladung-Frankfurt a. M. den Bericht von der Kommission, welche über die Agitation und Bezirkskommissionen zu beraten hatte. Der Referent empfiehlt namens der Kommission, den Bezirkskommissionen folgende Aufgaben zuzuweisen: a) Für planmäßige Agitation in den Bezirken und auch in den Orten, wo keine Verwaltungsstellen bestehen, zu sorgen. b) Informationen im Vereins- und Versammlungswesen zu erteilen. Statistisches Material zu sammeln und nutzbringend zu verwenden. c) Berichte an die „Bildhauer-Zeitung" zu geben, um anregend und aufklärend auf die Agitation in andren Orten zu wirken. Konferenzen resp. Wanderversammlungen nach Bedürfnis einzuberufen. e) Bei Lohnbewegungen vermittelnd einzugreifen.

In der Diskussion über das von der Kommission in Vorschlag gebrachte Reglement für die Bezirkskommissionen werden auch die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie das Vorgehen bei Streiks und Sperren und auch die Frage der Tarifverträge besprochen. Die Diskussion über diesen Punkt wird am Donnerstag fortgesetzt werden.

Lokales.

Wie weit das Prügelrecht des Lehrers geht!

Erstreckt sich das dem Lehrer zugestandene Prügelrecht auch auf Kinder, die nicht zu seiner Klasse gehören? Und darf das Prügelrecht angewendet werden auch gegen **Verfehlungen, die weder in der Schule begangen worden sind, noch mit der Schule in irgend welchem Zusammenhang stehen?** Diese oft erörterten Fragen sind kürzlich wieder einmal der **Schuldeputation** durch eine ihr zugegangene Beschwerde über einen prügelnden Lehrer vorgelegt worden. Die Deputation hat den beschwerdeführenden Eltern des geprügelten Schülers einen Bescheid gegeben, der einige Verwunderung zu erregen geeignet ist. Sie hat trotz der **ungewöhnlichen Umstände** des betreffenden Falles die ihr vorgelegten Fragen auch diesmal **bejaht.**

Zwei Jungen, die in der Gotzkowskystraße beide in demselben Hause wohnen und beide die in dieser Straße gelegene 205. Gemeindeschule besuchen, der in der 6. Klasse sitzende Sohn des Molkereibesitzers K. und der in der 3. Klasse sitzende Sohn eines Fuhrwerksbesitzers L., gerieten auf der Treppe des erwähnten Wohnhauses mit einander in Streit. Der kleine K. stieß dem kleinen L. die Mütze vom Kopf, und L. gab dem K. dafür ein paar Ohrfeigen. Der Streit war nicht schlimmer als hundert andre Prügeleien, wie sie zwischen Kindern alle Tage vorkommen, und er wurde auch nach einer Aussprache zwischen den Eltern als in der Hauptsache erledigt angesehen. Hinterher teilte aber der kleine K. die Sache den Lehrer E. mit, der sein Klassenlehrer ist und bei dem er außerdem Privatunterricht hatte. Herr E. wandte sich darauf an den Klassenlehrer des L. und **ließ sich den L. nach der sechsten Klasse schicken.** Hier stellte Lehrer E. den L. wegen des Streites zur Rede, zog ihm — angesichts des K. und der ganzen sechsten Klasse — einige Hiebe über Gesäß und Rücken und entließ ihn mit der Drohung, daß er „das nächste Mal mehr" geben werde.

Ob die Hiebe stärker waren, als ein Lehrer sie austeilen darf, darüber können wir kein Urteil fällen. Der Arzt aber, durch den die Eltern den Jungen haben untersuchen lassen, scheint dieser Ansicht zu sein. Wir können uns hier nur mit der Frage beschäftigen, ob Lehrer E. den L. **überhaupt schlagen durfte,** und die müssen wir **verneinen** — trotz der gegenteiligen Entscheidung der Schuldeputation. Auch die Eltern meinten, daß Lehrer E., der ja weder als Ruhestifter zwischen die Streitenden selbst getreten war, noch überhaupt bei dem Streit zugegen gewesen war, nicht recht daran gethan habe, hier zu prügeln. Sie sagten sich daß ihr Sohn, wenn die Balgerei die Schule wirklich etwas angeht und von der Schule geahndet werden sollte, nach Lage der Sache höchstens durch seinen Klassenlehrer oder durch den Rektor zu bestrafen war. Wäre das geschehen, so würden sie, wiewohl sie auch das für eine übertriebene Strenge gehalten hätten, geschwiegen und sich gefügt haben. Aber in dem Eingreifen des schnell fertigen Lehrers E. sehen sie eine **Anmaßung,** gegen die sie Einspruch erhebe zu müssen glaubten.

Sie wandte sich zunächst an ihres Jungen Klassenlehrer, einen Herrn Kn., denselben als ruhigen Mann zu schätzen wissen. Dieser suchte zu vermitteln und die Eltern zu begütigen. Er bat sie, keine Beschwerde einzureichen, da E. noch nicht fest als Lehrer angestellt sei und große Unbelegenheiten haben könne. Herr Kn. setzte sich darauf mit seinem Kollegen E. in Verbindung, und E. ließ dann den Eheleuten L. sagen, er sei für sie in **seiner Wohnung zu sprechen.** Es muß hier eingeschaltet werden, daß der stolze Herr E. ein junger Mann ist, der noch vor 1—2 Jahren die Schulbank des Seminars gedrückt haben dürfte und erst seit April 1903 im Berliner Gemeinde-Schuldienst als Vertreter beschäftigt wird. Die Eheleute L. hatten keine Lust, diesen Herrn E. ihre Aufwartung zu machen und schließlich wohl gar in wegen seines Mißgriffes um Entschuldigung zu bitten. Sie schrieben eine **Beschwerde** an die Schuldeputation.

Was that nun die **Schuldeputation?** Sie antwortete, E. habe die Züchtigung nach Rücksprache mit dem Klassenlehrer des L. vorgenommen und scheine die Grenze des Züchtigungsrechts nicht überschritten zu haben. Im übrigen sagte sie kein Wort davon, ob nicht Herr E. trotz der Rücksprache mit seinem Kollegen vorschriftswidrig gehandelt hatte, und ob nicht in dem vorliegenden Fall die Bestrafung des L., wenn eine solche durchaus als notwendig angesehen wurde, Sache des Klassenlehrers gewesen wäre. Wegen der Unvollständigkeit des von der Schuldeputation gegebenen Bescheides reichten die Eheleute L. eine zweite Beschwerde ein. Die Antwort lautete, nach der Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts stehe dem Lehrer im allgemeinen das Recht zu, unter Umständen auch einen Schüler seiner Schule zu bestrafen, den er nicht unterrichtet. Ob die „Umstände" des vorliegenden Falles von dieser Art waren, darüber schwieg sich die Deputation wiederum aus, aber sie konnte sich auch diesmal **nicht entschließen, dem Lehrer unrecht zu geben.**

Wir sind der Ansicht, daß die Schuldeputation durch diese Behandlung der bei ihr angebrachten Beschwerden **den Interessen der Schule ebenso wenig gedient hat,** wie der Lehrer E. durch sein vorschnelles Zuhauen. Bildet man sich etwa ein, daß auf solche Weise die **Beziehungen zwischen Schule und Haus** gefördert werden? Die Schuldeputation hätte besser daran gethan, den Standpunkt einzunehmen, daß Lehrer E., trotz der Rechtsprechung des Ober-Verwaltungsgerichts, in dem vorliegenden Fall einen **groben Mißgriff** begangen hat. Wir betrachten hierbei die Sache allerdings nicht vom rechtlichen, sondern vom **erziehlichen** Standpunkt. Selbst ein Prügelfreund wird es kaum für pädagogisch richtig halten können, daß ein Kind aus der eignen Klasse heraus nach einer fremden Klasse geholt wird, um hier von einem fremden Lehrer abgestraft zu werden.

Dem jugendlichen Herrn E. nehmen wir es nicht übel, daß er das **Bedenkliche seiner Handlungsweise** nicht erkannt hat. Wenn aber die Schuldeputation gleichfalls darüber im Unklaren sein sollte, so wäre das sehr zu bedauern. Schlimm genug, daß das Prügelrecht des Lehrers überhaupt besteht! Solange es aber noch besteht, sollte man wenigstens nach erziehlichen und nicht nach formal-juristischen Grundsätzen darüber entscheiden, wie weit der Lehrer im Einzelfall gehen darf.

Das Leichenbegängnis des Genossen Meiling findet am Donnerstagnachmittag **3 Uhr** von dem Hause des Genossen Obst in Schöneberg, Meiningerstraße 8, aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee statt.

Diejenigen Parteigenossen, welche gewillt sind, an dem Leichenzug sich zu beteiligen, werden ersucht, um ½3 Uhr in der Martin Lutherstraße, Ecke Meiningerstraße, Aufstellung zu nehmen.

Der Leichenzug geht durch folgende Straßen: Meininger, Gothaer, Grunewald-, Gleditsch-, Ziethen-, Genthiner Straße, Schöneberger Ufer, Bendler-, Tiergartenstraße, Lenné-, Königgrätzer Straße, Sommerstraße, Reichstags-Ufer, Luisen-, Philippstraße, Oranienburger Thor, Elsasserstraße, Weinbergsweg, Kastanien-Allee, Pappel-Allee.

Die Trauerfeier im Hause des Genossen Obst beginnt um **½3 Uhr.**

Eine Resolution zu Gunsten des Achtuhr-Ladenschlusses wird uns vom Ausschuß hiesiger Verbände zur Herbeiführung eines einheitlichen Achtuhrschlusses zur Veröffentlichung übersandt: „Die am 8. September 1903 in Krebs Hotel, Niederwallstr. 11, zahlreich versammelten Ladeninhaber aller Branchen, die der Nahrungsmittel- und Cigarren-Branche jedoch ausgeschlossen, von Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Rixdorf erklären hiermit einmütig, daß sie die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses gutheißen und darin nur Vorteile für die gesamten Ladeninhaber erblicken können. Es gilt als feststehend, daß durch einen früheren, einheitlichen Achtuhr-Ladenschluß ein Rückgang im Geschäft unmöglich ist, da das Publikum sich selbstverständlich nach der Geschäftszeit richtet. Das Publikum hat sich weder über die Einführung der Sonntagsruhe, noch des Neunuhr-Ladenschlusses beschwert und wird dies auch jetzt nicht bei der Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses thun. Jedermann ist im stande, seinen Bedarf vor 8 Uhr abends zu decken. Der Achtuhr-Ladenschluß setzt die Ladeninhaber in den Stand, sich mehr der Erholung, ihrer Familie und vielen andren sie interessierenden Dingen widmen zu können. Aus all diesen Gründen und feststehenden Thatsachen richten wir an alle Vereinigungen von Ladeninhabern die dringende Bitte, für die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses nach Kräften einzutreten."

Vielleicht kommen die Cigarren- und Nahrungsmittelhändler allmählich auch noch zu der Einsicht, daß sie und ihre Gehilfen an einer früheren Erholungsstunde am Abend nicht zu grunde gehen. Sache der Arbeiterschaft, namentlich der proletarischen Frauen, ist es, den Einkauf möglichst zeitig zu besorgen und so jetzt schon den Ladeninhabern die Zwecklosigkeit des späten Ladenschlusses zu veranschaulichen.

Aus der Baudeputation. In der gestrigen Sitzung der Baudeputation II wurde beschlossen, das vom Professor Vogel-Berlin im Auftrage der Baudeputation geschaffene Modell für einen Kandelaber auf dem Potsdamer Platz der städtischen Kunstdeputation zu überlassen, die das Modell zur Aufstellung von zwei künstlerisch ausgeführten elektrischen Beleuchtungs-Kandelabern vor dem Brandenburger Thore benutzen will. Ferner beschäftigte sich die Deputation mit dem Neubau der Grünstraßen-Brücke. Dem Bau dieser Brücke sind von seiten der Anlieger Schwierigkeiten bereitet worden. Die Anlieger behaupten, daß ihnen Ausladerechte zustehen, die durch den Bau der Brücke geschmälert würden. Damit der Bau nicht noch länger verzögert wird, hat die Bau-Deputation beschlossen, dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung vorzuschlagen, diese Ausladerechte im Wege des Enteignungsverfahrens abzulösen. — Infolge der Regulierung der Potsdamerstraße ist ein Teil des Baumbestandes dort ergänzt worden. Um diesen zu schützen, hat die Deputation beschlossen, den Gemeindebehörden vorzuschlagen, eiserne Rosten, wie sie in der Straße Unter den Linden zum Schutze der Bäume zur Verwendung gekommen sind, anzuschaffen und im Niveau des Bürgersteiges auf gemauerten Kanälen anbringen zu lassen. Im Plenum der Baudeputation wurde die Festsetzung neuer Fluchtlinien für die Neue Friedrichstraße von König- bis Schicklerstraße genehmigt. Das Plenum stimmte außerdem der Errichtung eines Schleiermacher-Denkmals an der Mohrenstraße vor dem Haupteingange der Dreifaltigkeitskirche (am Kaiserhof) zu.

Ueber den gegenwärtigen Stand des Milchkrieges sprach gestern in einer Milchhändler-Versammlung der Vereinsvorsitzende Wiesener. Trotz der hohen Abfindungssummen steige die Zahl der Milchproduzenten, die sich von der Milchcentrale freimachen. Die Milchknappheit der letzten heißen Tage habe dem Milchring wieder einmal Gelegenheit geboten, seinen Sieg in die Welt hinauszupposaunen. Die Neupachtungen zum Oktober hätten sich ohne große Schwierigkeit vollzogen, wer noch keine Milch habe, könne noch immer ringfreie Ware bekommen und brauche sich nicht an die Centrale zu wenden. Verbandssyndikus Dr. Flatau beleuchtete die beiden letzten Rundschreiben der Milchcentrale an ihre Mitglieder. In dem einen Cirkular werde erklärt, daß Vorstand und Ausschuß beschlossen hätten, der nächsten Generalversammlung mindestens 80 M. Abschreibung auf jeden Anteil vorzuschlagen. Da diese Abschreibung für die ausscheidenden, wie für die in der Genossenschaft verbleibenden Genossen gelten müsse, ergebe sich daraus ziffernmäßig für das am 1. Oktober endende Geschäftsjahr eine Unterbilanz von 1 284 000 M., wodurch bereits der vierte Teil der gesamten Haftsumme überschritten sei. Ferner gebe das Rundschreiben offen zu, daß das Quantum der unverpachteten, bei der Milchcentrale angelieferten Milch durchschnittlich 112 000 Liter täglich betragen habe. All diese Angaben erweisen deutlich, daß trotz aller Opfer, die den Genossen der Milchcentrale zugemutet werden, deren Ziel sich als unerreichbar herausgestellt hat.

Die Herausgabe von Warnungs-Plakaten hatte, wie wir seiner Zeit mitteilten, das deutsche National-Komitee zur Bekämpfung des Mädchenhandels beschlossen. Diese Plakate sind jetzt erschienen. In farbenreicher Ausführung zeigen sie die Gestalt eines verschleppten, dem Elende preisgegebenen weinenden Mädchens. Die Plakate werden mit zwei Inschriften und zwar zum Aushang auf den Schiffen und auf den Bahnhöfen hergestellt. Die Inschrift lautet: „Nimm keine Stellung an im Ausland ohne sichere Erkundigung. Wende Dich in Not und Gefahr an den Kapitän dieses Schiffes (an den Vorsteher dieses Bahnhofs bei den Bahnhofs-Plakaten). Die Inschriften werden nicht nur in deutscher, sondern in allen möglichen Landessprachen hergestellt, so daß diese gleichartigen Plakate in der ganzen Welt Verbreitung finden können. Dieselben werden in dem Bureau des Komitees, Schillstr. 12, ausgegeben.

Auf was Berlin stolz sein kann. Vom Kaiser ist an die telegraphische Meldung des Oberbürgermeisters Kirschner von der Taufe des Kreuzers „Berlin" an diesen folgendes Telegramm eingegangen: An den Oberbürgermeister Kirschner, Berlin. Ich danke Ihnen für die Mitteilung von dem Stapellauf des Kreuzers „Berlin". Ich freue mich, daß nunmehr ein Schiff meiner Flotte diesen Namen trägt und hoffe, daß dies ein neues Band zwischen der Reichshauptstadt und meiner Marine bilden wird. Berlin kann stolz sein, daß ein Schiff der kaiserlichen Marine seinen Namen trägt.

Feuer auf dem Anhalter Bahnhof. In der letzten Nacht gegen 1 Uhr kam aus noch nicht ermittelter Ursache auf dem Anhalter Innen-Bahnhof ein gefährlicher Brand zum Ausbruch. Dort brannten Bretterstapel auf einem Lagerplatz. Von der nahen Feuerwache in der Schönebergerstraße war der 9. Löschzug unter Leitung des Brandmeisters Mende schnell zur Stelle, und es gelang durch kräftiges Wassergeben die Gefahr auf den Lagerplatz zu beschränken.

Die Leiche eines jungen Mädchens ist heute vormittag unweit der Charlottenburger Schleuse von Schiffern aus der Spree gelandet worden. Die Tote, deren Persönlichkeit nicht festgestellt werden konnte, ist ungefähr 1,65 Meter groß und von schwächlicher Gestalt. Das Haar ist hellblond. Sie war außer mit einem weißen Hemd, das das Monogramm H. S. aufwies, nur mit einem schwarzen Trauerkleid, weißen Strümpfen und schwarzen Knöpfstiefeln bekleidet. Im Kleide fand sich eine Geldtasche mit 50,40 M. Inhalt. Außerdem trug die Ertrunkene, die etwa acht Tage im Wasser gelegen haben dürfte, goldene Ohrgehänge.

Drei schwere Straßenbahn-Unfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Beim Abspringen von der Vorderplattform des Anhängewagens eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnzuges verunglückte gestern mittag in der Lothringerstraße der Kaufmann Alwin Ernestin. Er fiel so unglücklich zu Boden, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Gegen 3 Uhr nachmittags lief ein etwa 60jähriger Mann, dessen Name bisher noch nicht festgestellt werden konnte, beim Ueberschreiten des Fahrdammes der Waldemarstraße, Ecke der Mariannenstraße, gegen die rechte Seitenwand der Vorderplattform des Straßenbahnwagens Nr. 1385 der Linie 22 und wurde neben den Wagen auf den Fahrdamm geschleudert. Der Verunglückte wurde in besinnungslosem Zustande dem Krankenhaus Bethanien zugeführt. Er hatte außer einer Gehirnerschütterung auch eine schwere Kopfverletzung erlitten. — Ein fast ganz gleichartiger Unfall spielte sich eine Stunde später in der Landsbergerstraße ab. An der Ecke der Gollnowstraße lief der Handlungsreisende August Müller beim Ueberschreiten des Fahrdamms gegen die Ecke der Vorderplattform des Straßenbahnwagens Nr. 1713 der Linie 64 und wurde zur Seite geschleudert. Müller, der einen Schädelbruch erlitten hatte, wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain überführt.

Vor den Augen der Gäste erschoß sich gestern abend der 27 Jahre alte Kurbelstepper Albert Dobbertin aus der Zionskirchstr. 86 in der Gastwirtschaft von Dittschlag in der Münzstr. 14/15. Dobbertin war ein tüchtiger Arbeiter, der viel Geld verdiente, aber dem Trunk ergeben, der ihn krank machte. Da er oft ganze Nächte wegblieb, so war sein Verhältnis zu seiner Mutter, einer Wittwe, bei der er wohnte, wenig erfreulich. Im Juni verließ er einmal seine Mutter und zog zu Dittschlag, nach 8 Tagen aber kehrte er doch wieder zurück. Trotz eines Brustleidens gab er auch in den letzten Tagen das Trinken noch nicht auf. Gestern abend um 8 Uhr suchte Frau Dobbertin ihren Sohn bei Dittschlag auf und bewog ihn, mit ihr zu gehen. Später trennte er sich aber von ihr und kehrte nach der Wirtschaft zurück. Um 9½ Uhr stellte er sich mit den Worten: „Heute ist mein letzter Tag" in der Nähe des Schanktisches auf, zog einen Revolver aus der Tasche und tötete sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe. Der Arzt der nächsten Unfallstation konnte nicht mehr helfen. Als Frau Dobbertin bald darauf noch einmal kam, um ihren Sohn nach Hause zu holen, war er schon tot.

Theater. Im Luisen-Theater geht Donnerstag „Die Jungfrau von Orleans" erstmalig in Scene. Die Hauptrollen befinden sich in den Händen der Damen Staufen, Schulz, Dolski und der Herren Kruszinski, Bartels, Majewski, Hüner und Wald.

Aus den Nachbarorten.

Wilmersdorf. Die Parteigenossen, welche am Begräbnis des Genossen Meiling teilnehmen wollen, treffen sich bis 2 Uhr nachmittags bei Witte, Berlinerstr. 41. Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Der Vorstand.

Eine leuchtende Bekundung des Solidaritätsbewußtseins übten am Sonntag preußische Offiziere in Brandenburg a. H. einem Kellner und einem Wirt gegenüber. Am Sonntag konzertierte dort, der „Potsd. Corr." zufolge, in dem bekannten Restaurant „Ahlerts Berg" die Kapelle des 85. Infanterie-Regiments (Prinz Heinrich von Preußen) und war gerade im besten Zuge, als ein Lieutenant des Regiments erschien und dem Kapellmeister befahl, sofort aufzuhören und mit den Musikern das Lokal zu verlassen, was alsdann auch geschah. Das verblüffte Publikum erfuhr hierauf den Grund dieser eigentümlichen militärischen Maßnahme. Vor dem Manöver hatte ein Offizier des Regiments mit einem Kellner des Lokals einen Streit gehabt, worauf der Wirt von dem Offiziercorps veranlaßt wurde, denselben zu entlassen. Als nun die Fünfundsechzigiger aus dem Manöver zurückkehrten, sahen einige Offiziere den Kellner wieder in dem Lokal und stellten den Wirt darüber zur Rede. Er entschuldigte sich damit, daß er keine andre Aushilfe habe finden können, doch ließen dies die Offiziere nicht gelten, sondern veranlaßten nun die schleunige Abberufung der Regimentskapelle.

Das Vorgehen der Offiziere läßt sich von zwei Seiten aus betrachten. Zunächst vom Standpunkt des „ordnungsliebenden" Unternehmertums aus. Dieses kann nicht anders als die über den Wirt verhängte Maßregel verurteilen. Der Mann ist wahrscheinlich empfindlich geschädigt worden; und wollen seine Berufsgenossen die nötige Konsequenz aus dem Vorfall ziehen und für die Zukunft

ähnlichen Maßnahmen vorbeugen, so müssen sie beschließen, hinfort statt der Militärmusiker nur Civilmusiker zu beschäftigen. Das gebietet, wie gesagt, der Unternehmerstandpunkt, wobei die Frage, ob der geschädigte Wirt die Offiziere auf dem Prozeßwege für den entstandenen Schaden ersatzpflichtig machen kann, als Privatangelegenheit des Mannes vorab außer Betracht bleiben mag.

Anders erscheint das Vorgehen der Offiziere natürlich vom Standpunkte klassenbewußter Arbeiter aus. Diesen ist die Frage, ob die Offiziere das formale Recht für oder gegen sich hatten, verhältnismäßig nebensächlich; sie sehen in dem Vorgehen vielmehr eine leuchtende Bekundung des Solidaritätsbewußtseins. Nun hat das Unternehmertum und innig vereint mit ihm der Staat es den organisierten Arbeitern bisher immer sehr verargt, wenn sie von einem Arbeitgeber verlangten, daß er etwa einen ihrer Mitarbeiter, der sich unangemessen gegen seine Kollegen benommen hatte, entlassen sollte. Das landesübliche Geschelte vom Terrorismus erscholl bei solchen Gelegenheiten in allen Tonarten, und oft genug fanden sich bürgerliche Richter, die derartige Bekundungen des Solidaritäts-Bewußtseins zu Erpressungen und Bedrohungen machten und brave, ehrenhafte Arbeiter unter Anwendung von Gesetzesparagraphen, die sich gegen ehrlose Handlungen richten, zu schweren Gefängnisstrafen verurteilten. Bei der nächsten besten Gelegenheit, wo bürgerliche Richter wieder wegen solcher Handlungen über ehrenhafte Arbeiter abzuurteilen haben, können die Angeklagten auf das Verfahren der Brandenburger Offiziere hinweisen, und bei der Aehnlichkeit der Fälle muß dann selbstverständlich eine glänzende Freisprechung erfolgen. Denn wo würde ein Gericht daran denken, die Offiziere sich vorzunehmen, und wo würden bei der Gleichheit aller Preußen vor dem Gesetz bürgerliche Richter an den Arbeitern nicht billig finden, was den Offizieren recht ist?

Archaistische Kaiserverehrung. Aus Eberswalde wird uns berichtet: In der Schorfheide im Jagen 9 wurde vorigen Freitag durch den Bildhauer Borsdorf ein Stein zum Andenken an die durch Wilhelm II. erfolgte Erlegung des 200. Hirsches aufgestellt. Der Stein hat eine Höhe von 1,50 Meter und wiegt 25 Centner. Eine Seite ist roh, während die eine Seite glatt gemeißelt ist, auf der folgende Inschrift steht:

> Unser durchlauchtigster Markgraff und Herre Kaiser Wilhelm II. faellete allhier am 19. IX. 1902 Allerhöchst seinen 200. edel Hirschen auf der Grimnitzer Heyde.

Die Stadt Eberswalde ist sehr arm; auf der arbeitenden Bevölkerung ruht eine enorme Steuerlast. Hoffentlich ist der Spender, über den nichts verlautet, einer der hiesigen patriotischen, mit 9000 M. jährlich besoldeten Stadträte.

Rixdorf. Von einem umstürzenden Stapel Bretter erschlagen wurde auf dem Holzplatz von Schulz u. Cösternitz, Kottbuser Damm, der zehnjährige Sohn Karl des Zimmermanns Weber aus der Lessingstr. 18. Weber wollte Holz kaufen und hatte sein Söhnchen hierzu mitgenommen. Kaum hatten beide den genannten Holzplatz betreten, als ein Stapel Bretter umfiel und das Kind unter sich begrub, während der Vater unversehrt blieb. Zwar wurde der Knabe noch lebend nach dem Krankenhause am Urban geschafft, doch starb er dort bald nach der Einlieferung infolge der schweren Verletzungen.

Britz. Der Uhrmacher Tietze aus Berlin unterhielt mit der Tochter des in der Bürgerstraße hierselbst wohnhaften Buffetiers Pietsch ein Liebesverhältnis. In letzter Zeit war T. arbeitslos, und um sich Geldmittel zum Ausgehen mit seiner Braut zu verschaffen, ließ T. sich verleiten, seinem zukünftigen Schwiegervater Gold- und Wertsachen zu entwenden. Als diese That entdeckt wurde, brach das Mädchen das Verhältnis mit T. natürlich ab. Am Dienstagabend erschien T. nochmals in der Wohnung des Pietsch und rief seine Braut nach dem Hausflur, wo er das Mädchen zu veranlassen suchte, ihn ein Stück zu begleiten, damit er sich mit ihr aussprechen könne. Das Mädchen ahnte jedoch nichts Gutes, lehnte das Ansinnen ab und ging eiligst nach ihrer Wohnung. Kaum hatte sie die Thür geschlossen, als zwei Schüsse fielen; T. lag schwer verwundet im Hausflur und wurde nach dem Kreis-Krankenhaus gebracht. Wahrscheinlich hatte er erst das Mädchen, dann sich selbst erschießen wollen, denn der Revolver enthielt noch drei Kugeln.

Rummelsburg. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung gab der Vorsitzende bekannt, daß der innerhalb der Ringbahn belegene Ortsteil Boxhagen in den Postbestellbezirk Berlin O 112 aufgenommen werden soll, daß aber von der Postbehörde verlangt wird, der dort belegenen Bahnhofstraße einen andren Namen zu geben, weil in Berlin schon eine Bahnhofstraße vorhanden ist. Aus der Mitte der Vertretung wurde bemerkt, daß die Berliner Bahnhofstraße nur eine ganz unbedeutende Straße im Westen ist, und so soll mit der Postbehörde noch einmal in Verhandlung getreten werden, damit der hiesigen Straße der Name belassen bleibe. Zur Ergänzung der Lustbarkeitssteuer wurde beschlossen, Orchestrions und elektrische Klaviere in Lokalen mit einer Steuer von monatlich 3 M. zu belegen. — Der Vermögensbestand der Gemeinde beträgt nach der letzten Revision 548 568 M. Genosse Ritter wies darauf hin, daß nach der letzten statistischen Aufstellung des kaiserl. Gesundheitsamtes Rummelsburg mit 30 Sterbefällen pro 1000 Einwohner wieder am ungünstigsten steht, und befürwortet: daß bei künftigen Aufstellungen die Sterbefälle in der Gemeinde und den hier befindlichen Anstalten getrennt aufgeführt werden, um ein klares Bild über die Gesundheitsverhältnisse am Orte zu erhalten. Die Vertretung erklärt sich einstimmig mit dem Vorschlage einverstanden. Das Gewerbegericht hat jetzt seine Thätigkeit begonnen; Klagen sind in der Gerichtsschreiberei im hiesigen Rathause anzubringen.

Neu-Weißensee. In der Prozeßsache Mertens kontra Feldmann stand am 22. d. Mts. vor der Strafkammer des Landgerichts I Termin an. Der Termin wurde vertagt, da der Angeklagte den Vorsitzenden und zwei Beisitzer wegen Befangenheit ablehnte. Wie schon berichtet, hatte Mertens in verschiedenen Broschüren die Amtsthätigkeit des Amtsvorstehers verdächtigt, in der letzten wurde auch die Gemeindevertretung in grober Weise beleidigt, worauf diese in geheimer Sitzung beschloß, Strafantrag gegen Mertens zu stellen. Unsre Genossen enthielten sich der Abstimmung, da sie der Meinung waren, daß Herrn M. der Aufenthalt in einer Nervenheilstätte dienlicher ist als im Gefängnis, zumal er wegen desselben Delikts bereits sechs Monate dort zugebracht hat.

Pankow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurden die vorliegenden Verträge betreffend die Druckrohrverlegung in den Schutzstreifen der kgl. Eisenbahn sowohl wie an der Privatbahn Reinickendorf—Liebenwalde—Groß-Schönebeck genehmigt; zurückgestellt wurde dagegen die Genehmigung zum Abschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Reinickendorf wegen Aufnahme der Abwässer derselben in das Kanalisations-Druckrohr der Gemeinde Pankow. Es soll jedem Gemeindeverordneten ein Exemplar des Vertrages zugestellt werden, damit sie sich informieren können. — Gegen die Stimmen unsrer Genossen wurde beschlossen, die Kosten der Kanalisierung der am königlichen Schloßpark belegenen Straße I zu bewilligen. Es handelt sich bei der Anlegung dieses Teiles der Kanalisation darum, daß keine neue Straße angelegt, sondern das Kanalrohr über freies Feld geführt wird, um den Anschluß an eines der Häuser herzustellen, welches der Amtsvorsteher baut und das nicht an die bereits bestehende Kanalisation der Mendelstraße angeschlossen werden kann. — Die von unsrer Seite aufgeworfene Frage, ob durch das Verschulden eines Gemeindesekretärs in den Steuerjahren 1901—1902 rund 15 500 M. von seiten der Gemeinde an den Kreis Nieder-Barnim zu viel abgeführt sind und ob der Kreis die Rückerstattung rundweg abgelehnt hat, wurde zwar bejaht, im Interesse der Sache selbst aber wurde beschlossen, der Rechnungskommission die Angelegenheit zur Untersuchung und Berichterstattung zu überweisen.

Gerichts-Zeitung.

Die „Dresdener Rundschau" und die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen. Zu der empfindlichen Strafe von sechs Monaten Gefängnis ist am 27. Februar vom Landgericht Dresden der Redakteur der „Dresdener Rundschau", Adolf Götz, verurteilt worden, weil er in einem am 3. Januar d. J. veröffentlichten Artikel zu Gunsten der ehemaligen Kronprinzessin von Sachsen die Polizeidirektion Dresden und deren Beamte angeblich beleidigt hat.

Die gegen das Urteil eingelegte Revision ist gestern vom Reichsgericht verworfen worden.

Das Witzblatt „Satyr" und die lex Heinze. Das Landgericht I in Berlin hat am 6. März den Redakteur des „Satyr", Eduard Rentzel, der schon zweimal wegen Vergehens gegen § 184, 1 Str.-G.-B. verurteilt worden ist, von der gleichen Anklage freigesprochen. Das Urteil sagt u. a.: In der inkriminierten Nummer fehlt es neben Harmlosigkeiten nicht an Anzüglichkeiten und Darstellungen nackter Personen. Eine Annonce erweckt den Verdacht, daß es sich um Gegenstände zum unzüchtigen Gebrauch handelt. Die vorhandenen Beziehungen auf das Geschlechtsleben und die Bilder sind aber so flüchtig, daß der Eindruck der Harmlosigkeit überwiegt. Deshalb wurde eine strafbare Handlung nicht angenommen. — Die Revision des Staatsanwalts wurde vom Reichsanwalt vertreten. Er rügte, daß die Bilder und Texte im Urteil gar nicht beschrieben seien. Wenn die geschlechtlichen Beziehungen vom Leser doch wahrgenommen wurden, so hätten sie doch bestanden. Das Landgericht habe offenbar den Begriff des Unzüchtigen verkannt. — Das Reichsgericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht Neu-Ruppin.

In der Mausefalle befanden sich in einer Augustnacht drei „schwere Jungen", die gestern in den Personen des aus Oestreich stammenden angeblichen Hausdieners Richard v. Hagen, des Formers Paul Thiele und des Anstreichers Friedrich Priebe vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I standen. In dem Hause Friedrichstraße 74 befindet sich die Liebmann-Katzenteinsche Gravieranstalt. Dort wurde eines Nachts ein Einbruch in der Art verübt, daß die Diebe die Thür zu dem unter dem Comptoir belegenen Keller erbrachen und von dort mittels der nach dem Comptoir führenden Wendeltreppe dorthin gelangten. Nach dem Diebstahl hatten die Geschäftsinhaber die Wendeltreppe beseitigen und die vom Comptoir nach der Treppe führende Oeffnung vermauern lassen, so daß kein Zugang mehr vom Keller zum Comptoir war. Von dieser Veränderung wußte Hagen nichts, als er in der Augustnacht die beiden Mitangeklagten auf dem Dönhoffplatz überredete, mit ihm „ein Ding zu drehen". Er fand williges Gehör und alle drei begaben sich, mit Dietrichen, Stemmeisen, Spitzbohrern 2c. wohl ausgerüstet, nach der Friedrichstr. 74. Mühsam gelang es, die Hausthür zu öffnen, schließlich hatten sie auch die Kellerthür geöffnet, schlichen dort hinein und sahen zu ihrer Ueberraschung, daß sie von dort aus nicht in die Comptoirräume gelangen konnten. Ehe sie sich noch zurückziehen oder weiteres überlegen konnten, drangen plötzlich Kriminalbeamte in den Keller und nahmen die Einbrecher fest. Zu deren Pech hatte ein Hausbewohner just in jener Nacht nicht schlafen können; er hatte verdächtiges Probieren an dem Hausthürschloß gehört und hatte sich ganz leise aus dem Hause geschlichen, um die Polizei herbeizuholen, deren Vertreter dann ebenso leise und geräuschlos ins Haus gedrungen waren. Die Angeklagten legten sich gar nicht erst aufs Leugnen, sondern gaben unumwunden die Absicht zu, durch den Keller ins Comptoir zu dringen und dort zu stehlen. Zweifellos war von Hagen, über dessen Persönlichkeit noch ein mystisches Dunkel schwebt, schon bei dem ersten Diebstahl beteiligt und kannte dadurch die Situation, es war ihm dies aber nicht nachzuweisen; ebenso mußte man ihm glauben, daß er noch unbestraft sei. Der Staatsanwalt war sehr milde gestimmt, denn er beantragte gegen Hagen nur zwei, gegen die beiden andren Angeklagten nur je 6 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof ging über diese Anträge weit hinaus und verurteilte v. Hagen zu 9 Monaten, Thiele und Priebe zu je 1½ Jahren Gefängnis unter Anrechnung von je 1 Monat Untersuchungshaft.

Die Verhandlung gegen den Staatsanwaltschafts-Sekretär Hermann Baganz und Genossen wird nunmehr am nächsten Sonnabend vor der II. Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichts-Direktors Opitz vor sich gehen und den ganzen Sitzungstag ausfüllen. Da der Termin in dem gewöhnlichen Sitzungszimmer der II. Strafkammer stattfinden wird, so wird die Oeffentlichkeit nur eine sehr beschränkte sein können und Bewerbungen um Zutritt zum Zuhörerraum sind völlig aussichtslos. Die Verhandlung dürfte in dem Hauptangeklagten das Bild eines pflichtvergessenen Beamten zeichnen, wie es glücklicherweise im preußischen Beamtentum nur sehr selten zu finden sein dürfte. Baganz, der über seine Verhältnisse hinaus lebte und dann durch Rennwetten aus seinen Schulden herauskommen zu können vermeinte, hat sich dann dazu verstanden, Interessenten von Strafsachen gegen klingende Münze Auskünfte aus den Akten der Staatsanwaltschaft über den jeweiligen Stand der betreffenden Angelegenheiten, über die Aussagen vernommener Zeugen 2c. zu geben. Er ist geständig und wird vom Rechtsanwalt Dr. Rosenstock verteidigt werden. Der § 332 droht für das dem Angeklagten zur Last fallende Amtsverbrechen Zuchthausstrafe bis zu 5 Jahren an, falls nicht mildernde Umstände bewilligt werden. Unter der Anklage der Beihilfe steht seine vom Rechtsanwalt Dr. Löwenstein verteidigte Ehefrau. Wegen Anstiftung bezw. Beihilfe hat sich der Administrator Wilhelm Hörmann (Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Werthauer) zu verantworten. Er soll die Bekanntschaft des Baganz mit den ehemaligen Direktoren der Preußenbank, Eduard Sanden und Paul Puchmüller, die jetzt ebenfalls angeklagt sind und sich wegen Beamtenbestechung zu verantworten haben, vermittelt und Baganz eigentlich erst zu seinen Amtsverbrechen angestiftet haben. Sanden und Puchmüller, die vor ihrer seiner Zeit im Preußenbank-Prozeß erfolgten Verhaftung von Baganz wiederholt sekrete Auskünfte gegen Entgelt erhalten haben sollen, werden vom Rechtsanwalt Bollert verteidigt. — Ein weiterer Angeklagter ist der Juwelier Adolf Aufrecht (Verteidiger: Justizrat Rosenbaum und Rechtsanwalt Leonhard Friedmann), der früher einmal in ein Strafverfahren wegen Wuchers verwickelt war, welches mit Einstellung endete. Auch er soll die Dienste des Baganz gegen Entgelt benutzt haben. Die interessantesten beiden Angeklagten werden aber der Justizrat Hermann Rätzell und der Direktor Emil Polzin sein. Justizrat Rätzell ist durch Erbschaft Millionär geworden, er hat seine Praxis aufgegeben und lebt auf seinem Rittergute im Kreise Schwerin a./W. Direktor Polzin ist jetzt Besitzer des Bades Liebenstein. Zwischen beiden herrschte lange Zeit Freundschaft, die aber in die bitterste Feindschaft umgeschlagen ist. Den Grund hierzu bildete der Verdacht des Herrn Polzin, daß Justizrat Rätzell unerlaubte Beziehungen zu (des ersteren) jetzt von ihm geschiedenen Ehefrau unterhielt. Diese Beziehungen wurden bestritten, und es entwickelte sich ein hartnäckiger Ehescheidungskampf, bei welchem Justizrat Rätzell die Ehescheidungsklage der Frau Polzin dirigiert haben soll. In diesem Ehekriege spielte der Kaufmann Emil Courths, der gleichfalls in diesem Prozeß Baganz angeklagt werden sollte, sich aber unter der Wucht seines bösen Gewissens im Untersuchungsgefängnis erhängt hat, eine sehr schlimme und dem Angeklagten Baganz verhängnisvoll gewordene Rolle. Er war ursprünglich auf der Seite des Herrn Polzin, und durch ihn war Justizrat Rätzell verdächtigt worden. Schließlich warf er sich auf die Seite des letzteren, er soll den Baganz veranlaßt haben, dem reichen Rittergutsbesitzer pflichtwidrige Dienste zu leisten, und ging selbst mit Strafanzeigen gegen Herrn Polzin vor. Man wird sich erinnern, daß dieser vor mehreren Monaten unter der Anklage des Wuchers auf der Anklagebank saß, von diesem Vorwurfe aber so glänzend gereinigt wurde, daß durch Urteil nicht nur seine Freisprechung erfolgte, sondern auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last gelegt wurden. In diesem wütenden Kampfe zwischen Rätzell und Polzin, in welchem Courths eine recht böse Rolle spielte, fehlte es auch nicht an Meineid und andren Denunziationen. Bei dem gegen ihn eingeleiteten Gewesenen Wucherprozeß soll dann auch Polzin mit Baganz in Berührung gekommen sein und von diesem allerlei Auskünfte gegen Entgelt erhalten haben. Der Angeklagte Rätzell wird vom Rechtsanwalt Dr. Straßmann und Justizrat Dr. Sello verteidigt werden. — Da nur eine geringe Zahl von Zeugen zu vernehmen ist, hofft man, daß die Verhandlung an einem Tage zu beendigen sein wird. Die Anklage wird vom Staatsanwalt Braut vertreten werden. —

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am Montag in den Arminhallen eine außerordentlich gut besuchte Versammlung ab. Dr. Alberty-Charlottenburg referierte über das Thema: „Die Kunst dem Volke". Von der Frage ausgehend, ob die Kunst Allgemeingut der Menschen oder nur Besitztum Einzelner, besonders geistig Hochstehender sei, erläuterte der Redner das Wesen der Kunst und ihre Entstehung. Er wies nach, wie schon bei dem auf niedrigster Kulturstufe stehenden Höhlenbewohner die Keime künstlerischen Genießens und Schaffens zu finden seien. Wenn dem aber so ist, wie ist denn die bei breiten Massen zu findende Gleichgültigkeit gegenüber der Kunst zu erklären? Der Grund liegt in den heutigen socialen Zuständen, in dem Bestreben der herrschenden Klasse, welche die Kunst stets in den Dienst ihrer Interessen gestellt und zu allen Zeiten versucht haben, die Leiden des Proletariats aus dem künstlerischen Darstellungsbereich fernzuhalten und eben, dem vierten Stande den Zugang zum Tempel der Kunst zu sperren. Trotzdem haben es sich die großen Künstler aller Zeiten nicht nehmen lassen, „Spiegel und Chronik" ihrer Zeit zu sein. Redner gab dann einen gedrängten Ueberblick über die sociale Kunst seit ihrem Aufkommen nach der Juli-Revolution bis zur Gegenwart. Die Kunst braucht also, soll sie nicht lebensvolle Ideale verlieren, das Proletariat. Aber das Proletariat braucht auch die Kunst, die gerade in unsrer Zeit berufen ist, mit der Wissenschaft im Bunde einen Ersatz für die mehr und mehr an Boden verlierende Religion zu bilden. Wenn auch im Rahmen des heutigen Staates, bei der ungenügenden Schulbildung und der überlangen Arbeitszeit alle Bestrebungen, die auf Verbreitung der Kunst hinzielen, nur Stückwerk sein können, so dürfen wir doch auch hier nicht erlahmen. Die Frage des Verhältnisses von Kunst und Proletariat ist, so schloß der Redner, nur ein Teil der socialen Frage, die unsrer Zeit das Gepräge gibt. Wer aber an ihr mitarbeitet, der wirkt an dem hohen Ziele all unsrer Gegenwartsarbeit mit, der Befreiung der Arbeiterklasse aus leiblicher und geistiger Knechtschaft. Der Vortrag fand allseiten Beifall. Der nächste Vereinsabend ist am 5. Oktober. Es spricht Herr Käming über die Notwendigkeit des gesetzlichen Heimarbeiterschutzes.

Rixdorf. In der Versammlung des Vereins gewerblich thätiger Frauen und Mädchen Rixdorfs, welche am Dienstag bei Thiel, Bergstr. 151/152 tagte, sprach Herr Dr. Blum über: „Wie beugen wir den Gewerbekrankheiten vor?" Dem mit Interesse aufgenommenen Vortrage schloß sich eine rege Diskussion an. Fern wurde auf Antrag beschlossen, den streikenden Webern in Crimmitschau 20 M. aus der Vereinskasse zu übersenden.

Um Unregelmäßigkeiten zu vermeiden, werden die Mitglieder, die verzogen sind, gebeten, ihre Adressen beim Vorstand abzugeben.

Auf Vorschlag veranstaltet der Verein Sonntag, den 4. Oktober, ein gemütliches Beisammensein im Lokale des Herrn Thiel, Bergstraße 151/152. Einlaßkarten hierzu sind beim Vorstand zu haben. Gäste können durch Mitglieder bei freiem Entree eingeführt werden. Anfang des Vergnügens 5 Uhr. Recht zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Eine öffentliche Versammlung der Zuschneider für Herren- und Damengarderobe findet am Montag, den 28. d. Mts., in der Beuthstraße 20 I statt. Es soll protestiert werden gegen die von den Großkonfektionären beim Handelsminister eingereichte Petition, welche eine Beschränkung der Sonntagsruhe der Zuschneider verlangt.

Centralverband der Konditoren und verwandter Berufe. Oeffentliche Versammlung Donnerstag, den 24. d. Mts., abends 8½ Uhr, in der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57. Auf der Tagesordnung steht unsre Lohnbewegung.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands, Zweigverein Rixdorf. Donnerstag, den 24. September, abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinerstr. 14, Versammlung.

Vermischtes.

Beraubung eines Geldbriefträgers in Budapest. Der Geldbriefträger Stephan Boda wurde heute vormittag im Hause Josephsring Nr. 44, wo er eine Geldsendung abliefern sollte, auf der Treppe von einem unbekannten Manne mit einem Beile niedergeschlagen und seiner Geldtasche mit 4000 Kronen Inhalt beraubt. Der Attentäter entkam, der Briefträger ist tödlich verletzt.

Niedergebrannter Dampfer. Der Dampfer „David Weston" mit 200 Passagieren an Bord ist auf dem St. John-Fluß niedergebrannt. Das Schiff konnte noch rechtzeitig auflaufen, während die Fahrgäste in furchtbarer Angst dem Flammentode entgegensahen. Fast alle konnten gerettet werden. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind drei Personen ertrunken und mehrere werden vermißt.

Erdstöße. Madrid, 23. September. Von den Canarischen Inseln wird gemeldet, daß gestern dort zwei Erdstöße verspürt wurden. Mehrere Häuser bekamen Sprünge und Risse.

Marktpreise von Berlin am 22. September 1903
nach Ermittelungen des kgl. Polizeipräsidiums.

*Weizen, gut	D.-Ctr.	15,70	15,68	Kartoffeln, neue	D.-Ctr.	7,00	4,00
„ mittel	„	15,66	15,64	Rindfleisch, Keul-	1 kg	1,80	1,20
„ gering	„	15,62	15,50	do. Bauch	„	1,50	1,10
*Roggen, gut	„	12,85	12,82	Schweinefleisch	„	1,60	1,20
„ mittel	„	12,79	12,76	Kalbfleisch	„	1,80	1,20
„ gering	„	12,73	12,70	Hammelfleisch	„	1,80	1,20
†Gerste, gut	„	14,50	13,50	Butter	„	2,60	2,00
„ mittel	„	13,40	12,40	Eier	60 Stück	4,50	2,60
„ gering	„	12,30	11,30	Karpfen	1 kg	2,40	1,20
†Hafer, gut	„	16,00	14,90	Aale	„	2,60	1,50
„ mittel	„	14,80	13,80	Zander	„	3,00	1,20
„ gering	„	13,60	12,70	Hechte	„	2,40	1,20
Richtstroh	„	4,—	3,66	Barsche	„	1,80	0,80
Heu	„	6,60	4,50	Schleie	„	3,00	1,40
Erbsen	„	40,00	25,00	Bleie	„	1,40	0,80
Speisebohnen	„	50,00	25,00	Krebse	per Schock	18,00	3,00
Linsen	„	60,00	20,00				

* ab Bahn.
† frei Wagen und ab Bahn.

Witterungsübersicht vom 23. September 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5 C. = 4° R.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C. 5 C. = 4° R.
Swinemde.	774	NO	1	Dunst	11	Haparanda	765	St	4	wolkig	9
Hamburg	773	OSO	2	wolkenl	10	Petersburg	769	St	1	wolkig	7
Berlin	773	SO	1	wolkenl	10	Cork	762	SO	5	bedeckt	14
Frankf. a. M.	771	O	2	heiter	11	Aberdeen	—	—	—	—	—
München	772	SO	1	wolkig	7	Paris	769	SW	—	Nebel	16
Wien	773	Still	—	wolkenl	8						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 24. September 1903.

Zeitweise nebelig, sonst meist heiter, trocken und mild bei schwachen östlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

H. JOSEPH & Co.

Berlinerstr. 55. Ecke Jägerstrasse. **Rixdorf.** Berlinerstr. 55. Ecke Jägerstrasse.

Eröffnung unseres neu errichteten Warenhauses

findet

heute Donnerstag, den 24. d. M., nachm. 5 Uhr statt.

Jeder Käufer erhält ein praktisches, schönes Geschenk.

Trotz der enorm billigen Preise der neu hinzugenommenen Artikel, gewähren wir ebenfalls **Rabatt-Spar-Marken.**

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132/135 (Versand-Abteilung). — Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. — Oranienstr. 52/55

Extra-Preise *Donnerstag, Freitag, Sonnabend*

soweit der Vorrat reicht:

Porzellan

bunt

Kaffeetöpfe	8 Pf.
Milchtöpfe	8 u. 15 Pf.
Kompottschalen	6 u. 8 Pf.
Teekannen	15 Pf.
Gewürztonnen blaues Muster	10 Pf.
Obertassen	6 Pf.
Tassen dünnes Porzellan fein dekoriert	25 Pf.

Kaffeeservices
9 teilig 1.85, 2.50

Tafelservices
30 teilig für 6 Personen 13 Mk., 14.50

Tafelservices
60 teilig für 12 Personen 24 Mk., 28 Mk.

weiss

	flach	tief
Speiseteller	10 Pf.	15 Pf.
Dessertteller		8 Pf.
Kompottteller		5 Pf.
Terrinen	90 Pf.	u. 1.20
Kartoffelschüss. mit Deck.		65 Pf.
Saucièren		38 Pf.
Bratenplatten oval	45 u. 65 Pf.,	rund 35 Pf.
Salatièren	20, 28, 38 Pf.	
Kompottschalen		4 Pf.
Kuchenteller		10 Pf.
Kaffeekannen		38 Pf.
Zuckerdosen		8 Pf.
Menagen für Pfeffer, Salz, Senf		10 Pf.
Tabletts gross		60 Pf.
Sparbüchsen		9 Pf.

Glas

Selterbecher farbig	5 Pf.
Bierseidel 1/4 Liter	15 Pf.
Likörbecher farbig	4 Pf.
Wassergläser geschliff.	14 Pf.
Wassergläser gepresst	5 Pf.
Kompottteller gepresst	5 Pf.

Ein grosser Posten

Geschliff. Artikel

Tafelaufsätze reich geschliffen	2.90 bis 4.50
Fruchtschalen	95 Pf., 2.20, 2.75, 3.25
Weinflaschen	48 bis 1.20
Käseglocken	80 Pf. bis 1.15
Kompottteller reich geschliffen	25, 33 Pf.

Emaille

Kasserollen ohne Ring 5 Gröss.	22 bis 45 Pf.
für Petrol.-koch., 4 Gr.	35 bis 65,
mit Ring 6 Gröss.	25 bis 75 Pf.
Fleischtöpfe 5 Gröss.	32 bis 65 Pf.
Kochtöpfe für Gaskocher, hohe, 7 Gröss.	60 Pf. bis 1.75
" für Gaskocher, niedrig. Form, 7 Gröss.	50 Pf. bis 1.60
Wasserkessel 4 Gröss.	80 Pf. bis 1.50
Pfannen rund 8 Gröss.	15 bis 55 Pf.
Setzeierpfannen	55 Pf. bis 1 Mk.
Maschinentöpfe 11 Gr.	13 bis 40 Pf.
Eimer ca. 28 Durchmess. grau	70,
hellblau	80 Pf.
Ovale Wannen 6 Gröss.	1.10 bis 2.80
Essnäpfe 7 Gröss.	13 bis 40 Pf.
Tiefe Schüsseln 11 Gr.	28 Pf. bis 1 Mk.
Flache Schüsseln 13 Gr.	15 bis 75 Pf.
Schüsseln mit Seifnapf	35 u. 40 Pf.
Teigschüsseln 4 Gröss.	1 Mk. bis 1.50
Wasserkrüge gerade 5 Gröss.	75 Pf. bis 1.60
Kaffeekannen 5 Gröss.	40 bis 90 Pf.
Kaffeebretter 4 Gröss.	40 bis 70 Pf.
Marktkörbe	2.25, dekoriert 2.50 Mk.
Waschschüsseln	1.25 u. 1.50 Mk.
Wasserkannen	1 Mk. u. 1.50 Mk

Waschgarnituren 1.40, 2 Mk., 2.75, 3.60, englisch Fabrikat 8 u. 9 Mk.

	für 6 Personen	60 teil. f. 12 Pers.	80 teil. f. 12 Pers.
Engl. Fayence-Tafelservices	20 Mk.,	37 Mk.,	44 Mk.

In der Lebensmittel-Abteilung:

Gänse Pfd. 57 Pf.

Italien. Weintrauben Kiste ca. 8 Pfd. 1.45 Mk.

Socialdemokrat. Wahlverein des 6. Berliner Reichstagswahlkreises
(Schönhauser Vorstadt.)

Sonnabend, den 26. September, in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11:

Herbst=Fest.

Volkstümlicher Kunst=Abend.

Vortrag des Genossen Dr. Alberty: „Kunst und Proletariat".

Künstler-Vorträge erstklassiger Kräfte. — Musik. Gesang. Recitation.

Nach den Vorträgen **Tanz.** Teilnehmende Herren zahlen 50 Pfennig nach.

Während der künstlerischen Vorträge ist das Rauchen sowie das Herumreichen von Getränken nicht gestattet.

Am Eingang des Lokals findet kein Billet-Verkauf statt. 249/6

Eröffnung 8 Uhr. Billet 30 Pfennig. Anfang Punkt 9 Uhr.

Brauerei Karl Gregory Aktien-Gesellschaft
Berlin N.

empfiehlt ihre vorzüglichen Biere aus bestem Malz und Hopfen hergestellt, als:

Lager-Bier (goldgelb)

Pilsener Bier (Specialität)

Hofbräu (nach Münchener Art)

in Gebinden und Flaschen. 2514L*

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger Strasse 5

empfiehlt Einrichtungen in Nußbaum und Mahagoni von 240 bis 5000 Mark zu äußerst billigen Preisen.

Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. **Coulanteste Bedingungen.** 23242*

Tabakarbeiter-Genossenschaft Hamburg.
E. G. m. H. 26902*

Unser Fabriklager befindet sich vom 20. d. Mts. ab **Köpnickerstr. 20a** parterre.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Specialarzt für **Haut- und Harnleiden.** 10—2, 5—7. Sonntags 10—12 2—4. [23/20*

Dr. Schünemann Specialarzt für **Haut-, Harn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.** ½12—½3, ½6—½8, Sonnt. 9-11.

Dr. C. Jacoby, Blumenstraße 69, wohnt jetzt **Alexanderstrasse 31.** 26/2

Das Urteil
in Sachen

JAEKEL's Patent-Bett-Sofa „Unicum"

von einem Arzte.

„Ich habe Ihnen meine ehrliche Hochachtung über diese technisch vollkommene und praktische Leistung auszusprechen.

Ich gestehe, dass ich anfangs Bedenken hatte, weil über ähnliche Produkte mir schon öfters „geteilte Urteile" zu Ohren gekommen waren, aber der Ruf Ihrer Firma einerseits, wie die Notlage, im Wartezimmer der Anstalt Raum zu sparen, liessen mich das Vorurteil überwinden. Und ich habe es nicht zu bereuen, dass ich mich zur Anschaffung entschloss. Das Schlafsofa ist von einer Vollkommenheit, die mir unübertrefflich scheint. Dabei schön, wirklich schön und allen praktischen Anforderungen entsprechend. Halt, doch eine Klage habe ich, meine Herren der Nachtwache, wofür das Unicum angeschafft wurde, schlafen fast zu fest darauf. Kurz, das Möbel ist unübertrefflich, und haben Sie dafür besonderen Dank. etc.

Dr. OTTO EMMERICH,
Besitzer einer Heilanstalt, Baden-Baden.

R. JAEKEL's Patent-Möbel-Fabriken

Berlin, Markgrafenstrasse 20, **München,** Blumenstrasse 49,

versenden Preislisten (Abt. I) gratis und franco.

Steppdecken
2505L*

Gelegenheitskauf!

Wollatlas, alle Farben 4,65

Similiseide, alle Farben 5,25

Normal-Schlafdecken 2,00, 3,00 M.

Special-Haus **Emil Lefèvre,**

Berlin S., Oranienstrasse 158.

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr
bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger. **Grosse Auswahl in Uhren u. Goldwaren zu billigsten Preisen. Goldene Damen-Remontoir,** 10 Steine, v. 18,—, **Goldene Herren-Doppelkapsel-Remontoir v. 50,—, Silberne Remontoir v. 9,—, Regulateure, Freischwinger, Wecker- u. Wanduhren. Goldene Herren- u. Damen-Ketten, Ringe, Schmucksachen in modernsten Façons für jeden Geschmack.** Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3 Jahre Garantie. 2657L*

Karl Lux, Uhrmacher, **Chausseestr. 34.**

Matratze, untere Ansicht, besser wie Stahldrahtmatratzen: 27,00.
Paul Müller, Berlin O., Schillerstraße 15.
Zweiggeschäft: Nowawes, Priesterstr. 2.

Neu! Praktisch!
Wichtig für jeden Haushalt! **Müllers Polsterwaren ohne Gurte, vollständig staubfrei, können nicht stecken, erübrigen das teure Aufpolstern. Niemand** sollte versäumen, sich von der **Zweckmässigkeit, Reinlichkeit, Dauerhaftigkeit** und **Billigkeit** zu überzeugen. **Volle Garantie. Besichtigung ohne Kaufzwang.** 26272*

Mühlhäuser Kautabak
von **Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhausen i. Th. nur echt,** wenn die Röllchen den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefäll. genau zu achten bitten.

Fabrik von Hugo Carl Hagenbruch i. Mühlhausen in Thüringen.

Vertreter für Berlin und Umgegend: August Kleinert, Berlin SW., Großbeerenstraße 39. 25242*

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 69, bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Restauration verkäuflich wegen Uebernahme Schlächterei, Görlitzer Ufer 35. 1856b

Klempnerei, seit 17 Jahren bestehend, zu verkaufen Wichmannstraße 16. 1838b

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Hochfeine Herrenanzüge und Paletots aus besten Maßstoffen 25—40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1842K*

Krawattenstoffe, große Auswahl, Wallnertheaterstraße 30. 1467b*

Anzugreste 8,00, Hosenreste 3,00. Resterhandlung Lichtenbergerstraße 9.

Achtung! Handwerkern, Arbeitern empfehle noch zu alten billigen Preisen trotz enormer Wollsteigerung meine Kammgarn-Sweater, plattiert Kammgarn à 3,25 und 3,50, reinwollener Kammgarn à 4,80 und 5,30., doppelstarke reinwollene Kammgarne 5,80 bis 6,30. Theodor Fricke, 1. Geschäft Oranienstraße 174, 2. Geschäft Oranienstraße 198. 1852K*

Steppdecken, spottbillig. Fabrik Weinstraße 20. †98*

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 98/2*

Betten, Steppdecken, Wäsche, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6.

Remontoiruhren, Ketten, Regulatoren, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. 22/15*

Gardinen, Stores, Kleidungsstücke, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6. 22/15*

Möbelsuchenden, Brautleuten empfehle meine Möbeltischlerei für gediegene Wohnungs-Einrichtungen, reelle Arbeit, bekannt billig, weitgehende Garantie. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124. 1816K*

Möbelmagazin Meyer, Invalidenstraße 38, liefert Möbel, Teppiche, Gardinen. Große Auswahl. Billigste Preise. Beste Ausführung. Teilzahlung gestattet. 1837K*

Nähmaschinen! Ringschiff, Adler, Central-Bobbin, Orion, Tambourier-Wheeler u. Wilson, Elastic, Säulen, u. a. m. Prima Qualität, solide und elegante Ausstattung, Preise billigst, bei Abzahlung coulanteste Bedingungen. Drei Jahre reelle Garantie. E. Bellmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landsbergerstraße. Alte Maschinen nehme in Zahlung. 1725K*

Herrenanzüge, Paletots, wenig getragene Monatsgarderobe, große Auswahl, auch zurückgesetzte neue kauft man am billigsten direkt nur beim Schneidermeister Fürstenzelt, Rosenthalerstraße 15, III. 96/26*

Möbelverkauf, passendste Gelegenheit für Brautleute. Die Möbelfabrik Schützenstraße 2, Ecke Friedrichstraße, liefert komplette Wohnungs-Einrichtungen zu 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante Einrichtungen bis zu 10 000 Mark und darüber. Teilzahlung bei geringen Anzahlungen gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Staunend billig und empfehlenswert sind die kurze Zeit verliehen gewesenen Möbel, zumal dieselben wie neu sind, um damit zu räumen. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffette, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, englische Schlafzimmer, Speisezimmer in Eichen, auch Nußbaum, Salons, Altmahagoni, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert, auch nach außerhalb. Musterbuch gratis. Bitte genau auf Hausnummer 2 zu achten. 1865K*

Möbelverkauf. In meiner Möbel-Fabrik, Gneisenaustraße 15, am Halleschen Thor, stehen viele Wohnungs-Einrichtungen, verliehen gewesene und neue Ausstattungen zum sehr billigen Verkauf. Teilzahlung bei ganz geringer Anzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Durch große Gelegenheitskäufe zu billigen Preisen liefere ich gediegene Einrichtungen für 150, 200, 300, 400 Mark, hochelegante von 500 bis 10 000 Mark. Ganz besonders empfehlenswert ist der große Vorrat verliehen gewesener und zurückgesetzter Möbel, die noch fast neu und im Preise bedeutend herabgesetzt sind. Kleiderspind 24, Kommode 18, Sofa mit Auszug 30, Bettstelle mit Matratze 20, Muschelspinde, Vertikos 36, Salongarnitur, Plüschgarnituren 105, Muschelbettstellen mit Matratzen 40, geschnitzte Büffetts, Bücherspinde, Paneelsofas mit Satteltaschen 85, Schreibtisch 40, Chaiselongue, Englische Schlafzimmer, Speisezimmer, Salons, auch Jugendstil, sehr billig. Gekaufte Möbel werden drei Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigne Gespanne geliefert. Musterbuch gratis.

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Milchgeschäfts-Einrichtungen, Kübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst Jordan, Kleine Markusstraße 28, I. 1827K*

Fahrräder, Teilzahlungen, 125 Mark, Invalidenstraße 148, Stallschreiberstraße 40. 1850K*

Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, Postkarte genügt. †129*

Möbel, Spiegel, Bilder, spottbillig Leihhaus, Neanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 22/15*

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Köpnickerstraße 60/61, Prenzlauerstraße 59/60 und Große Frankfurterstraße 43. †98*

Teppiche, Portieren, Tischdecken, spottbillig Leihhaus Neanderstraße 6.

Nähmaschinen sämtlicher Systeme, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Frankfurter Allee 10, am Ringbahnhof. SO. Wienerstraße 6. SW. Belleallianceſtraße 78. N. Ackerstraße 113. †123*

Malzkraftbier, blutbildend, für Blutarme, Brustkranke, Schwächliche, Gewichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überraschend, 14 Flaschen 3 Mark, 1/16 Tonne 3,50 exklusive. Nicht Flaschenzahl, Qualität entscheidet. Porter-Kellerei Ringler, Bernauerstraße 119. 95/19*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Gänse umsonst! sind nicht zu haben, aber für den billigen Preis von Mark 2,00 an, frisch geschlachtet, auf dem Central-Viehhof, Eldenaerstraße, gegenüber Feldrestaurant Cibulski. — Bettfedern-Verkauf. Höft. 26/15*

Halbrenner, moderner, eleganter Bau, sehr leichtlaufend, komplett, sofort für 45,00 verkäuflich Große Frankfurterstraße 14, im Keller. †54*

Betten, umständehalber 18,00, Langestraße 53, IV. 1910b*

Kanarienroller 4,00, Vorschläger 8,00, Neanderstraße 7. 26/14

Zwei Mark vierteldutzend Damenhemden, Herrenhemden 3,20, Barchendhemden, Normalwäsche, Ausstattungen sowie eleganteste Reisemuster spottbillig. Wäschefabrik Salomonsky, Dirksenstraße 21 (Alexanderplatz).

Paneelsofa, Kleiderspind, Vertiko billig, Brunnenstraße 45, zweiter Hof l.

Paneelsofa, Salongarnitur, Trumeau, Chaiselongue, Herrensofa, Kommandantenstraße 40 I. 26/12

Bett, hochfein, 18,00. Michel, Dresdenerstraße 38. 1903b

Neue Plüschgarnitur und Säulenspind, Vertiko verkauft umständehalber Schmah, Bergstraße 2.

Restauration verkäuflich. Miete 1000. Näheres Annahmestelle: Rügenerstraße 24, Spedition. †85

Nähmaschine, Singer, neu, billig bei Fournier, Elbingerstraße 77 I.

Wenn Sie klug sind, lassen Sie sich jetzt Ihren Winterpaletot machen oder kaufen sich denselben fertig bei Hermann Schlesinger, Turmstraße 85.

Stellmacherei, großer Fuhrhof, anderweitiges Unternehmen, zu verkaufen Nordhafen 5. 1889b

Paneelsofa spottbillig Grafenack, Waldemarstraße 63. †28

Wäsche 0,50 Abzahlung, Mariannenstraße 24, Milchgeschäft (Postkarte).

Nähmaschine, fast neu, 15,00, umständehalber Münchebergerstraße 11, Theiß. 1911b

Schankwirtschaft wegen Todesfall, schwerer Krankheit zu verkaufen. Zahlstellen, Fabriken. Umsatz 20 halbe. Gotheniusstraße 3. †54

Verschiedenes.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. 18445*

Rechtsbureau Eberthstraße 22. *

Kunststopferei von Frau Kokosky, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hochparterre. *

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futtersachen 15,00. Wagner, Schneidermeister, Lichtenbergerstraße 9.

Aufpolsterung Matratze 6,00, Sofa 6,00. Koller, Neue Königstraße 2.

Pfandleihe Fliederstraße 7. [†98*

Pfandleihe E. Kron, Köpnickerstraße 55a. 20/17*

Fahrradgesuch, auch defekt, Nachlaß, Schönhauser Allee 163a. 98/19*

Goldsachen, Silber, Münzen, Bruchgold, Kehrgold, Platin, Zahngebisse zahlt höchsten Kurspreis Schneider, Brunnenstraße 137, Goldschmelze. 1761b*

Brautpaare. Hochzeitssäle Schwedterstraße 23. Menü (drei Gänge) 1,50 Mark an, reichhaltige Speisekarte. Es empfiehlt sich Bernau. 1878K*

Vereinszimmer vergiebt Kurth, Lausitzerstraße 46. †26*

Vereinszimmer, 40 Personen, Pianino, zu vergeben Kommandantenstraße 65, Ladewig. 1884K*

Rechtsbureau! Prozeßbeistand, Ehesklagesachen, Strafsachen, Alimentensachen, Eingabengesuche, Raterteilung. Falk, Brunnenstraße vierzig. 1898b*

Rechtsbureau! (Andreasplatz), Grünerweg vierundneunzig. Gerichtsstand, Eingabengesuche! Raterteilung.

Rechtsbureau, Gerichtssekretär, früherer, Andreasstraße 38. Billig. Sonntagsdienst. †54*

Rechtsbureau! (Alexanderplatz) Kurzestraße achtzehn. Gerichtssachen! Eingabengesuche, Raterteilung. *

Die Beleidigung gegen Herrn M. Thiele nehme ich zurück. M. Knappe.

Parteigenosse sucht 300 Mark Darlehen, Sicherheit Wirtschaft, Rückzahlung nach Uebereinkunft. Postlagernd unter H. B. 8, Postamt 61, Tempelhoferufer. 1904b

Wäsche wird sauber gewaschen, im Freien getrocknet. Laken, Leibwäsche, 3 Handtücher 0,10. Abholung Sonnabends. Emil Pankrath, Köpenick, Müggelheimerstraße 40. 1899b

Gesucht wird erste Hypothek auf ein Grundstück in der Nähe Berlins, Objekt 3000 Mark. Nähere Auskunft bei Emil Thiedemann, Berlin, Lausitzerstraße 37. Amt IV, Nr. 7776. †28

Achtung! Jeden Sonnabend Gänseausschieben. Thiele, Manteuffelstraße 119. 1906b*

Vermietungen.

Wohnungen.

Beamten- und Handwerker-Wohnungen von 1, 2, 3 Zimmer mit allem Komfort gleich den herrschaftlichen Wohnungen ausgestattet, sind zu haben per 1. Oktober oder sofort preiswert in Rixdorf, Hermannstraße, Ecke Warthestraße 1—10. 25/2*

Zimmer.

Küche vermietet Ulbrich, Britzerstraße 8. 1905b

Möbliertes Zimmer für 2 Herren Brandenburgstraße 82, vorn 4 Treppen links.

Schlafstellen.

Teilnehmer für möblierte Schlafstelle sucht Witwe Jacobey, Koßbergerstraße 25. 842*

Parteigenosse vermietet Schlafstelle für 1 Herrn. Schlick, Brunnenstraße 151, zweiter Seitenflügel III. (Gartenaussicht.) 1908b*

Herr findet anständige Schlafstelle bei Schmidt, Muskauerstraße 3, Seitenflügel II. †28

Mietsgesuche.

Kleines möbliertes Zimmer oder Schlafstelle gesucht, allein. Offerten mit Preis unter K. Postamt 106.

Möbliertes Zimmer sucht junger Mann. Offerten mit Preis Z. 44 Postamt 16. 1912b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Humorist Gerhardy, Kottbuser Damm 100. †121*

Volkssänger-Gesellschaft Lewandowsky, Beusselstraße 28. †91*

Stellenangebote.

Malerlehrling verlangt Neumann, Melanchthonstraße 27. †92*

Einen Ausschneider und Kitter auf Goldleisten verlangt E. Joers, Skalitzerstraße 28. †28

Gürtlerlehrling verlangt Kühnemann, Naunynstraße 55, I. 1909b

Korbmacher, tüchtige Tongoarbeiter, sucht Fechner, Fürstenstraße 3. 1885K

Glaser auf Bildereinrahmung verlangt Wehner, Stallschreiberstraße 58.

2 Korbmacher sucht Max Nagel, Alte Jakobstraße 64a. 1900b*

Spiegelarbeiter, Kegler, dauernde Beschäftigung, gesucht. S. Guthers, Breslauerstraße 15/16. 1902b

Kreissägenschneider Bilderrahmenfabrik, Wallstraße 24. 1890b

Kutscher und Arbeiter werden verlangt Lutherstraße 9, Kohlengeschäft.

Grundierer verlangen Deutsch u. Lachmann, Büschingstraße 4. 1888b

Barockvergolderinnen gesucht, Deutsch u. Lachmann, Büschingstraße 4.

Jackettarbeiterinnen, auch zum Lernen, verlangt Apel, Reichenbergerstraße 110. 1841b

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Arbeitsnachweis der Goldschmiede.
Engel-Ufer 15.

Gesucht für Berlin: Zwei Fasser auf Juwelen; ein Fasser auf Simili; zwei Monteure; ein Weißjuwelen-Arbeiter; eine Goldpoliererin; ein Goldarbeiterlehrling; ein tüchtiger Carmoisinarbeiter sowie ein Reparateur und Neuarbeiter für bessere Sachen. 122/5

Für Schöneberg — Berlin: Ein tüchtiger Fasser und Monteur.

Nach Holland: Ein Ciseleur (30 bis 40 M.) und ein Hammerarbeiter.

Werkmeister,
tüchtig, selbständig und branchekundig, sofort od. später gesucht bei hohem Lohn für Angermünde. Meldungen an **A. Wendt, Schirmstockfabrik,** Berlin, Köpnickerstr. 56. 132/1

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter!
Die **Pianofabrik** von **Nieber & Co., Alexanderstr. 22** und **Wallner-Theaterstr. 26/27,** ist wegen Differenzen für sämtliche Branchen **gesperrt.** 142/2*

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Achtung, Holzarbeiter!
In der **Möbeltischlerei** von **J. Kraus, Weißensee,** Langhansstraße 22, sind Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten. 84/19

Gesperrt ist ferner **Hahn & Metzkow,** König-Chaussee 71.

Die Ortsverwaltung.

Achtung! Holzarbeiter!
Im Baugeschäft **A. Sonnenburg,** Holsteiner Ufer 2, haben sämtliche Bautischler wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt.

Zuzug fernhalten. 87/16*

Die Ortsverwaltung.

Verantwortlicher Redacteur: **Julius Kaliski** in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.